Das arbeiter-elend in der konfektions-industrie...

Berlin

1896

98-84433-7
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED -- EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

 Germany - Reichstag
Das arbeiter-elend in der konfektions-industrie vor dem Deutschen Reichstage; stenographischer bericht über die verhandlungen vom 12. Februar 1896
Berlin 1896 0 48 p

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35 mm REDUCTION RATIO: 11 :1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 11/10/98 INITIALS: N.V.

TRACKING #: 33233

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

PM-MGP
METRIC GENERAL PURPOSE TARGET
PHOTOGRAPHIC

150 mm

100 mm

A5

A4

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

1.0 mm

1.5 mm

2.0 mm

2.5 mm

PRECISIONSM RESOLUTION TARGETS



A & P International
612/854-0088 FAX 612/854-0482
8030 Old Cedar Ave. So., Ste. #215
Bloomington, MN 55425

Germany - Reichstag

Das arbeiter-elend in der konfektions-industrie vor dem Deutschen reichstage



Das Arbeiter-Elend

in der

Konfektions-Industrie

vor dem

Deutschen Reichstage.

Ger. Reichstag

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen vom 12. Februar 1896.

Preis 10 Pfennig.

Berlin 1896.

Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts

(Th. Glocke in Berlin).



Das Arbeiter-Elend
in der
Konfektions-Industrie
vor dem
Deutschen Reichstage.

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen vom 12. Februar 1896.

Preis 10 Pfennig.

Berlin 1896.
Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(Th. Glocke in Berlin).

Sprech-Register.

Stenographischer Bericht.

38. Sitzung am Mittwoch, den 12. Februar 1896.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet. Wir treten in die Tagesordnung ein. Den ersten Gegenstand derselben bildet die

Interpellation der Abgeordneten Freiherr Heyl zu Herrnsheim, Prinz zu Schönaich-Carolath, Bassermann, Dr. Hasse, Dr. Osann, Graf von Oriola, betreffend die Verhältnisse der Arbeiterinnen der Wäschefabrikation und der Konfektionsbranche.

Die Interpellation lautet:

Im Verfolg des Beschlusses des Reichstags vom 11. Mai 1885 sind dem Reichstag am 29. April 1887 die Ergebnisse der von den Bundesregierungen angestellten Ermittelungen über die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen der Wäschefabrikation und der Konfektionsbranche, sowie über den Verkauf oder die Lieferung von Arbeitsmaterial (Nähfaden 2c.) seitens der Arbeitgeber an die Arbeiterinnen und über die Höhe der dabei berechneten Preise zugegangen.

Nachdem sich die Lage dieser Arbeiterinnen seit jener Zeit noch ungünstiger gestaltet hat, richten die Unterzeichneten die Anfrage an die verbündeten Regierungen:

welche gesetzgeberischen Maßnahmen dieselben zum Schutz für Gesundheit und Sittlichkeit und gegen Ausbeutung dieser Arbeiterinnen durch das Trucksystem zu ergreifen beabsichtigen?

Ich habe zunächst an den Herrn Vertreter der verbündeten Regierungen die Frage zu richten, ob und wann diese Interpellation beantwortet werden soll.

Bevollmächtigter zum Bundesrath, Staatssekretär des Innern, Staatsminister und Vizepräsident des Königlich preußischen Staatsministeriums **von Boetticher:** Ich bin bereit, die Interpellation sogleich zu beantworten.

Präsident: Nachdem der Herr Staatsminister sich zur sofortigen Beantwortung bereit erklärt hat, ertheile ich das Wort zur Begründung der Interpellation namens der Herren Interpellanten dem Herrn Abgeordneten Freiherrn Heyl zu Herrnsheim.

Interpellant Abgeordneter Freiherr **Heyl zu Herrnsheim:** Meine verehrten Herren, wenn meine politischen Freunde, die Interpellanten und ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse einer besonderen Kategorie von hausindustriellen Arbeitern hinlenken, so sind wir uns wohl bewußt, daß das ganze hohe Haus in allen seinen Parteien zu verschiedenen Malen und noch vor ganz kurzer Zeit, und zwar einstimmig beschlossen hat, daß die Arbeiterschutzgesetze in einem gewissen Maße wenigstens auch auf die Hausindustrie ausgedehnt werden sollen. Wenn wir uns gestatten, heute auf den wundesten Punkt in der hausindustriellen Arbeit hinzuweisen, so beabsichtigen wir damit nicht, eine Einschränkung in der Fürsorge für die Fabrikarbeiter, insofern eine solche noch nöthig werden kann, dadurch in irgend einem Maße herbeizuführen. Wir haben vielmehr bei verschiedenen Anlässen erklärt, daß wir bereit sind, nicht nur die Vereinfachungen, die Verbesserungen der bestehenden Versicherungsgesetze zu unterstützen, sondern daß wir auch bereit sind, die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit in Aussicht zu nehmen. Wir haben ferner betont, daß, nachdem die Knappschaftsverbände der Ausgangspunkt geworden sind für die Organisationen der großen Versicherungsgesetze, auf welche wir mit Recht stolz zu sein alle Ursache haben, wir auch veranlaßt werden müssen, auf diesen

Ausgangspunkt wieder zurückzukommen, wenn wir an die weitere Organisation der industriellen Arbeiter denken. Es ist doch von unserer Seite vorgeschlagen, diese weitere Organisation in der Weise in Aussicht zu nehmen, daß man ähnlich, wie dies in den Knappschaftsverbänden vorgeschrieben ist, die obligatorischen Berufsvereine auch für die Industrie wieder in dieser Weise organisirt. Wir haben diesen Vorschlag deshalb gemacht, weil wir der Meinung sind, daß der sogenannte englische Weg, wie er von verschiedenen Seiten, auch in diesem Hause, empfohlen worden ist, sich nicht bewährt hat, weil durch die Gründung und Entwicklung der sogenannten trades unions sich die Arbeitgeberverbände in England in einer so mächtigen Weise entwickelt haben und mit so großen Geldmitteln ausgestattet sind, daß in dem Kampfe, welcher jetzt zwischen den sich entgegenstehenden Verbänden entwickelt hat, die Arbeitnehmer wesentlich im Nachtheil sind und unterliegen müssen. Außerdem würde in Deutschland eine getrennte Organisation der Interessenten eine ganz andere Bedeutung haben als in England, weil dort die Versicherungsaufgaben mit den unions verbunden sind, die hier durch die Gesetzgebung geregelt wurden, sodaß die finanziellen Grundlagen und alle auf diesem Gebiet nothwendige Thätigkeit beseitigt würden, sodaß in Deutschland diese unions eigentlich nur die Aufgabe der Streikthätigkeit in die Hand nehmen könnten. Vieles, was für den Arbeiterstand in den letzten Jahren geschehen ist — und es ist nicht wenig geschehen —, hat sich in hohem Maße bewährt. Man hat bei der Bethätigung der Fürsorge für diese Klassen viel gethan, aber auch manchen gefährlichen Weg, der anempfohlen wurde, vermieden; und ich glaube, daß nicht nur in Deutschland, sondern weit über die Grenze unseres Vaterlandes hinaus die Thätigkeit des deutschen Beamtenthums nicht nur in Bezug auf die Vorbereitung dieser Gesetze, sondern auch, was die Durchführung derselben anbelangt, nur in hohem Maße anerkannt wird. Diese Anerkennung ist um so größer, wenn man einen Vergleich zieht im Hinblick auf die Thätigkeit, welche die Grütlivereine in der Schweiz für die Fortentwicklung der Gesetzgebung entfaltet haben. Diese Grütlivereine, welche in die Reihen der Sozialdemokratie übergetreten sind, haben dem schweizer Nationalrath empfohlen ein sogenanntes Arbeitersekretariat, welches, und zwar direkt in Verbindung mit den Arbeitern stehend, die statistischen und sonstigen Vorarbeiten für die Gesetzgebung aufnehmen könne. In der Schweiz war man bereit, diesen Anforderungen zu entsprechen. Man hat ein Arbeitersekretariat eingeführt und dasselbe dem Führer der Grütlivereine, einem Herrn Greulich übertragen. Dieser Herr Greulich steht seit 6½ Jahren an der Spitze dieses Arbeitersekretariats; es sind ihm von dem schweizer Bundesrath 96000 Franken bewilligt — und seine Leistungen sind gleich null. Alles, was für diese Vorarbeiten in der Schweiz in der Zwischenzeit geschehen ist, wurde nicht von diesem Arbeitersekretariat, sondern auch dort von dem Beamtenthum, insbesondere von dem bekannten Fabrikinspektor Schuler, vorbereitet.

Meine Herren, wenn wir mit der Gesetzgebung und mit den Fortschritten derselben in einer Beziehung nicht ganz einverstanden sind, so ist das nur in dem einen Punkt, daß wir manchmal ein schnelleres Tempo wünschten. Wir erkennen aber in vollem Maße an, daß dem Reichsamt des Innern durch die übrigen Aufgaben, die ihm gestellt sind, besonders auch durch die Organisation des Handwerks, ein solches Maß von schwieriger Arbeit aufgebürdet ist, daß wir nur in einer verhältnißmäßig längeren Zeit erwarten dürfen, eine Lösung der noch schwebenden Fragen zu finden. Es ließe sich allerdings noch erwägen, ob die Organisation des Reichsamts des Innern kräftig genug ist, um den Aufgaben, welche an die Gesetzgebung in den kommenden Jahren herantreten werden, vollauf zu entsprechen. In England hat man ein Arbeitsamt mit dem Ministerium in Verbindung gebracht, und dieses Arbeitsamt hat in den letzten Jahren sehr erfolgreich auch zu Gunsten der Hausindustrie gearbeitet;

es ließe sich wohl denken, daß auch in dem Reichsamt des Innern ein Arbeitsamt errichtet werden könnte, in welchem die Versicherungsgesetze in ihrer Fortentwicklung in Verbindung mit den weiteren Aufgaben der Sozialgesetzgebung bearbeitet werden könnten. Meine Herren, ich darf wohl hier betonen, daß die deutsche Industrie mit einer gewissen Freudigkeit die großen Lasten, welche die in der Zwischenzeit angenommenen Gesetze ja auferlegt haben, auf sich genommen hat, Gesetze, wie sie in keinem anderen Staate Europas erlassen sind, Gesetze, wie sie die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie nicht nur im Interesse der Industriellen, sondern auch der darin beschäftigten Arbeiter bis an die äußerste Grenze geführt haben. Ich darf betonen, daß die Industrie mit Freudigkeit diese Lasten auf sich genommen hat, und daß sie bereit sein wird, noch weitere Lasten zu ertragen, wenn die Fortschritte der Gesetzgebung in den anderen Staaten — die Schweiz ist ja in diesem Augenblick mit einer Botschaft für den Erlaß eines Unfallgesetzes vorgegangen — folgen werden.

Meine Herren, ich darf aber auch betonen, daß in der deutschen Industrie eine große Anzahl von Pionieren thätig war, welche die sozialen Gesetze, wie sie heute vorliegen, und wie sie als Muster dienen für die Gesetzgebung aller europäischen Staaten, praktisch vorgearbeitet hat. Ich kann insbesondere darauf hinweisen, daß bis ganz vor kurzem eine englische Kommission von Eisenindustriellen in Deutschland gereist ist, welche einen Bericht erstattet hat über die Lage der deutschen Eisenindustrie, einen Bericht, aus welchem hervorgeht, daß die Engländer mit voller Bewunderung über die Einrichtungen besonders der Arbeiterverhältnisse in der deutschen Eisenindustrie aus Deutschland geschieden sind, daß sie nicht nur anerkennen, wie die Löhne der geringeren Arbeiter weit besser sind als in England, sondern daß sie in besonderer Weise die Beziehungen der Arbeitgeber zu ihren Arbeitern geradezu als mustergiltig anerkannt und gepriesen haben.

Meine Herren, es ist zu bedauern, daß in der Konfektions- und Wäschebranche solche Pioniere seither nicht aufgetreten sind. Im Gegentheil, ich glaube, es ist als erwiesen anzusehen, daß das sogenannte sweating-System, das Zwischenmeistersystem, durch die Unternehmer in hohem Grade begünstigt ist.

Wenn wir diese hausindustriellen Fragen jetzt hier angegriffen haben, so haben wir das nicht gethan, weil wir angeregt sind durch die Bewegung, welche in den arbeitenden Klassen in diesem Augenblick vorliegt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wir haben vielmehr angeknüpft an die Resultate einer Enquete, die über die Lage speziell dieser Arbeiterinnen im Jahre 1887 vorgelegt ist; und wir haben beobachtet, daß seit einem Jahre die Arbeiterinnen dieser Branche bereits mit einer gewissen Energie gegen das Schwitzsystem aus eigener Kraft aufgetreten sind. Wenn diese Arbeiterinnen in der Zwischenzeit in den Streik eingetreten sind, so bedauern wir das außerordentlich, weil wir alle Streiks, sie mögen von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern ausgehen, als eine ungerechtfertigte Aktion ansehen. In diesem Falle handelt es sich aber bei dem Streik — der ja leider aussichtslos sein wird, weil diese Arbeiterinnen in einem zu tiefen Elend sich befinden, um in irgendwelcher kraftvollen Weise aufzutreten — nicht um einen Streik gegen die Arbeitgeber, sondern um eine Kraftäußerung gegen das sogenannte Schwitzsystem. Die Arbeiterinnen lehnen sich auf und, wie ich glaube, mit einem gewissen Recht gegen die Ausbeutung dieser sweater, welche in ganz Europa als ein Krebsschaden anerkannt sind am Leben und an der Thätigkeit dieser hausindustriellen Arbeiter.

Meine Herren, diese sweater sind um so gefährlicher für diesen Arbeiterstand, weil diese Zwischenmeister nicht aus Sachverständigen bestehen, sondern sich aus allen Berufszweigen rekrutiren; es befinden sich darunter Apotheker, Dienstmänner, Droschkenkutscher, Gärtner, Menschen aller Gattungen, die gar kein Verständniß für die Branche haben und sich die Aufgabe stellen, in einer gewissen Weise das Elend dieser Arbeiter auszubeuten.

Meine Herren, es ist natürlich, daß alle deutschen Frauen eine lebhafte Sympathie für die Arbeiterinnen, welche sich in einem solchen Elend befinden, haben. Ich glaube aber aussprechen zu dürfen, daß diese Sympathie von allen Menschenfreunden in Deutschland in vollem Maße getheilt wird. (Sehr richtig!) Die Enquete, die dem Reichstag 1887 vorgelegt ist, bestätigt auch die Thatsache, daß das Elend in diesen Klassen so erheblich ist. Die Forderungen der Arbeiterinnen, um welche es sich nicht in diesem Augenblick, sondern schon vor einem Jahre gehandelt hat, lassen sich folgendermaßen formuliren. Sie verlangen ihren vollen Lohn, den der sweater ihnen vorenthält; sie verlangen, direkt mit dem Arbeitgeber in Betriebswerkstätten in Verbindung gesetzt zu werden; sie verlangen, unter geregelte Lohntarife mit wöchentlicher Zahlung und unter den Schutz der Gesetze gestellt zu werden, und sie verlangen vor allen Dingen eine schnellere Abnahme der Waaren, die sie abzuliefern haben, eine Ablieferung, die so langsam von statten geht, daß die Arbeiterinnen oft 3 bis 4 Stunden bei dem Unternehmer stehen, ihre kostbare Arbeitszeit verlieren müssen und diese Arbeitszeit in der nächsten Nacht einzuholen haben. Meine Herren, ich glaube, daß diese Forderungen, wenn wir uns auf den Boden der Arbeiterschutzgesetze für die Fabrikindustrie stellen, ihre volle Berechtigung haben. Wenn Sie die Situation des Fabrikmädchens mit der Stellung und den Verhältnissen der hausindustriellen Arbeiterin vergleichen, so müssen Sie erkennen, daß das Mädchen in der Fabrik unter dem Arbeiterschutzgesetze steht, daß es eine bestimmte Fürsorge haben muß für sanitätlich richtig ausgebaute Räume, daß ihm die Produktionskosten nicht aufgebürdet werden, daß es ferner den Vortheil hat, eine ganze Reihe von Wohlfahrtseinrichtungen zu genießen, an welche in den anderen Fällen gar nicht gedacht werden kann. Die Näherin und das Mädchen in der Wäschebranche haben dagegen gar keinen gesetzlichen Schutz, müssen aber außerdem die Produktionsunkosten selbst bezahlen, die Werkstätte, die Kosten für Garn, Zwirn, selbst für Knöpfe, und sind dann noch dem Ausbeuterthum, wie es in dem Sweaterthum vorhanden ist, unterworfen in der Weise, daß der sweater noch einen gewissen Antheil des Lohns, den der Konfektionär bezahlt, von diesem Mädchen thatsächlich nimmt.

Meine Herren, aus den Berichten der Fabrikinspektoren geht hervor, und zwar aus Berichten, welche über die verschiedenen Bezirke erstattet worden sind, daß die Arbeiterschutzgesetze, wie sie erlassen sind, auch die Versicherungsgesetze, für eine ganze Reihe von pflichtvergessenen Unternehmern die Veranlassung wären, ihre Arbeiter geradezu aus ihren eigenen Werkstätten in die Hausindustrie zu verdrängen. In Folge dessen sind die Arbeiterschutzgesetze für eine ganze Reihe von Arbeiterinnen nicht ein Segen, sondern geradezu eine Plage geworden. (Hört! hört!) Diese Arbeiterinnen sind, wie nachgewiesen und durch die Berichte der Fabrikinspektoren festgestellt ist, zum Theil aus diesen Unternehmerwerkstätten verschwunden, ohne daß sich aber gleichzeitig der Betrieb und der Umfang der Geschäfte reduzirt hätten, wodurch nachgewiesen ist, daß diese Thatsache feststeht.

Meine Herren, die Lasten des Arbeitsmaterials, welche der sweater diesen Mädchen aufbürdet, beziffern sich nach der Enquete — nicht etwa nach Zeitungsberichten oder nach Mittheilungen der Personen selbst — auf 10 bis 15 Prozent ihres kärglichen Lohns; alle Lasten, wenn sie die Beleuchtung, die Heizung, die Miethe hinzurechnen, die das Fabrikmädchen von dem Großindustriellen selbstverständlich geliefert erhält, beziffern sich in der Hausindustrie auf 30 bis 36 Prozent des kärglichen Lohns. (Hört! hört!) Es kommt aber dazu, daß die Fabrik in dem vorliegenden Fall in die Familie verpflanzt wird, daß alle Bestimmungen, welche die ungesunden Verhältnisse in der Fabrik für die Arbeiter verhindern, hier fehlen, und daß in Folge dessen nicht nur das Familienwesen gestört wird, sondern auch die sanitätlichen Verhältnisse keine

Berücksichtigung finden, indem der Staub, schlechte Luft, welche in den Fabriken beseitigt werden müssen, in diesen Räumen dauernd vorhanden sind, wodurch sich Krankheiten, insbesondere Schwindsucht, entwickeln, sodaß man ein großes Mitleid mit den Personen, die in dieser Weise beschäftigt werden, haben muß. (Sehr richtig!)

Es kommt ferner dazu, daß die Industrie nothwendigerweise den kontinuirlichen Betrieb begünstigen muß, daß die Industrie in gewissem Sinne immer auf Lager arbeitet, während der Konfektionär gar kein Interesse hat, das zu thun; er wendet sich an den sweater und veranlaßt ihn, saisonmäßig im Galopp zu arbeiten, und berechnet sich sogar, wie ich aus der Zeitschrift der Unternehmer, dem „Konfektionär", gelesen habe, die Zinsen des Arbeitslohns, welche in dem etwa aufgespeicherten Lager zu seinem Nachtheil verloren werden könnten.

Meine Herren, es ist ja zuzugeben, daß das Modegeschäft und diese Konfektionsbranche eine gewisse Intelligenz beanspruchen, die besonders in Deutschland vorhanden ist. Die französische Mode, welche die dominirende ist durch den dem Franzosen in besonderer Weise angeborenen Geschmack, wird von anderen Nationen nicht völlig akzeptirt, sondern sie muß modifizirt werden für Engländer, Russen und andere Völker. Der Deutsche hat die besondere Gabe, diese Modifikationen der französischen Mode für die anderen Länder vorzunehmen.

Ich will also der Intelligenz und der Tüchtigkeit dieser Konfektionäre in keiner Weise zu nahe treten in ihrer geschäftlichen Handhabung für die Entwicklung dieses Erwerbszweigs in Deutschland. Ich will ferner sogar zugeben, daß die Lage dieser Industrie eine schwierigere geworden ist, weil die Meistbegünstigungsländer in den letzten Jahren ihre Zölle auch für diese Branche so wesentlich erhöht haben, daß z. B. in Argentinien der Rückgang des Exports der hier in Betracht kommenden Waaren von 1889 bis 1894 sich auf 91 Prozent beziffert und auch im Jahre 1895 auf derselben niedrigen Stufe geblieben ist, wie im Jahre zuvor.

Aber, meine Herren, auch in den Vereinigten Staaten und in England ist der Absatz sehr viel geringer geworden. Wir haben 1889 einen Absatz nach England gehabt von 41 Millionen für diese Branche, im Jahre 1895 nur von 29 Millionen. Nach den Vereinigten Staaten haben wir im Jahre 1889 für 12 Millionen dieser Waaren geliefert, und im Jahre 1894 nur für 2 Millionen, und im Jahre 1895 für 4 Millionen. Diese 4 Millionen haben die Amerikaner gereizt, wie ja überhaupt die Zunahme unseres Exports nach Amerika im Jahre 1895 den Amerikanern unangenehm war, weshalb sie sich veranlaßt sahen, für sehr viele Industriezweige, welche mehr Waaren dahin geschickt haben, die Zölle in der Weise zu erhöhen, daß sie die Deklaration der Zollwerthe hinaufgeschraubt haben. Meine Industrie hat darunter gelitten, und auch noch mehrere andere Industriezweige, die ich kenne. Es ist aber nachgewiesen, daß auch die hier in Betracht kommende Industrie wesentlich unter den von den apraisers ungerechtfertigter und ungesetzlicher Weise vorgenommenen Erhöhungen der Zollwerthe gelitten hat, die nur herbeigeführt wird durch die Konkurrenten der entsprechenden Branche in Amerika.

Meine Herren, wenn also die Meistbegünstigungsländer uns auf diesem Gebiete eine Branche nach der andern abnehmen, so ist ja zweifellos zuzugeben, daß die Konfektionäre in ihrer geschäftlichen Thätigkeit nicht gerade günstig situirt sind. Immerhin kann man doch annehmen bei der ganzen Ausstattung der Geschäfte, bei den großen Unkosten, die diese Leute für Reklame machen, und bei einem Umschlag, den diese Branche in Deutschland haben soll, von 400 Millionen, daß die Lage des Geschäfts derartig ist, daß diese Unternehmer selbst die Verpflichtung fühlen müßten, diesen Mißständen und diesem Sweaterthum energisch entgegenzutreten, wie es bisher leider nicht geschehen ist.

Meine Herren, ehe ich auf die Mittheilungen übergehe, welche aus der Enquete zu machen sind, über die ich mich aber sehr kurz fassen werde, möchte ich mir zu bemerken gestatten, daß der Kampf gegen das sweating-System in ganz Europa aufgenommen ist, daß man in allen Kulturstaaten es als eine ernste Aufgabe aufgefaßt hat, das sweating-System vollständig auszurotten.

Meine Herren, im Jahre 1895 hat in England die Gesetzgebung sich dieser Aufgabe neuerdings gewidmet; sie hat die Uebertragung sanitärer Einrichtungen auf die Gebäude ausgedehnt, in welchen die Hausindustrie betrieben wird; sie hat den Eigenthümer des Hauses, in welchem eine solche Industrie betrieben wird, haftbar gemacht für die richtigen sanitären Einrichtungen; die Gesetzgebung hat die Anzeigepflicht für den Betrieb ausgedehnt auf die Eigenthümer und Unternehmer auch solcher Arbeiten, welche in diesen Privaträumen vorgenommen werden. Ich habe mich vor Kurzem veranlaßt gesehen, eine Information in England zu nehmen über die Wirkung dieses Gesetzes, und ich darf hier mittheilen, daß von sehr sachverständiger Seite mir ein Bericht darüber zugekommen ist, daß schon in der kurzen Zeit, seitdem das Gesetz besteht, eine wirksame Einschränkung des Sweaterthums in England thatsächlich stattgefunden hat.

Meine Herren, die Interpellanten haben sich gestattet, einen Antrag vorzubereiten, welcher mit Erlaubniß des Herrn Präsidenten im hohen Hause ganz bald verbreitet werden wird, ein Antrag, über welchen ja heute noch nicht abzustimmen ist, aus welchem aber hervorgeht, daß die Interpellanten und deren politischen Freunde, welche die Interpellation unterstützt haben, — und ich darf wohl bemerken, daß das meine gesammte Fraktion ist, — in dem Antrag die Richtung der englischen Gesetzgebung, wie sie im Jahre 1895 perfekt geworden ist, verfolgen und die verbündeten Regierungen ersuchen, diejenigen Machtbefugnisse, welche heute schon im § 154 Absatz 4 vorliegen, auf die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter der Konfektions- und Wäschebranche auszudehnen. Auch beantragen wir, den § 120a, welcher von den sanitären Einrichtungen spricht, auf diese hausindustriellen Arbeiter auszudehnen, ebenso wie den § 138, welcher von der Anzeigepflicht handelt. Wir verlangen aber weiter eine Spezialfabrikinspektion mit weiblicher Mithilfe speziell für diese Arbeiterinnen; und ich möchte bemerken, daß wir bedauert haben, daß der Herr Staatssekretär kürzlich hier die Mittheilung machte, daß der preußische Herr Handelsminister mit der Einrichtung weiblicher Inspektoren nicht einverstanden sei. Aus meiner engeren Heimath im Großherzogthum Hessen darf ich mittheilen, daß wir dort in beiden Kammern der Stände beschlossen haben, für unsere hessische Industrie weibliche Inspektoren einzuführen (hört! hört! rechts), weil in einer ganzen Reihe von Fällen die Arbeiterinnen nicht in der Lage sind, gewisse Privatverhältnisse mit den Besitzern oder Direktoren zu besprechen. (Sehr gut!) Sie würden also nicht nur für die Arbeiterinnen, sondern für die Industrie selbst von großer Bedeutung sein. Eine Zaghaftigkeit mit der Einführung dieser weiblichen Inspektoren ist um so weniger zu erklären, wenn man auf die Verhältnisse Englands und Amerikas hinblickt. In England sind bereits 4 Inspektorinnen mit großem Erfolge thätig und in Nordamerika deren 28. In England sind diese Inspektorinnen besonders beauftragt damit, die Mißstände in der Kleiderfabrikation zu beaufsichtigen, Sondergutachten zu machen, welche für das Arbeitsamt und für die Vorberathung weiterer Gesetze von Nutzen sein können. Aber auch die Schweiz ist bereits mit solchen Spezialgesetzen vorgegangen: sie hat in verschiedenen Kantonen Spezialgesetze erlassen für die Ladnerinnen und Kellnerinnen, Arbeiterinnen, für deren Interessen wir später auch thätig werden müssen. Und das Deutsche Reich ist vorgegangen mit Bestimmungen für die Beschränkung der Hausindustrie in der Zigarrenfabrikation in einer Weise, die weit über unsere

Vorschläge hinausgeht, soweit wir sie jetzt formuliren, und zwar in der Richtung, daß es in dieser Branche das Sweaterthum ausdrücklich verbietet. Wenn derartige Gesetze in verschiedenen Staaten bereits vorliegen, so sehen wir kein Hinderniß, daß auch in Deutschland thunlichst bald, nachdem diese Mißstände erkannt sind, ähnliche Bestimmungen für diese Arbeiterinnen erlassen werden.

Die Enquete von 1887 bestätigt, wie ich schon anzuführen die Ehre hatte, vollständig die Beschwerden und Klagen, welche diese Arbeiterinnen vorbringen, mit dem Unterschied, daß die Mißstände, wie sie 1887 offenkundig geworden sind durch die Reichsenquete, in der Zwischenzeit sich dadurch noch vermehrten, daß durch die Arbeiterschutzgesetze und andere Maßnahmen des Reichs eine größere Anzahl früherer Fabrikarbeiterinnen in die Hausindustrie hinübergetrieben worden sind. Es wird festgestellt, daß beispielsweise in der Wäschefabrikation eine Direktrice — ich spreche hier von dem Jahr 1887 — Zwirn, Nadeln, Oel an die Arbeiterinnen verkauft hat mit einem Nutzen von 6 Prozent. Ob, nachdem das Trucksystem verboten ist, die Arbeiterinnen heute diese Materialien ohne Nutzen beziehen, kann Niemand wissen, weil die Arbeiterinnen nicht in der Lage sind, die Engrospreise dieser Materialien zu kontrolliren; das wäre nur möglich, wenn sie Unterstützung finden durch eine Fabrikinspektorin, welche derartige Detailfragen an der Hand von Preisvergleichungen zu untersuchen und Beschwerden an Mißstände anzuknüpfen hätte. In der Hausindustrie hat der Arbeiter dem Unternehmer nicht nur die Arbeit zu leisten, wie es bei der Industrie der Fall ist, sondern daneben auch das Material zu bezahlen; und hier macht das Garn allein nach den Mittheilungen der Enquete 10 Prozent des kärglichen Verdienstes aus. In Bielefeld haben die Unkosten für Garn täglich betragen zwischen 22 und 90 Pfennig vom Lohn. Der sweater wird in der Enquete als Vermittler gekennzeichnet, welcher von dem Konfektionär von Fall zu Fall die Löhne bestimmt erhält. Es wird ausgeführt, daß, wenn er selbst Arbeiterinnen beschäftigt, er für die ihm entstehenden Unkosten für Beleuchtung, Heizung, Maschinen bis 30, 36 Prozent vom Lohn der Arbeiterinnen für seine Unkosten nimmt. Er nimmt daneben aber auch noch einen Theil des wirklich übrigbleibenden Lohnes, sodaß die Verdienste dieser Leute sich in einer Weise reduziren, daß eine richtige Lebensführung nicht mehr möglich ist. In Berlin wurden 1887 — vielleicht sind heute die Preise noch niedriger — für einen Herrenüberzieher 1,20 Mark bis 2 Mark bezahlt. Wenn wir die Preise ansehen, die wir für unsere Ueberzieher leisten müssen, und bedenken, daß der Arbeitslohn in diesem Preise für eine solche Masse von Handarbeit nur 1,20 Mark beträgt, so kann man sich etwa herauskonstruiren, in welchem Maße die Arbeiterinnen beim Verkaufspreis dieses Artikels betheiligt sind. Am schlimmsten sind aber die Berliner Mäntelnäherinnen daran, sie haben eine Saison von 4 bis 5 Monaten und verdienen wöchentlich, wenn sie mittlerer Leistungsfähigkeit sind, 4 bis 5 Mark, bei besserer Leistungsfähigkeit 8 bis 9 Mark: sie sind aber 7 bis 8 Monate beinahe unbeschäftigt. (Hört! hört!) Die Knabenkonfektion ist die Arbeit der Armen unter den Näherinnen, es werden für 3 Knabenanzüge — so wird wenigstens in der Enquete mitgetheilt — unter Abzug der Kosten 50 bis 80 Pfennige bezahlt. Für Herstellung von 3 vollständigen Knabenanzügen 50 bis 80 Pfennige! Wenn diese Mädchen trotzdem einen höheren Verdienst erwerben können, so hängt das damit zusammen, daß sie dann spät bis in die Nacht arbeiten, sich außergewöhnlich anstrengen oder unterstützt werden von Lehrmädchen, die vom sweater in dem ersten Jahre gar nicht, im zweiten mit 3 und im dritten mit 6 Mark wöchentlich bezahlt werden. Der sweater legt aber den Mädchen außerdem die Verpflichtung auf, von dem kärglichen Lohn den Bügler zu bezahlen und auch noch die Stepperinnen, welche verhältnißmäßig hohe Wochenlöhne beziehen. Wenn sich in unserer Gesellschaftsordnung

solche Mißstände zeigen, so sind nach meinem Ermessen diejenigen, welche die jetzige Gesellschaftsordnung für eine richtige halten und aufrechterhalten wollen, verpflichtet, gegen derartige Mißstände energisch aufzutreten. (Sehr gut!)

Sollten die Herren Sozialdemokraten behaupten, daß für die Besserung dieser Lage weitergehende Reformen oder gar Umwälzungen dieser Gesellschaftsordnung nothwendig sind, so möchte ich diese Herren schon jetzt darauf verweisen, daß auf ihrem letzten Kongreß im vergangenen Jahre von einer Minderheit nachgewiesen ist, daß in den sozialistischen Betrieben alle diejenigen Mißstände, die in unseren Betrieben bis zu einem gewissen Grade immer vorhanden bleiben werden, auch in hohem Maße sich dort thatsächlich gezeigt haben, (sehr wahr!) daß die Minderheit, welche eine Beseitigung dieser Mißstände wünschte (Zuruf bei den Sozialdemokraten) — des Unterschiedes z. B. der Zahlung für höhere Leistungen, Diäten 2c., der Preisdrückerei im Druckgeschäft, der Akkordarbeit und Nachtarbeit — das waren die Beschwerden, die in diesem Kongreß von der Minderheit vorgetragen wurden — von der Mehrheit dieses Kongresses die Antwort erhielt, daß diese Einrichtungen als nothwendige Bestandtheile der Arbeit in den sozialdemokratischen Betrieben bezeichnet werden müßten, so lange die bürgerliche Gesellschaft besteht. Ja, wenn man aber so große Projekte vor hat, wie sie uns mit der Einführung des Zukunftsstaats in Aussicht gestellt sind, wenn man so große Projekte, die, wie ich glaube, schon im Jahre 1898 verwirklicht werden sollten, in Aussicht stellt, so muß man doch der bürgerlichen Gesellschaft auf diesem Gebiet ein besseres Beispiel geben können, als die Herren in den sozialdemokratischen Betrieben es thatsächlich geleistet haben. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte die Herren Sozialdemotraten aber noch ferner auf die vorigjährigen Verhandlungen des sozialistischen Kongresses in Bern verweisen; dort sind die Strahlen menschlicher Erkenntniß bereits in die Dunkelkammer des Zukunftsstaats eingedrungen. Die Schweizer haben auf dem Kongreß einen Antrag verhandelt, welcher beabsichtigt, das sozialistische Programm vollständig umzugestalten, und zwar mit der Motivirung, daß man in der Zwischenzeit zu der Erkenntniß gekommen wäre, daß die Verstaatlichung der Produktionsmittel überhaupt eine ganz unmögliche Sache wäre, weil der Staat die wirthschaftliche Produktion niemals leiten könne. Meine Herren, auf dem Sozialisten-Kongreß im vorigen Jahre in Bern wurde dieser Antrag von einer Minderheit bekämpft, von der Mehrheit des Kongresses zur Diskussion zugelassen und von einem hervorragenden Sozialisten damit unterstützt, daß er behauptete, die schweizer Bürger seien von dem Gefühl vollständiger Freiheit so erfüllt, daß sie die Utopien ablehnten, wie sie von der Sozialdemokratie hinsichtlich der Prophezeiung für die Zukunft ihnen zugemuthet werden.

Meine Herren, meine politischen Freunde und ich, wir gestatten uns an die verbündeten Regierungen die Anfrage, ob sie geneigt sein werden, die Gesetzgebung in der Richtung, welche wir hier angedeutet haben, in die Wege zu leiten. Sollte diese Frage mit einem Ja beantwortet werden, so kann ich Namens aller meiner politischen Freunde erklären, daß wir die verbündeten Regierungen auf einem solchen Wege mit aller Energie unterstützen werden. (Beifall auf allen Seiten.)

Präsident: Das Wort zur Beantwortung der Interpellation ertheile ich dem Herrn Bevollmächtigten zum Bundesrath, Staatssekretär des Innern, Staatsminister und Vizepräsidenten des Königlich preußischen Staatsministeriums, Dr. von Boetticher.

Bevollmächtigter zum Bundesrath, Staatssekretär des Innern, Staatsminister und Vizepräsident des Königlich preußischen Staatsministeriums, Dr. **von Boetticher:** Meine Herren, der Herr Interpellant hat seiner Begründung einen sehr viel weiteren Rahmen gegeben, als wie es durch den Inhalt der Interpellation geboten ist. Ich glaube aber nicht, daß er von mir

erwartet, daß ich auf alle die Einzelheiten, die er vorgebracht hat, eingehe, und daß ich namentlich diejenigen Punkte, die er außerhalb des eigentlichen Themas der Interpellation besprochen hat, auch meinerseits einer Erörterung unterziehe. Ich werde mich vielmehr in dem Rahmen der Interpellation halten. Eins aber kann ich mir jedoch nicht versagen besonders zu betonen, weil es auf mich einen angenehmen Eindruck gemacht hat: das ist das, daß der Herr Interpellant die Thätigkeit unseres Beamtenthums in Gesetzgebung und Verwaltung auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes dankbar anerkannt und dabei auch insbesondere dem Reichsamt des Innern diese Anerkennung nicht vorenthalten hat. Wenn er darauf hingewiesen hat, daß es vielleicht den Vorzug verdiene, neben dem Reichsamt des Innern noch ein besonderes Arbeitsamt, wie ein solches in England besteht, zu errichten (Zuruf links), — im Reichsamt des Innern? der Wunsch ist ja viel bescheidener, er ist sogar bereits erfüllt, denn die zweite Abtheilung des Reichsamts des Innern ist als ein Arbeitsamt anzusehen.

Wenn ich nun zum Gegenstand der Interpellation komme, meine Herren, so stehe ich ganz und voll auf dem Boden, auf den sich der Herr Interpellant gestellt hat; ich halte dafür, daß er den Finger in eine der schlimmsten Wunden unseres wirthschaftlichen Lebens gelegt hat (Bravo! und sehr richtig! links und rechts); und ich halte ferner dafür, daß es nicht allein Aufgabe der Regierungen und der Volksvertretungen, sondern vielmehr aller Vaterlandsfreunde ist, dahin zu streben, daß der Krebsschaden, der auf diesem Gebiet besteht, aus der Welt geschafft wird. (Sehr richtig! links und rechts.)

Und, meine Herren, in dieser Beziehung sind auch die verbündeten Regierungen nicht unthätig gewesen. Wenn ich auch auf die Frage des Herrn Interpellanten nicht sagen kann, daß die verbündeten Regierungen auf diesem Gebiet bereits eine bestimmte Absicht, die sich gesetzgeberisch schon konzentrirt hätte, verfolgen oder eine solche Absicht ausgesprochen haben, so mache ich ihn doch einmal darauf aufmerksam, daß schon der bisherige Gang der Gesetzgebung erkennen läßt, daß man seit der dem Hause im Jahre 1887 vorgelegten Enquete nicht abgelassen hat, auf eine Verbesserung der Zustände hinzuwirken. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) — Der Herr Vorredner selbst hat dies anerkannt. Ich mache ihn aber auch darauf aufmerksam, daß es sich bei jener Enquete in der Hauptsache darum handelte, das Trucksystem zu beseitigen, unter dem die Arbeiterinnen in der Konfektions- und Wäschebranche zu leiden hatten. Die Frucht der Erwägungen, die damals auf Grund der Erhebungen angestellt worden sind, ist die veränderte Fassung des § 115 der Gewerbeordnungsnovelle vom Jahre 1891 gewesen. Was die Regelung der Arbeitszeit für die Arbeiterinnen anlangt, so hat der § 137 der Novelle eine Vorsorge getroffen, die freilich auf dem uns jetzt beschäftigenden Gebiet nicht sehr fruchtbar geworden ist, (sehr richtig!) weil auf diesem Gebiet für den größten Theil der hier in Frage kommenden Betriebe die Bestimmung des § 137 noch nicht anwendbar ist.

Weiter ist in den §§ 120a ff. eine Erweiterung der Verpflichtungen der Arbeitgeber zum Schutze der Arbeiter gegen Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit vorgesehen. Aber dieser Paragraph stößt leider bezüglich seiner Anwendung auf gewisse Schwierigkeiten, die gerade in der Entwicklung der Arbeitsverhältnisse auf dem Gebiete der Konfektions- und Wäschebranche bestehen. Endlich ist § 154 zu erwähnen, der die Befugniß vorsieht, die Bestimmungen der §§ 135 bis 139b über den Bezirk der eigentlichen Fabrik hinaus auf die Werkstätten auszudehnen.

Die Entwicklung der Arbeitsverhältnisse in der Konfektions- und Wäschebranche hat der Herr Vorredner in der Hauptsache richtig geschildert. Wir haben es hier bezüglich der Thätigkeit der Arbeiterinnen mit drei verschiedenen Formen des Geschäftsbetriebs zu thun. Wir haben Geschäfte, in denen die

Arbeiterinnen in Fabriken beschäftigt werden. Wo solche Fabriken bestehen, genießen die Arbeiterinnen den Schutz der eben erwähnten Bestimmungen; auch rücksichtlich der Arbeitszeit, der Beschaffenheit der Arbeitsräume und auch rücksichtlich der Lohnverhältnisse, sind sie verhältnißmäßig am günstigsten gestellt.

Die zweite Form, in der die Beschäftigung der Arbeiterinnen in den bezeichneten Branchen vor sich geht, ist die der Beschäftigung in Werkstätten. Diese Werkstätten, die in der Regel von den Zwischenmeistern geleitet werden, die zwischen dem eigentlichen Arbeitgeber und der Arbeiterin stehen, — diese Form der Thätigkeit hat nur zu häufig alle die Uebelstände im Gefolge, die der Herr Vorredner hervorgehoben hat: Druck auf die Arbeiterinnen, auf Löhne und Arbeitszeit, und mangelnder Schutz der Gesetzgebung da, wo ihn die Fabrikarbeiterin bereits genießt.

Das ist aber noch nicht die schlimmste Form der Thätigkeit. Die Form der Thätigkeit, welche die meisten Bedenken gegen sich hat, ist vielmehr die, wenn die Arbeit sich darstellt als reine Heimarbeit, wo sie gleichzeitig durch den Zwischenmeister vermittelt wird, und wo die Thätigkeit der Arbeiterinnen und die Bedingungen, unter denen sie beschäftigt sind, sich der Kontrole entziehen.

Eine große Schwierigkeit, namentlich auch bezüglich einer besseren Gestaltung der häufig so überaus traurigen Lohnverhältnisse, besteht nun aber darin, daß gerade in dieser Branche ein außerordentlicher Andrang von Arbeitskräften hervortritt, und zwar insbesondere auch von solchen Arbeitskräften, welche lediglich zum Zweck eines Nebenerwerbs in die Thätigkeit dieser Branche treten.

Meine Herren, in den großen Städten, vorab in Berlin, zählen die weiblichen Personen, die als Frauen oder Töchter von kleinen Beamten, von kleinen Kaufleuten u. s. w. in der Konfektions- und Wäschebranche beschäftigt werden, nach Tausenden. (Sehr richtig! und hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und, meine Herren, die Neigung, solche Beschäftigung zu übernehmen, geht weit hinaus über die Kreise, die ich soeben bezeichnet habe, sie geht auch in die höheren Schichten der Gesellschaft hinein (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), indem auch hier und da ein, wenn auch nur geringer, Nebenerwerb willkommen ist. Und da ist es außerordentlich schwer, gegenüber diesem Andrängen, gegenüber dieser Konkurrenz so vieler, welche nicht ausschließlich auf den Verdienst angewiesen sind, denen er vielmehr nur ein Zuschuß zu sonstigen Einnahmen, zur Verbesserung der Lebenshaltung sein soll, ein einigermaßen menschenwürdiges Preisniveau zu halten.

Aber, meine Herren, so groß die Schwierigkeiten sein mögen, sie müssen überwunden werden; und ich freue mich, sowohl berichten zu können, daß die Verwaltung gegenüber der jetzigen Bewegung, namentlich in Preußen unter der Leitung des Herrn Handelsministers, mit Eifer bestrebt ist, bessere Verhältnisse herbeizuführen, als auch, daß die Reichsverwaltung beschlossen hat, die Sache in Angriff zu nehmen und zunächst die Kommission für Arbeiterstatistik mit einer Untersuchung und Erwägung über die Mißstände und über die Mittel zur Abhilfe zu beauftragen — und zwar wird dieser Auftrag vorab zur Erledigung kommen, vor der Erledigung der Aufgaben, die sonst noch der Kommission ertheilt sind.

In welcher Weise ich mir etwa denke, daß die Kommission für Arbeiterstatistik die Sache in Angriff nehmen soll, werde ich mir erlauben, den Herren vorzutragen. Der erste Punkt, auf den das Augenmerk gerichtet werden muß, wird sich auf die Frage des Trucksystems beziehen. Wenn auch der § 115 in dieser Beziehung schon wesentlich günstig gewirkt hat, so übersehen wir doch nicht, ob die Wirkung eine vollständige ist, und ob nicht auf dem Gebiete der Ueberlassung und Anrechnung von Arbeitsmaterial (Zuruf bei den Sozialdemokraten) — wir kommen ja immer erst später zur Erkenntniß als Sie —

(sehr gut! Heiterkeit) — ob nicht auf diesem Gebiet noch andere Bestimmungen zu erlassen sein möchten, die einen noch wirksameren Schutz gewähren, als der § 115 thut.

Ein zweiter Punkt wird die Frage sein, ob die Klagen über die Ausbeutung des Abhängigkeitsverhältnisses der Arbeiterinnen zu unsittlichen Zwecken begründet sind. Das ist ein recht bedenklicher Punkt. (Sehr wahr! rechts.) Die Enquete von 1887 gab über diesen Punkt keinen vollständigen Aufschluß, obwohl sich bereits aus derselben Andeutungen entnehmen lassen, daß die Dinge nicht überall in Ordnung sind, und daß thatsächlich das Abhängigkeitsverhältniß, in dem die Arbeiterinnen zu ihren Auftraggebern stehen, hier und da zu nicht sauberen Zwecken ausgebeutet worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hierüber wird man versuchen müssen, größere Klarheit zu schaffen, und es muß dann an der Hand des Ergebnisses untersucht werden, ob nicht auch dagegen ein wirksamer Schutz gefunden werden kann. Ich komme auf diese Frage nachher noch zurück.

Dann kommt als dritter Punkt die Frage nach der Arbeitszeit in den Werkstätten und bei den Heimarbeitern. In dieser Beziehung giebt zwar schon die Enquete von 1887 einige Aufschlüsse, es wird aber zweckmäßig sein, diese Aufschlüsse zu einem vollständigeren Bild zu gestalten.

Eine sehr wichtige Frage, die, wenn sie bejaht werden könnte, die Zustände radikal verbessern würde, ist die Frage, ob die bisherige Produktionsweise auf dem Gebiet der Konfektionsbranche geändert werden kann, ob es etwa möglich wäre, die Thätigkeit der Hausindustrie auf diesem Gebiet völlig auszuschließen und die Vornahme der Arbeiten ausschließlich in Werkstätten vorzusehen. Ich halte es vorläufig nicht wohl für möglich; ich glaube kaum, daß man so weit wird gehen können. Aber jedenfalls muß die Frage eingehend erörtert werden; und wenn man nicht so weit gehen kann, wird es geboten sein, darüber nachzudenken, ob nicht andere Mittel und Wege gefunden werden können, die Uebelstände zu beseitigen, die in der Beschäftigung der Arbeiter in dieser Branche zu Tage getreten sind. In dieser Hinsicht wäre unter anderem zu prüfen, ob man nicht gesetzliche Ermächtigung für den Bundesrath vorsehen soll, wonach der Abschluß der Arbeitsverträge für gewisse Industriezweige — und zu solchen Industriezweigen würde ich die Konfektionsbranche vorzugsweise rechnen — schriftlich erfolgen muß, eine Vorschrift, die wenn sie erlassen wird, den Arbeitgeber verpflichtet, ganz genau das Maß der geforderten Arbeitsleistung und das Maß des Entgelts schriftlich zu fixiren, und namentlich — was für die in Frage kommende Branche außerordentlich wichtig ist — auch zu fixiren, zu welchen Preisen die Materialien, die dem Arbeiter übergeben werden, ihm anzurechnen sind.

Eine zweite gesetzliche Vorschrift, die zu prüfen wäre, betrifft den Schutz gegen Gefahren für die Sittlichkeit und könnte vielleicht dahin in Aussicht genommen werden, daß Personen, gegen welche Thatsachen vorliegen, welche sie in sittlicher Beziehung zur Annahme oder Beaufsichtigung oder zur Vermittlung der Beschäftigung von Arbeiterinnen ungeeignet erscheinen lassen, die Befugniß zu dieser Thätigkeit zu entziehen ist. Es würde das im Anschluß an den § 106 der Gewerbeordnung geschehen können. Die Ausdehnung der Vorschriften über die Arbeitszeit auf die Werkstätten nach § 151 kann durch Kaiserliche Verordnung schon jetzt jederzeit in Angriff genommen werden, und in dieser Beziehung sind auch bereits kommissarische Verhandlungen zwischen dem Reichsamt des Innern und dem Handelsministerium eingeleitet.

Meine Herren, ich glaube für sämmtliche verbündeten Regierungen versichern zu können, daß sie bemüht sein werden, und zwar eifrig bemüht, an der Hebung der schweren Mißstände, die auf diesem Gebiet vorliegen, mitzuwirken; aber ich darf auch ihre Ueberzeugung aussprechen, daß die volle Beseitigung dieser Mißstände nur dann zu erhoffen ist, wenn auch der Ar[illegible]

geber sich der Pflicht bewußt wird, die er dem Arbeitnehmer gegenüber zu erfüllen hat. (Sehr richtig! auf allen Seiten.) Nur bei einer Mitwirkung aller derjenigen Personen, welche Arbeiter in diesen Branchen beschäftigen, läßt sich die Herstellung menschenwürdiger Zustände erhoffen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Hitze.

Abgeordneter Dr. **Hitze:** Herr Präsident, ich möchte beantragen, die Interpellation zur Besprechung zu stellen.

Präsident: Der soeben gestellte Antrag bedarf der Unterstützung von 50 Mitgliedern des Hauses. (Die Unterstützung ist durch Aufstehen erfolgt.) Die Unterstützung genügt. Die Besprechung ist eröffnet.

Ich ertheile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Hitze.

Abgeordneter Dr. **Hitze:** Meine Herren, zunächst möchte ich den Herren Interpellanten den herzlichsten Dank aussprechen für die Anregung, die sie gegeben haben. Die Anregung ist ja nicht neu; auch in diesem Jahre hat sie uns schon zweimal in diesem hohen Hause beschäftigt. Allein die feierliche Form der Interpellation, der günstige Augenblick, der jedenfalls, wenn auch unbeabsichtigt, für die Interpellation gewählt ist, die warme, eindringliche und sachgemäße Begründung des Herrn Interpellanten wird hoffentlich derselben erhöhten Nachdruck geben; und wenn ich die Antwort des Herrn Staatssekretärs berücksichtige, so muß ich ja schon eine dankbare Frucht der Interpellation freudig anerkennen.

Mit besonderer Freude begrüße ich die programmatische Einleitung, die der Herr Interpellant seiner Interpellation gegeben hat. Dieselbe erinnert mich lebhaft an das Zusammenwirken in der Vergangenheit, namentlich im Jahre 1887, wo, wie ich gern hier konstatire, Ihr Mitglied Herr Oechelhäuser es war, der uns in wirkungsvoller Weise in der Verhandlung bezüglich des Arbeiterschutzes unterstützt hat. Ich hoffe, daß diese Erinnerungen durch entsprechende Thaten recht oft und recht bald sich erneuern werden. (Bravo!) Ich will deshalb auch schon aus diesem Gefühl des Dankes heraus nicht in eine Kritik der einzelnen Gedanken des Herrn Interpellanten eintreten. Ich will nur konstatiren, daß bezüglich einer Reihe von Anschauungen wir auf demselben Boden stehen.

Diese Einleitungsrede wird auch wohl zu der Erkenntniß beitragen, daß die Anschauung, welche vielfach im Lande besteht, als ob der Eifer und die Freude an der Sozialreform im Schwinden sei, eine falsche ist. Es war einmal wieder ein freudiges Bekenntniß zur Sozialreform; und wenn gerade die Partei, die sich ja mit Recht rühmen darf, daß sie im besonderen Maße Verbindung mit der Großindustrie, mit den Arbeitgebern hat, diese Anregung gegeben hat, so hoffe ich, daß sie in den betheiligten Kreisen verstanden und ebenso warm begrüßt werden wird, wie sie jetzt von uns begrüßt worden ist. Der Herr Interpellant hat besonders bedauert das langsame Tempo, welches bisher in der Sozialreform geherrscht hat; und wenn der Herr Staatssekretär dem gegenüber betont hat, daß gerade auf diesem Gebiet die verbündeten Regierungen auch nicht unthätig gewesen seien, so will ich in Anbetracht dessen, daß energischere Schritte in Aussicht gestellt worden sind, darauf zu verzichten, in eine Kritik dessen einzutreten.

Was der Herr Staatssekretär angeführt hat, war doch sehr wenig; es war auch da mehr ausgesprochen, was nicht geschehen, als was geschehen ist. (Sehr richtig?) Das einzige, was er anführen konnte, war, daß das Verbot des Trucksystems durch die letzte Arbeiterschutzgesetznovelle auch auf die Hausindustrie ausgedehnt worden ist. Aber auch hier hat der Herr Interpellant mit Recht hervorgehoben, daß die Bestimmungen zwar auf dem Papier bestehen, daß es aber mit der Durchführung sehr

mangelt. Der Herr Staatssekretär hat auch hingewiesen auf die §§ 120a bis c und hat auch dies als einen Fortschritt gegenüber früher betont. Nun, diese §§ 120a bis c sind erst recht nicht bezüglich der Hausindustrie zur Ausführung gekommen. Ja, meine Herren, ich muß es hier ausdrücklich betonen und beklagen, daß, wiewohl wir in § 139b die Aufsicht der Fabrikinspektoren auf alle Betriebsstätten, wie sie in § 120a getroffen sind, also auch die der Hausindustrie, ausgedehnt haben, meines Wissens doch die Dienstanweisung für die Fabrikinspektoren nicht entsprechend geändert worden ist. Heute sind die Fabrikinspektoren noch durch ihre Anweisung gehindert, diese Aufsicht, die ihnen gesetzlich zusteht, auch nur auszuüben.

Meine Herren, wenn ich nun auf die Sache selbst eingehe, so möchte ich zunächst nochmals darauf hinweisen, daß die Frage uns ja bereits beschäftigt hat bei unserem Antrag Hitze und Genossen Nr. 22 der Drucksachen, der hier angenommen worden ist: die Bestimmungen der §§ 135 bis 139b auch auf die Hausindustrie zur Anwendung zu bringen. Wir haben an die verbündeten Regierungen das Ersuchen gestellt, durch Erhebungen die Ausführung des entsprechenden § 154 Abs. 4 der Gewerbeordnung vorzubereiten. Ich habe damals speziell auf die Konfektionsindustrie hingewiesen und habe sie als dasjenige Gebiet bezeichnet, das wohl in erster Linie in Angriff zu nehmen sei. Ich habe damals auch schon Vorschläge zur Beseitigung des Schwitzsystems gemacht. Der Herr Abgeordnete Bebel hat bei Gelegenheit der Berathung des Etats der Kommission für Arbeiterstatistik ebenfalls diese Frage hier zur Erörterung gebracht und hat auch seinerzeits das als den richtigen Weg bezeichnet: zunächst die Kommission für Arbeiterstatistik mit Erhebungen auf diesem Gebiet zu betrauen. So, glaube ich also, besteht Einstimmigkeit dahin, daß es sich zunächst nur um diese Erhebungen handeln wird, und es ist uns ja auch eine bezügliche Zusage von dem Herrn Staatssekretär geworden. Der Herr Staatssekretär hat beigefügt, diese Frage sollte vorweg zur Erörterung gestellt werden. Da möchte ich nun aber doch dies „vorweg" nicht dahin interpretirt wissen, daß die Fragen, die schon zu einem ziemlichen Abschluß gekommen sind, die Frage z. B. betreffs Regelung der Arbeitszeit für das Handelsgewerbe, die Frage bezüglich des Gast- und Schankwirthschaftsgewerbes, nun etwa ruhen sollten. Jedenfalls sollten, da die Arbeiten schon so weit gefördert sind, diese nun auch zur weiteren Verabschiedung gelangen.

Bei flüchtiger Durchlesung des Antrags des Herrn Abgeordneten von Heyl (Nr. 126 der Drucksachen) stoße ich auch auf die Bestimmung, den zweiten Satz des § 154 Absatz 4 zu streichen. In diesem Satz ist gesagt, daß Werkstätten, in welchen ein Arbeitgeber nur zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt, nicht unter diese Bestimmungen der §§ 135 bis 139b der Gewerbeordnung fallen sollen. Diese Begrenzung ist namentlich auch von Seiten der Zentrumsfraktion bisher stets als von prinzipieller Bedeutung aufgefaßt worden. Wir betrachten im großen und ganzen das Verhältniß zwischen Vater und Kind, zwischen Mann und Frau nicht als ein Arbeitsvertragsverhältniß, so weit nicht ausdrücklich ein Arbeitsvertrag vorliegt. Nun liegt aber bei der Hausindustrie die Sache insofern anders, als in der That ein Arbeitsverhältniß vorliegt, — nicht zwar zwischen Vater und Kind, Mann und Frau, sondern zwischen dem Konfektionsinhaber und dem Familienvorstand, und hierin erblicke ich die Brücke, um die Schwierigkeiten zu überwinden, und ich erkläre gern meine Bereitwilligkeit, in eine Erörterung dieser Frage einzutreten und den Weg der Lösung zu suchen.

Es sind aber nicht bloß prinzipielle Bedenken, die hier entgegenstehen, sondern auch praktische Schwierigkeiten in hohem Maß; auch das habe ich seinerzeit bei Begründung unseres Antrags hervorgehoben. Es wird schwierig sein, die Beamten in die Behausung, in die Wohnung, in die Familie eindringen zu lassen. Jedenfalls ist hier zarte Rücksicht und Takt absolut noth-

wendig. Wenn nun andererseits feststeht, daß die Fabrikinspektion in der einen oder anderen Form auch auf die Hausindustrie Ausdehnung finden muß, so darf ich vielleicht eine Anregung geben, die ich der Erörterung unterstelle. Es ist schon vom Herrn Interpellanten mit besonderem Nachdruck betont worden, daß wir hier der weiblichen Inspektoren nicht entbehren können. Ich gebe das nicht nur zu, sondern anerkenne das mit Freuden: es sind hier besondere Verhältnisse, die besondere Berücksichtigung verlangen. Da könnte der Versuch gemacht werden, für diesen Zweck die Fabrikinspektion mehr lokal zu gestalten, mehr auch nicht bloß offizielle Beamte, sondern Privatpersonen mit hinzuzuziehen.

Der Herr Staatssekretär hat mit besonderer Wärme betont, daß hier vor allem die Arbeitgeber mitwirken müssen. Nicht bloß das, — wir müssen uns auch an weitere Kreise wenden; die ganze besitzende, gebildete Klasse, die ganze Gesellschaft muß mit ihrer Unterstützung eintreten. Da liegt der Gedanke nahe, für diese Zentren der Konfektion besondere örtliche Schutzkomitees zu bilden im Interesse der Betheiligten. Diese Komitees würden sich zusammensetzen aus Herren und Damen, welche die persönliche Fühlung mit den Betheiligten suchen. Ein solches Komitee würde jeder Arbeiterin mit Rath und Hilfe zugänglich sein, die Errichtung von Hospizen und Arbeitsnachweisen anregen; es würde sich bemühen, arbeitslose, kranke Mädchen vorübergehend unterzubringen, zu beschäftigen; es würde helfen, für entsprechende Wohnungen, Hospize zu sorgen; es würde die Errichtung von Volksküchen auch für diese Theile der Arbeiterbevölkerung in besonderem Maße ins Auge fassen. Ein solches Komitee würde dann vielleicht auch die geeigneten Organe stellen, um die Fabrikinspektionsbeamten und -beamtinnen zu unterstützen. Es giebt gewiß Damen und Herren genug, welche sich gern in diesen Dienst der Gemeinnützigkeit stellen. Es sollen die Beamten nicht ersetzt werden, sondern nur ihre Ergänzung finden durch diese freiwilligen Organe; und da diese Damen und Herren zugleich Hilfs- und Unterstützungsorgane sind, so werden die Arbeiterinnen mit mehr Vertrauen diesen entgegenkommen, sie werden ihnen ihre Klagen vortragen. Das Komitee wird zweckmäßig die Begleichung dieser Klagen, die Vermittlung mit den Arbeitgebern übernehmen, würde eventuell auch an die Oeffentlichkeit sich wenden, um die Mißstände zu geißeln: kurz, das Komitee würde das ganze Gebiet der Fürsorge und des Schutzes übernehmen.

Meine Herren, die Hauptschwierigkeit auf diesem Gebiet liegt, wie der Herr Staatssekretär mit Recht betonte, in dem Ueberangebot der Kräfte. Die Löhne sind in der That vielfach entsetzlich niedrig: eine selbstständige Person, namentlich ein Familienvater, kann absolut nicht davon leben. Es besteht ein Ueberangebot, und daher die niedrigen Löhne. Das ist aber wiederum nach einer doppelten Richtung hin bedeutungsvoll. Zunächst wird die Aufgabe auch wesentlich darin liegen, vor dem Zuzug zu warnen; und wenn ich eben von den Aufgaben des Komitees sprach, so wird eine Hauptaufgabe auch die sein, die Personen zu warnen vor dem Zuzug und, wenn sie in die Stadt kommen und keine Arbeit finden, möglichst wieder in ihre Heimath zurückbefördern. Namentlich wird es auch oft dankbare Aufgabe sein, diese Personen in anderen Arbeiten, namentlich in Haushaltungsarbeiten, auszubilden, um ihnen z. B. im Gesindedienst, wo sie reichliche und gute Beschäftigung finden, eine Zuflucht zu eröffnen. Also Warnung vor Zuzug ist eine dringende Aufgabe. Wenn die Presse ohne Rücksicht der Partei mit Recht diese traurigen Verhältnisse schildert, so würde sie gut thun, jedesmal eine Warnung beizufügen, damit sich die armen Mädchen draußen im Lande nicht verleiten lassen durch Rücksicht auf Freiheit oder materiellen Gewinn, in die Stadt zu ziehen, wo sie dem Elend verfallen.

Auch nach anderer Richtung gilt eine Mahnung zur Zurückhaltung. Der Herr

Staatssekretär warf die Frage auf, ob man nicht vielleicht die ganze Hausindustrie aufheben und Arbeitsstätten vorschreiben sollte. Er verneinte zunächst diese Frage. In der That würde das zu weit gehen. Die Konfektion bietet ein dankbares Brod als Zugabe zum normalen Verdienst des Mannes. Es wurde hier auf der linken Seite mit einem gewissen Hohn aufgenommen, als der Herr Staatssekretär betonte, daß auch die Töchter und Frauen von Kaufleuten, Beamten &c. vielfach diese Nebenthätigkeit ausüben. Ich gebe zu, daß vielfach insofern ein Mißstand besteht, als Frauen und Töchter der besitzenden und höheren Stände solche Arbeit thun, um sich vielleicht damit ein Taschengeld zu erwerben. Das bedaure ich, und insofern war Ihre (zu den Sozialdemokraten) Haltung gerechtfertigt. Aber ich denke vor allem an die vielen Beamten, Handwerker, Arbeiter, deren Frauen und Töchter auf diesen Nebenerwerb angewiesen sind. (Sehr richtig!) Ich finde Zustimmung bei Ihnen. Das ist aber das Anerkenntniß, daß die Forderung der Einrichtung von selbstständigen Arbeitsstätten zu weit geht. Ich kann dem in gewissem Umfang beipflichten; aber allgemein blos Fabriken und Werkstätten zuzulassen und den Frauen das Arbeiten zu Hause, bei ihren Kindern, unmöglich zu machen, geht nicht. Die Hausfrauen haben oft nicht volle Beschäftigung im Hause; wenn sie nun die freien Stunden benutzen, um sich einen Nebenerwerb zu sichern, so kann ihnen das nicht verwehrt werden.

Ich komme zu den Einzelforderungen. Bezüglich des Trucksystems deutete der Herr Staatssekretär schon an, man könnte vielleicht schriftlichen Arbeitsvertrag fordern. In England ist das meines Wissens der Fall, — da muß der Tarif, nach welchem bezahlt wird, angeschlagen sein. Wir haben einen Vorgang in der deutschen Berggesetznovelle, wo schriftlicher Arbeitsvertrag vorgeschrieben ist. Also diese Vorsichtsvornahme könnte auch hier leicht getroffen werden.

Dann die Aufsicht. Es müssen Beamte, sachverständige Leute sein, die in diese Lohnzettel Einsicht nehmen müssen.

Bezüglich der sittlichen Zustände gab ja auch der Herr Staatssekretär zu, daß Abhilfe nöthig ist. Er stellte zunächst in Erwägung, ob man nicht nach dem Vorbild des § 106 der Gewerbeordnung auch hier eine Bestimmung treffen sollte dahin, daß Arbeitgebern und Meistern, welche sich sittlich vergangen haben, die Beschäftigung von Arbeiterinnen verboten sein soll. Ich anerkenne diese Parallele vollständig und würde ohne weiteres den Ausbau dieser Bestimmung akzeptiren; aber ich glaube, wir sollten die Verführung des Arbeitgebers und Meisters unter dieselbe Strafe stellen, wie die Verführung des Mündels durch den Vormund. Das ist auch ein sittliches Verhältniß besonderer Art, das des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer, welches eine schwere sittliche Verantwortung einschließt; und wer sich als Arbeitgeber dieser Verantwortung entschlägt, der verdient Bestrafung. In die sogenannte „Umsturz“-vorlage war eine bezügliche Bestimmung aufgenommen. Ich erinnere auch daran, daß von Seiten der evangelischen Kreise eine solche Anregung schon mehrmals gegeben ist, und ich möchte glauben, daß hier in erster Linie Veranlassung gegeben ist, eine solche Bestimmung vorzusehen.

Meine Herren, die ganze Frage ist ja von außerordentlicher Tragweite und Schwierigkeit. Ich glaube auch, sie ist jetzt in die rechte Bahn geleitet dadurch, daß der Herr Staatssekretär erklärt hat, daß die Kommission für Arbeiterstatistik sich damit beschäftigen soll. Wenn auch die Enquete von 1887 schon ein reiches Material ergeben hat, so glaube ich doch, daß dieses heute ungenügend ist, daß namentlich die rechte Belebung und Klärung des Materials und beste Art und Tragweite einer gesetzlichen Regelung erst durch mündliche Vernehmungen gewonnen wird. Diese mündlichen Vernehmungen haben uns in der Kommission für Arbeiterstatistik sehr gefördert. Es wurden reiche Anregungen dort gegeben. Man kann die Vorschläge im Einzelnen durchsprechen,

prüfen; die Betheiligten berichten aus ihren Erfahrungen heraus, und so bildet sich ein ganz anderes Bild wie sonst.

Ich möchte also glauben, daß damit in der That der rechte Weg beschritten ist, und möchte nur hoffen, daß recht bald die Berathungen dort zu einem Abschluß kommen, damit endlich die Klagen, die mit Recht im Lande widerhallen, ihre Erledigung finden. (Bravo! aus der Mitte.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schall.

Abgeordneter **Schall:** Meine Herren, auch von unserer Seite wird es freudig begrüßt, daß durch die vorliegende Interpellation uns Gelegenheit gegeben ist, unsere warme Theilnahme zu bezeugen für die Arbeiterinnen, um die es sich hier handelt, nämlich in der Konfektions- und Wäschebranche.

Es ist von dem Herrn Einbringer der Interpellation vorhin hervorgehoben worden, daß die Interpellation nicht zunächst veranlaßt sei durch die augenblicklichen Verhältnisse; ich meine aber: gerade, daß die heutige Interpellation zusammenfällt mit der großen Bewegung, die in diesen Tagen auch hier in Berlin durch diesen ganzen Zweig von Arbeiterinnen hindurch geht, gerade dadurch gewinnt dieselbe besondere Bedeutung. Aus den heutigen Verhandlungen im Reichstage, die ja durch die Presse auch in das Land hineingetragen werden, werden aber nicht nur die betheiligten Arbeiterinnen, sondern alle Kreise aufs neue die Ueberzeugung gewinnen, daß hier im Reichstage bei allen staatserhaltenden Parteien die wärmste Theilnahme für die hohen und wichtigen sozialen Fragen und für das Wohl der dabei betheiligten Arbeiter besteht; und, meine Herren, ich freue mich ganz besonders, daß auch wir hier auf der konservativen Seite aufs Neue Gelegenheit haben, zu zeigen, daß wir, wie bei den früheren Anträgen, die die Sozialreform berührten, so auch hier gestimmt sind, alles zu thun, um zu besseren sozialen Zuständen in unserem Volksleben zu gelangen. Es ist von mehrfacher Seite, bedauerlicher Weise auch von uns nahestehender Seite, in letzter Zeit ein gewisser Zweifel dahin ausgesprochen worden, als ob die Liebe für sozialreformatorische Maßnahmen und der Eifer dafür auf unserer Seite erlahmt sei oder gegen früher nachgelassen habe. Meine Herren, das ist ganz gewiß nicht der Fall. Ich habe die Ehre, seit 3 Jahren den konservativen Fraktionen des Abgeordnetenhauses und des Reichstags anzugehören, und ich kann nur bezeugen, daß ich vom ersten Tage bis heute überall die wärmste Sympathie gerade für diese Fragen gefunden habe, die auch mir seit lange ganz besonders am Herzen liegen.

Meine Herren, alle die Herren Vorredner, die sich bisher geäußert haben, und auch die Herren Vertreter der Bundesregierung sind darin einig, daß hier ein Gebiet vor uns liegt, auf welchem schreiende Nothstände herrschen, daß wirklich hier die Töchter des Volks nach Hilfe schreien und solcher Hilfe bedürfen. Von den verschiedensten Stellen aus ist im Einzelnen darauf hingewiesen worden, was für Uebelstände bestehen, und gerade die Enquete von 1887, für die wir sehr dankbar sein müssen, hat scharfe Schlaglichter auch vom sittlichen Standpunkt aus in diese Verhältnisse hineinfallen lassen. Wenn da z. B. in den Zusammenstellungen der damaligen Enquete über die sittlichen Zustände der Arbeiterinnen berichtet wird, daß, wenn auch nicht gerade viele Prostituirte in den Fabriken zu finden seien, es doch allgemein sei, daß diese Arbeiterinnen irgend ein sogenanntes Verhältniß haben, und daß der stehende Unterhaltungsgegenstand in den Fabriken unter diesen Mädchen eben dieses „Verhältniß" bilde, — so deutet das hin auf sehr üble Zustände, die dort bestehen müssen. Da ist es ja keine Frage, daß, wenn wir auch für diese sittlichen Zustände nicht allein die Lohnverhältnisse verantwortlich machen können, doch die niedrigen Verdienste dieser Mädchen in vielen Fällen mindestens mit schuld daran sind, daß dieselben auf Abwege getrieben werden und den Versuchungen, denen sie vielfach ausgesetzt sind, nicht widerstehen können, Versuchungen, die, wie es hier schon angedeutet worden ist, nicht bloß an sie herantreten von der

Umgebung, die ihnen außerhalb der Fabrik nahe tritt, sondern Versuchungen, die oft an sie herantreten von solchen, die die Fabrik beziehungsweise die Geschäfte selbst leiten. Soll doch hier in Berlin der Fall vorgekommen sein, daß ein Arbeitgeber in einer bekannten Konfektionsfirma den Mädchen, die sich über die unzureichenden Löhne beschwerten, gerathen hat, sie wären ja jung und hübsch und könnten auf die Straße gehen. (Hört! hört!)

Meine Herren, daß es sich jetzt in diesen Kreisen wieder regt, und daß diese Arbeiterinnen, die von früh bis spät theils in Werkstätten, theils zu Hause um einen kärglichen Verdienst ringen müssen, nun nach einer Besserung ihrer Verhältnisse verlangen, das verstehen wir und fühlen wir mit, und wir müssen in allen Parteien für diese Bewegung, die augenblicklich durch die Reihen dieser Arbeiterinnen hindurch geht, das vollste Verständniß haben. Leider scheinen allerdings die Versuche, auf einem friedlichen und vermittelnden Wege zu besseren Verhältnissen zu kommen, nicht gelungen zu sein; soviel mir bekannt, ist der Streik unter den Arbeiterinnen der Konfektions- und Wäschebranche, hier in Berlin wenigstens, bereits ausgebrochen und hat sich auch auf andere Städte schon ausgedehnt — nach meiner Kenntniß hat man dem gleichen gewaltsamen Vorgehen in anderen Orten, z. B. in Breslau, bisher noch nicht Folge geleistet —. Das ist nach meiner Ueberzeugung bedauerlich; das erschwert es uns auch heut, unsere volle Sympathie für die nun im Ausstand Begriffenen zum Ausdruck zu bringen. Denn jeder Ausstand ist immer ein Kriegszustand, und solche Kriegszustände können wir niemals gutheißen, — schon darum nicht, weil die Erfahrung lehrt, daß bei solchen Streiks gewöhnlich für die Betheiligten nicht viel herauszukommen pflegt. Und so fürchten wir auch hier, die armen Arbeiterinnen werden auch bei diesem Ausstand wieder die Opfer sein, die Opfer jener Agitatoren und Verführer, die sie zum Theil wider ihren Willen in eine solche Streikbewegung hineinziehen, ihnen die paar ersparten Groschen bei dieser Gelegenheit noch abnehmen und sie nachher in ihrem Elend sitzen lassen. Meine Herren, wir stehen dem gegenüber auf dem Boden der friedlichen, positiven und daher allein praktischen Sozialreform (Zuruf links) und freuen uns, daß unsere Reichsregierung auf diesem Gebiet, man kann wohl sagen, in wahrhaft mustergiltiger Weise vorangeht. Bis jetzt wenigstens sind die gesetzgeberischen Maßnahmen, die wir in Deutschland zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung ergriffen haben, und die Opfer, die wir dafür gebracht haben, soviel ich weiß, noch von keinem anderen zivilisirten Staat der Welt übertroffen worden (oh! links); und ich hoffe, daß wir in Deutschland auch in Zukunft diesen Ruhm beibehalten werden.

Auf welchem Wege sich eine Besserung der Uebelstände wird herbeiführen lassen, das wird nach den uns gewordenen Zusagen einer weiteren Untersuchung auch von Seiten der verbündeten Regierungen unterliegen, und wir alle hier, so viel an uns liegt, werden dazu beizutragen haben, daß diese neue Enquete zu ersprießlichen, praktischen Ergebnissen führe, welche sich nachher zu gesetzgeberischen Maßnahmen verdichten. Aber, meine Herren, wie schon vorher gesagt wurde, mit gesetzgeberischen Maßnahmen wird hier allein auch nicht alles erreicht werden. Manches wird zu bessern sein dadurch, daß man sich mehr als bisher von einer verfehlten Richtung der Gesetzgebung lossagt, die man früher eingeschlagen hat. Ich halte diese Nothlage unter den Arbeiterinnen der Konfektions- und Wäschebranche nicht zum wenigsten für eine Folge des Ganges der Gesetzgebung in den siebziger Jahren. Dafür, daß solche traurigen Zustände bestehen, ganz besonders in der Lohngewährung an diese Arbeiterinnen, in den sogenannten Hungerlöhnen, scheint mir, ist vor allem verantwortlich zu machen die unumschränkte Gewerbefreiheit, die wir damals eingeführt haben. (Sehr richtig! rechts. Oho! und Heiterkeit links.) Sie hat dazu geführt, daß das Schleuderwesen immer mehr um sich gegriffen hat, hat diese ungezählten Schleuder- und Ramschbazare hervorgerufen mit

den schlechten Waaren, für deren Herstellung natürlich nur Schleuderlöhne gezahlt werden. Für welche Geschäfte werden denn diese Konfektionsartikel geliefert, von denen vorhin mehrere angeführt worden! In welch erbärmlicher, geradezu empörend niedriger Weise werden diese Arbeiter und Arbeiterinnen von solchen Unternehmern bezahlt! Das sind Geschäfte, die noch dazu mit goldenen Namen sich schmücken, bei denen die Ueberschrift aber eigentlich lauten müßte: hier kauft man billig und schlecht! Wohl werden ja da der ärmeren Bevölkerung für sehr mäßige Preise Kleidungsstücke geboten, — aber, meine Herren, sie sind auch danach; und ich meine, wenn wir auf dem Wege einer weiteren gesunden Ordnung unserer wirthschaftlichen und besonders unserer Gewerbeverhältnisse fortschreiten, wenn wir vor allen Dingen wieder dazu kommen, zur Gesundung und Erhaltung des Handwerks den Befähigungsnachweis (Zurufe und Heiterkeit links) — ja, meine Herren, auch für die Inhaber solcher Geschäfte den Befähigungsnachweis einzuführen (sehr richtig! rechts), überhaupt in die Gewerbe, auch in das Konfektions-, das Schneidergewerbe wieder etwas mehr Ordnung hineinzubringen durch obligatorische Innungen und dergleichen, dann wird diese Schund- und Schleuderkonkurrenz mehr und mehr aufhören, und dann wird auch aufhören, daß man auf diese armen, bedauernswerthen Arbeiter und Arbeiterinnen, die für diese Geschäfte arbeiten müssen, bei Löhnung ihrer Arbeit einen solchen unerhörten Druck ausübt. (Sehr richtig! rechts.)

Also ich meine, man darf nicht bloß durch einzelne Bestimmungen die Uebelstände bekämpfen, die hier und da jetzt hervortreten, sondern unsere Fürsorge muß auf den ganzen Gang der Gesetzgebung gerichtet sein. Dazu werden aber auch alle übrigen Faktoren des Volkslebens an ihrem Theil mitzuwirken haben. Der Herr Kollege Hitze hat bereits ausgeführt, wie nicht bloß die staatlich angestellten Fabrikinspektoren, und später vielleicht auch weiblichen Inspektorinnen, dazu berufen sein werden, hier Wandel schaffen zu helfen, sondern wie auch freiwillige Organe werden mitzuwirken haben, um mit ihrer Obhut und Pflege, mit einer gewissen „Patronage“ im besten Sinne des Worts, diesen Arbeiterinnen zur Seite zu stehen. Ich möchte aufs nachdrücklichste darauf hinweisen, daß eine Besserung der Zustände auch auf diesem Gebiete nicht möglich sein wird, wenn nicht unser Volk wieder aufrichtig bemüht wird, überall christliche Grundsätze walten zu lassen und sittliche Gebote und sittliche Anschauungen auf allen Gebieten zur Geltung bringen. (Sehr richtig! rechts.) Es ist traurig genug, wenn man von jener Seite so oft das völlig verkennt und ablehnt, wenn z. B. im „Vorwärts“ unterm 11. Juni (Nr. 133) zu lesen war: daß es doch längst erwiesen sei, daß die Sittlichkeit nicht auf der Religion aufgebaut zu werden braucht (sehr richtig! links), ja, daß alle Morallehren ihre Ursachen nicht in religiösen Lehren, sondern in sozialen Zuständen hätten. (Sehr richtig! links.) — Ja, meine Herren, das ist Ihre Anschauung, das ist aber für uns die umgekehrte Weltordnung. (Sehr richtig! rechts, Heiterkeit links.) Wir unsererseits wollen die Sozialreform aufbauen auf dem Boden und nach der den Geboten des lebendigen praktischen Christenthums! (Sehr wahr! rechts.) Gewiß ist auf diesem Gebiet schon viel geschehen, wir können in der That schöne Früchte aufweisen, aber es bleibt noch viel zu thun! Aber wir wollen auch weiter arbeiten und nach höheren Zielen und Früchten streben, während Sie, meine Herren, auf Ihrer Seite von solchen Früchten noch so gut wie nichts aufzuweisen haben. Freilich werden Sie dafür auch heute nur Spott haben; hat ja auch neulich, als ich bei anderer Gelegenheit auf das Christenthum hinwies, ein Herr auf jener Seite darüber sich lustig gemacht und gesagt, ich hätte Ihnen eine Nachmittagspredigt gehalten. (Sehr richtig! Heiterkeit links.) Nun schadet es Ihnen ja vielleicht gar nichts, da Sie doch jedenfalls sonst sehr selten einmal eine Predigt hören, wenn Sie auch hier im Reichstag einmal eine

Nachmittagspredigt mit anhören müssen. (Sehr gut! Bravo! rechts. Zuruf und Heiterkeit links.)

(Redner ergeht sich in diesen pastoralen Klagen, die mit dem Gegenstand der Tagesordnung in keinem Zusammenhang stehen, noch eine Weile und fährt dann fort):

Meine Herren, ich kann mich im übrigen kurz fassen. Das Wesentlichste zu dieser Frage ist bereits gesagt worden; ich kann nur wiederholen: wir freuen uns, daß wir hier aufs neue vor einen prägnanten Fall und vor eine Gelegenheit gestellt sind, bei welcher wir bethätigen können: wir haben ein warmes Herz für alle Nothleidenden und Unterdrückten in unserem Volk. Wir wollen, ohne daß wir uns einseitig als die Vertreter irgend eines einzelnen Standes, also etwa des Arbeiterstandes, aufwerfen, sondern stets das Wohl des ganzen Volkes im Auge behaltend, alles thun und allem nachdenken, was auf gesetzgeberischem Wege dazu führen kann, allen jenen Arbeiterinnen, den Frauen und jungen Mädchen in unserem Volk, die sich in solcher bedrückten Lage befinden, zu einer besseren äußeren und inneren Lage und einer sorgenfreieren menschenwürdigeren Zukunft zu verhelfen. (Bravo! rechts.)

Vizepräsident **Schmidt** (Elberfeld): Das Wort hat

Abgeordneter **Fischer**: Meine Herren, Sie werden begreifen, daß wir der Behandlung dieser Interpellation gegenüber eine andere Stellung einnehmen als die Redner, die bisher den Standpunkt Ihrer Parteien vertreten haben. Als diese Interpellation zu unserer Kenntniß kam, da mußte man sich doch fragen: ja, wieso kommt denn auf einmal gerade die nationalliberale Partei zur Stellung einer solchen Interpellation? ihre sozialpolitische Vergangenheit ist eigentlich doch kein Befähigungsnachweis für die Stellung einer solchen Interpellation! (Widerspruch links. Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Nun habe ich mir gedacht, das stehe wohl im Zusammenhang mit der Lohnbewegung der Konfektionsarbeiter, die gegenwärtig in ganz Deutschland in Fluß gerathen ist. Es hat sich hier die alte Erscheinung bestätigt, daß bei solchen außergewöhnlichen Fällen das gesammte Bürgerthum von Rührung und Mitleid überläuft über das große Elend, das sich in solchen Industrien kundgiebt, über die schreckliche Ausbeutung, die niederen Löhne u. s. w., und schließlich kommt auch die Regierung und schickt einen Kommissar und stellt nach Umfrage bei den einzelnen Regierungen sogar den heroischen Entschluß in Aussicht, eine — Enquete zu veranstalten. Nachher aber bleibt alles wieder beim alten (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), höchstens daß die Polizei daherkommt und die Lohnkommissionen der Arbeiter auflöst, sie als politische Vereine erklärt und solcherweise „sozialreformatorische“ Dienste für das Unternehmerthum leistet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Interpellant hat zwar gesagt, daß dieses Motiv ihm vollständig ferngelegen habe. Ja, da stellt man sich doch die andere Frage: wie kommen Sie (die Nationalliberalen) jetzt plötzlich zu einer solchen Interpellation? Vor 11 Jahren hat der Reichstag beschlossen, eine Untersuchung einzuleiten über die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen in der Wäschefabrikations- und Konfektionsbranche u. s. w. Bereits zwei Jahre später lag das Ergebniß dieser Untersuchung dem Reichstage vor. Volle 9 Jahre hat kein bürgerlicher Hahn nach der Abschaffung dieser doch als bekannt vorauszusetzenden Erscheinung gekräht — und jetzt auf einmal fließt die ganze nationalliberale Partei in Arbeiterfreundlichkeit über! jetzt macht sie sich zur Wortführerin einer Bewegung für Abschaffung der Ausbeutungszustände in der Konfektionsbranche! (Zuruf von den Nationalliberalen) — Im Gegentheil, uns ist der Antrag angenehm; Sie haben niemandem einen größeren Gefallen gethan mit der Interpellation als uns Sozialdemokraten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, wenn sogar Sie dazu kommen, solche

Zustände zu beurtheilen, Sie, die gerade in den letzten Jahren die Gewerbeordnung so gestaltet haben, daß man mit ihr an diese Auswüchse nicht heran kann (Unruhe links), wenn Sie jetzt zu dem Standpunkt kommen, den unsere Partei schon damals bei Berathung der Gewerbeordnungsnovelle eingenommen hat, so ist dies die glänzenste Rechtfertigung der sozialdemokratischen Agitation und der Stellungnahme unserer Partei im Reichstage.

Alle die Paragraphen, die der Herr Staatssekretär von Boetticher hier als Hinderungsgrund für die praktische Durchführung Ihrer Resolution angegeben hat, besonders der § 154, den jetzt der Herr Interpellant selber bezeichnet als in erster Linie abzuschaffen oder wenigstens abzuändern, — alle diese Paragraphen sind gegen die Ausführungen und gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen worden. Sie selbst haben noch vor wenigen Jahren das Trucksystem gesetzlich gerechtfertigt, indem Sie in § 115 der Gewerbeordnung die Bestimmung aufgenommen haben:

> Zu einem höheren Preise (als zu den Selbstkosten) ist die Verabfolgung von Werkzeugen und Stoffen zu Akkordarbeiten zulässig, wenn derselbe den ortsüblichen Preis nicht übersteigt und im voraus vereinbart ist.

Wir sind also die einzige Partei, die ein Recht hat, immer und immer wieder darauf hinzuweisen, daß alle die Momente, die Sie heut ins Feld geführt haben, von uns schon vor Jahren ins Feld geführt worden sind, und daß der Standpunkt, den Sie immer im Interesse der Unternehmer gegen die Arbeiter eingenommen haben, der Beweis dafür ist, daß Sie eben die Unternehmerpartei par excellence sind! (Unruhe bei den Nationalliberalen).

Wenn ich die Interpellation lese und mir jetzt die Reden vergegenwärtige, die eben gehalten worden sind, so kommt es mir vor, als sähe ich den Fuchs Thränen vergießen über die großen Gefahren, die die armen Gänse bedrohen. (Heiterkeit.) Sie haben ja nach Ihrer Interpellation auch noch einen Antrag eingebracht, der es eigentlich erst erklärlich macht, was Sie wollen. Nach dem ersten Wortlaut konnte man der Meinung sein, Sie beabsichtigen bloß die Abschaffung des Trucksystems und die Beseitigung der Zustände, die zum Theil gewiß in ganz hervorragendem Maße in der Wäsche- und Konfektionsbranche gang und gäbe sind. Wir sind ja von jeher gegen das Trucksystem in jeder Gestalt eingetreten. Wir haben, allerdings vergeblich, Sturmlauf gegen die Bestimmungen gemacht, die durch die Gewerbeordnung Ihre Sanktion gefunden haben, und die Sie mit Hilfe des Zentrums — das wird der Herr Abgeordnete Hitze zugeben — zu Gesetzeskraft erhoben haben. Aber diese besondere Form der Ausbeutung ist eigentlich nur eine Begleiterscheinung in der gesammten Ausbeutung dieser Industrie; und auch die Stellen, die der Herr Interpellant aus den Berichten der Enquete, die seit 9 Jahren in den Pulten der Abgeordneten schlummern, angeführt hat, sind bloß ein einziger Beweis dafür, daß diese spezielle Ausbeutungsform nur eine, und nicht einmal eine wesentliche, Begleiterscheinung der geradezu erschreckenden Zustände in der Wäsche- und Konfektionsindustrie ist. Die ganzen Arbeits- und Lohnverhältnisse sind derart, daß die Abschaffung des Trucksystems an den Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiterinnen garnichts ändert.

Sie haben von Seiten des Herrn Interpellanten bereits eine Reihe von Thatsachen aus den Untersuchungen des Jahres 1887 anführen hören. Ich will mich, soweit sie sich darauf beziehen, den Nachweis zu erbringen, daß das Trucksystem heute noch zum Schaden der Arbeiter in Geltung ist, nicht weiter einlassen. Aber da die Interpellation zugleich auch dahin geht, die gesetzgeberischen Maßnahmen zu erfahren, die zum Schutz gegen die Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiterinnen erlassen werden sollen, so muß man auch noch die Punkte in der Enquete kennen, worin die Ursachen der Unsittlichkeit der Arbeiterinnen berührt werden. Vielleicht hat Herr Pastor

Schall — er ist, wie ich sehe, nicht hier, er hat es vielleicht auch nicht nöthig, das anzuhören — (Heiterkeit) Thatsachen, die ihn darüber belehren könnten, daß in der That die sozialen Zustände die Grundlage sind, aus denen die moralischen, Faktoren sich entwickeln. Der Bericht für Berlin sagt ganz ausdrücklich, die Arbeiterinnen seien gewiß leichtsinnig, sie seien auch putzsüchtig, sie seien aber zur Prostitution „dann gezwungen, wenn in geschäftslosen Zeiten Gelegenheit zur Arbeit und Verdienst gänzlich fehlt". Die paar Statistiken, die wir über die Frage haben, aus welchen sozialen Berufsarten sich die eingeschriebenen Prostituirten rekrutiren, geben den augenscheinlichsten Beweis dafür, daß aus den Industrieen, in denen die Frauenlöhne am niedrigsten sind, die Zahl der Prostituirten sich in der höchsten Zahl rekrutirt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Bericht für Berlin konstatirt weiter, daß eine sehr geschickte Arbeiterin 8 bis 9 Mark, eine etwas ungeübtere 4 bis 5 Mark in der Woche verdiene, daß aber diese Arbeitsgelegenheit nur 4 bis 5 Monate im Jahre währe, 7 bis 8 Monate sei Geschäftsstillstand, sei Mangel an Arbeit, fehle die Arbeitsgelegenheit. Und dann folgt der Satz:

> Der hier herrschende Mangel mag manche zwingen, sich einen Verdienst zu suchen, den sie anfangs verabscheute.

Aus Posen erzählt der Bericht, daß Arbeiterinnen, die sich der Prostitution nicht ergeben haben, als Hauptnahrung nur Kartoffeln hätten. Es wird ausdrücklich hinzugefügt: die Geringfügigkeit des Lohns befördert die Prostitution. Aus Breslau heißt es, daß im Sommer die vielen niedrig gelohnten Arbeiterinnen die ganze Woche von Wurst, Brod und Heringen leben, und daß sie nur am Sonntag ein ordentlich zubereitetes Gericht haben. Ob sie eine Sonntagsnachmittagspredigt des Herrn Pastor Schall dabei sättigen würde, das ist eine andere Frage. (Zurufe rechts.) — Mit Redensarten von der Liebe zum Volk, mit Redensarten von der Sittlichkeit des Volks, mit Redensarten, daß auch Ihr Herz warm für die Arbeiter schlage, ist den Arbeitern nicht gedient! (Zurufe rechts.) — Dieser Vorwurf ist ganz unberechtigt; unser ganzes parlamentarisches Streben ist darauf gerichtet, die sozialpolitische und rechtliche Position zu schaffen, um die Arbeiter wehrfähiger zu machen zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen. Ihre ganze Thätigkeit aber bei der Schaffung der letzten Gewerbeordnungsnovelle war zum größten Theil — man braucht bloß an das historische Wort „Verschlechterungskommission" zu erinnern — darauf gerichtet, die Unternehmer zu stärken im Kampf gegen die Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, ganz interessant ist gerade in Bezug auf die Sittlichkeitsfrage die Meinung, die der Herr Berichterstatter für den Bezirk Erfurt hat. Die dortigen Fabrikanten berufen sich darauf, daß sie von selbst schon alle zweifelhaften Frauen aus ethischen Motiven und aus freien Stücken ausmerzen, weil sie die anständigen „Haustöchter" beschäftigen. Da ist selbst der amtliche Berichterstatter gezwungen, zu sagen:

> Es wird in vielen Fällen dem wohl kaum ein Glaube beigemessen werden können.

Ihre eigenen Partei- und Klassengenossen — möchte ich sagen — in Düsseldorf, Elberfeld sprechen das ganz charakteristische Urtheil aus, daß das Drücken der Berliner Konkurrenz durch die geradezu verwunderliche Billigkeit der Preise nur möglich sei, weil die Berliner Hausindustrie vielfach aus den Reihen der Prostituirten ergänzt werde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Aus Neuß heißt es, daß der Lohn in die Konfektionsbranche um 20 bis 30 Prozent billiger sei als in anderen Industrien; und als Ursache wird angegeben, weil der sogenannte Nebenerwerb der Frauen Konkurrenz mache, namentlich seitens der Töchter der Eisenbahnbeamten.

Der Herr Kollege Hitze hat geglaubt, wir hätten unsererseits, als der Herr Staatsminister von Boetticher sogar die höheren Beamtentöchter in dieser Richtung

uns vorführte, dagegen Widerspruch erhoben. Es ist das ein Mißverständniß seinerseits. Wir haben im Gegentheil das bloß als besonders charakteristisch durch unsere Zurufe „Hört! hört!“ bestätigt, und wir können da selbstverständlich uns der Meinung des Herrn Hitze anschließen, wenn er sagt, nicht sowohl die Verschwendungssucht der Frauen und Töchter dieser Beamten sei es, die sie in den industriellen Erwerb hineinzwänge, sondern es sei vielmehr die Verpflichtung, zum Verdienst des Mannes ein Gewisses hinzuzuverdienen. Ich bin fest überzeugt, daß das der einzige Trieb, die einzige Erklärungsursache für diese Erscheinung ist. Aber dann muß man doch nicht die Arbeitsgelegenheit für solche Frauen vermehren, sondern ich meine, wenn man immer für die Familie die ethischen und sittlichen Rücksichten als allein maßgebend hinstellt, sodaß die Ausdehnung der Fabrikinspektion auf die Heimindustrie vor der „Heiligkeit der Familie“ Halt machen muß, dann muß man die Beamten so auskömmlich bezahlen, daß sie in der Lage sind, ihre Familie aus dem eigenen Verdienste zu ernähren, dann muß man weiter dafür sorgen, daß für die Staatsbetriebe nicht ausschließlich der fiskalische Gesichtspunkt der Ueberschüsse maßgebend bleibt, sondern daß man eine richtige Sozialpolitik treibt. Wir hören ja in allen Reden, daß Deutschland, der sozialreformatorische Staat par excellence, allen anderen Staaten als leuchtendes Beispiel vorangeht. Wenn das geglaubt werden soll, dann sollte der Staat doch diese Grundsätze der Sozialreform zuerst in den Staatsbetrieben verwirklichen, statt immerfort auf Ueberschüsse hinzuarbeiten, die nur zu militärischen Zwecken verwendet werden, während die Arbeiter und Beamten in solcher Weise ausgebeutet werden, daß sie nicht einmal ihre Familien ernähren können.

Wie aus Neuß berichtet wird, konstatirt auch der Bericht aus Düsseldorf, daß es hauptsächlich Arbeiterinnen, dann die Töchter und Angehörigen der Maler, der Staats- und Kommunalbeamten und der Post- und Eisenbahnbeamten sind. Danach muß man doch zu der Ueberzeugung kommen, die Herrn Pastor Schall vollständig abgeht, daß, wenn die gewerbsmäßige Prostitution in einem so erschreckenden Maße bei diesen Arbeiterinnen konstatirt werden kann, dies nur erklärlich ist aus der kolossalen Ausbeutung, aus der beispiellos schlechten Löhnung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber das trifft ja nicht bloß für diese Industrie zu. Ich darf vielleicht bei der Gelegenheit hinweisen auf den Fall Heintze, der vor Jahren als ein ganz besonders erschreckender und typischer Fall vor aller Augen trat. Als die Heintze damals erklärte:

> Ich mußte zur Dirne werden, weil ich mit der angestrengtesten Arbeit nur 4 bis 5 Mark wöchentlich verdienen kann —

was war die Antwort des sozialreformerischen Staates? — die lex Heintze, die Prügel- und Lattenarrest brachte für diejenigen, die als Opfer dieser Armuth und schlechtgelöhnten Arbeit unsere Zuchthäuser füllen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.) — Ja, meine Herren, das ist die Folge dieser Ausbeutung; die bürgerliche Gesellschaft hat die moralische Verantwortung für alle diese Dinge, sie kann sie nicht abweisen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Zuruf.) — Jawohl, Hammerstein war gewiß kein Opfer solcher sozialer Verhältnisse. Ob aber gerade Herr Hammerstein gegen meine Auffassung spricht, ist eine andere Sache.

Sie haben allerdings — das kann ich bei der Gelegenheit gleich behandeln — den Herrn Abgeordneten Hitze den Vorschlag machen hören, wenn man diese Frage gesetzgeberisch regelte, so müsse man unter Umständen auch einen Paragraphen einschalten, der das Verhältniß des Vormundes zu seinem Mündel schärfer faßt, der die Arbeiterinnen schützt gegen die sittliche Vergewaltigung der Arbeitgeber. Ich kann da bloß anführen, daß bereits in der Kommission der lex Heintze von sozialdemokratischer Seite ein dementsprechender Antrag formulirt ist und Zustimmung gefunden hat; und ich hoffe, daß auch die Konservativen

einem solchen Antrag zustimmen, allerdings in der Erweiterung, daß diese Bestimmungen maßgebend sind nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirthschaft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Publikationen unbestreitbarer und klassischer Zeugen, der Pastoren Wagner und Wittenberg-Liegnitz, haben ergeben, daß dieselben Zustände, die Sie heute in der Konfektion so sehr tadeln, genau so schrecklich auch auf dem platten Lande in dem Verhältniß des Gutsbesitzers zu seinen Dienstboten herrschen. Auch dort wurde konstatirt, daß in Folge der elenden Wohnungsverhältnisse die Sittlichkeit auf dem Lande rapide zurückgegangen sei; die Schlafräume für Knechte und Mägde seien so verwahrlost, daß die Sittenlosigkeit die nothwendige Folge davon sei. Und alle Berichte der Fabrikinspektoren sind darin einig, daß in Folge der Sachsengängerei und in Folge der ungenügenden Wohn- und Schlafräume der Sachsengänger die Unsittlichkeit auf dem Lande in einem Maße um sich greife, daß es wirklich mit der Stadt konkurriren könne. Ich hoffe also, daß Herr Schall, da es ja seine eigenen Amtsgenossen und christlichen Amtsbrüder sind, die ausdrücklich die Forderung der ländlichen Wohnungsinspektoren für die Gutshöfe aufstellen, einer solchen Forderung selber auch zustimmen werde.

Nun haben uns ja die Interpellanten auch eine Anzahl Anträge unterbreitet, die bis zu einem gewissen Grad den Forderungen entgegenkommen die die Arbeiter zur Lösung, Abhilfe und Steuerung der Uebelstände auf diesem Gebiete schon immer vorgeschlagen haben. Ich bin auch der Meinung: wenn Sie wirklich die Gesundheit und Sittlichkeit schützen wollen, dann müssen Sie allerdings viel radikaler vorgehen, als der Vorschlag ist, den der Herr Staatssekretär von Boetticher als Programm der Regierung in Aussicht gestellt hat. Dann dürfen Sie eben die Initiative in diesen Fragen nicht dem österreichischen Landsturmtempo des Bundesraths: „immer langsam voran, immer langsam voran!“ — überlassen, sondern dann muß der Reichstag auch den Muth haben, den Bundesrath zu zwingen, diesen Maßnahmen Gesetzeskraft zu verleihen; sonst werden wir aus dem Gebiet der akademischen Erörterungen in diesen Fragen nicht hinauskommen.

Freilich haben wir gewisse Zweifel, daß auch nur die Vorschläge verwirklicht werden, die die Herren Interpellanten uns unterbreitet haben. Ich zweifle um so mehr daran, als Sie uns ja Jahr für Jahr bei der Berathung des Etats beim Kapitel der Gewerbeinspektion immer Monologe halten lassen und die Forderungen, die wir bei dieser Gelegenheit regelmäßig stellen: Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Hausindustrie, Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren, Ausdehnung des Schutzes der Frauen- und Kinderarbeit — einfach unbeachtet lassen! Mit viel mehr Recht kann man sagen, daß gerade die Partei, aus deren Reihen heute die Interpellation hervorgegangen ist, es in erster Linie gewesen ist, die in den letzten Jahren immer wieder den Ruf erhoben hat: nun aber Ruhe! nun aber still mit der Arbeiterschutzgesetzgebung! nun macht aber endlich Halt! nun laßt endlich einmal das Ausland in der Sozialreform nachmarschiren! Ich habe nie so bedauert, daß Herr Kollege Möller nicht mehr im Hause anwesend ist, als gerade heute; gerade Herr Möller wäre der berufenste Vertreter dieser Interpellation, der noch im vorigen Jahre gesagt hat, endlich solle man doch aufhören mit dem Arbeiterschutz, die deutsche Industrie müsse jetzt Ruhe haben. Es hat mich daher ganz wunderbar berührt, daß der Herr Interpellant gleich im Anfang seiner Rede versichert hat, gerade Sie seien es, die weitere Belastungen im Interesse der Arbeiterschutzgesetzgebung gern auf ihre Schultern nähmen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Bis jetzt haben wir von Ihnen immer nur gehört von der kolossalen Bedrückung durch die Arbeiterschutzgesetzgebung, von der Bedrückung, die sogar so weit ginge, daß die Industrie allmählich anfange, konkurrenzunfähig gegenüber dem Ausland zu werden. Es wäre also zu schön gewesen, wenn wir den Vertreter dieser Auffassungen Ihrer Partei heute hier hätten sprechen hören.

Der Herr Abgeordnete von Heyl hat es ja auch sehr schön gemacht und eine Reihe von Gesichtspunkten in die Debatte gezogen, wie Herr Möller es auch nicht besser hätte machen können. Er hat gleich damit begonnen, zu sagen, alle Sozialreformen gingen immer von den besitzenden Klassen aus, die Arbeitervertreter hätten weder die Fähigkeit noch den Willen, auf diesem Gebiet etwas zu leisten. Und als Beweis für seine Behauptung hat er den schweizerischen Arbeitersekretär Greulich angeführt, der seit Jahren Arbeitersekretär sei und 25 000 Mark gekostet habe (Zuruf) — oder sogar 97- oder gar 100 000 Mark bekommen habe; es kommt gar nicht darauf an; wir lassen in dieser Beziehung mit uns handeln — und dabei gar nichts gethan habe. Ja, wenn man das glauben möchte, würde das vielleicht beweisen, was Herr von Heyl sagt; es ist nur das Unglück, daß sein Gewährsmann nicht gerade eine glückliche Figur ist. Es ist wieder bezeichnend, daß, sobald der wüthendste Anarchist auf die Sozialdemokraten schimpft, er der willkommenste Bundesgenosse der Unternehmer ist. Der Gewährsmann des Herrn von Heyl ist der Exanarchist Müller, der zuerst Sozialdemokrat war und schließlich sich zur nationalliberalen Partei zurückgemausert hat. Nur schade, daß die Behauptungen des Herrn Müller von niemand anders als von dem schweizerischen Bundespräsident Deucher in offener Sitzung des Nationalraths widerlegt worden ist.

Auf ungefähr gleicher Höhe steht die andere Behauptung des Herrn von Heyl, wir Sozialdemokraten gingen immer hausiren mit der Forderung der Verstaatlichung der Produktion; wenn wir aber unter uns seien und in die Lage kämen, das praktisch auszuführen, verleugneten wir alle unsere Grundsätze. Dafür hat sich Herr von Heyl auf den letzten sozialdemokratischen Parteitag in Bern berufen. Aber auch da liegen die Dinge ganz anders. Die Meinung, die Herr von Heyl hier angeführt hat, wurde geäußert von einem Sozialreformer namens Gschwind, der allerdings sehr radikal ist und glaubt, in der Sozialdemokratie einen festen Stützpunkt für seine Agitation zu finden. Aber auch er hat die Möglichkeit der Verstaatlichung der Industrie ausdrücklich zugegeben; er hat nur gesagt, die Grund- und Bodenverhältnisse seien in der Schweiz so eigenthümlich, daß von einer Verstaatlichung gar keine Rede sein könne. Das da ist also gerade das Gegentheil von dem, was Herr von Heyl gesagt hat, um so mehr, als das *nicht die Auffassung der sozialdemokratischen Partei* ist, sondern geäußert wurde im *Widerspruch* gegenüber dem berufenen Vertreter der schweizerischen Sozialdemokratie.

Wir haben dann noch weiter das schöne Märchen erzählen hören, daß die englischen Eisenindustriellen in England erzählen von der harmonischen Eintracht, die in Deutschland zwischen den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern auf dem Gebiete der Eisenindustrie herrsche. Es ist nur schade, daß nicht geradezu das Königreich Stumm als ganz besonders maßgebend hierfür genannt ist. Aber auch die Reviere, wo die englischen Industriellen gewesen sind, genügen, um zu zeigen, was das für eine Harmonie ist. Sie brauchen bloß die Wahlprüfungsakten aus dem Ruhrrevier in die Hand zu nehmen, um einen Begriff zu haben, wie die Unternehmer diese Harmonie auffassen. *Blinde Unterwerfung, Maul halten und sich ausbeuten lassen* — das ist die Harmonie, *wie sie in jenen Revieren herrscht.*

Was soll denn das beweisen? Wir erleben hier Tag für Tag in *Deutschland*, daß die englischen Arbeiter als Muster aufgeführt werden; in *England* werden die deutschen Arbeiter von den Unternehmern als Muster aufgeführt. Immer sind es gerade die Arbeiter des *eigenen* Landes, die unverschämt in ihren Ansprüchen, rücksichtslos, verwerflich in ihrem Begehren sind; und immer sind es die Arbeiter jenseits der Grenze, die besser und anspruchsloser sind. Wenn aber dann diese unverschämten, bösen Arbeiter internationale Kongresse einberufen, um vielleicht von diesen angenehmen, liebenswürdigen Eigenschaften der ausländischen Arbeiter zu lernen und sie anzunehmen, dann möchte man am

liebsten die Polizei aufbieten, um die deutschen Arbeiter wieder hinter die Grenzpfähle zu schicken. Also mit solchen Urtheilen soll man hier nicht kommen; die beweisen gerade das Gegentheil von dem, was bewiesen werden soll.

Dann hat Herr von Heyl nicht verschmäht, einzelne Redensarten aus unserem letzten Parteitag hier als Beweis dafür anzuführen, wie sehr die Sozialdemokratie in der Praxis das Gegentheil thue von dem, was sie von den Unternehmern verlange; er hat dabei hingewiesen, wie Klagen laut geworden sind gegen die Nachtarbeit, gegen die Akkordarbeit, über die Preise u. s. w. Meine Herren, wir haben von jeher den Standpunkt vertreten, daß es ein Wahnsinn wäre, *innerhalb der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft und innerhalb des Rahmens und der wirthschaftlichen Gesetze dieser Gesellschaftsordnung* sozialistische *Experimente* machen *zu wollen.* Haben wir jemals einen solchen sozialistischen Antrag im Reichstag gestellt? Haben wir nicht Ihre Zumuthungen mit Hohn zurückgewiesen, wenn Sie uns z. B. die Wüste Sahara oder das Königreich Polen anboten zur Verwirklichung unserer Ideen? Niemand weiß besser als wir, daß *innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft sozialistische Produktionsgrundsätze nicht durchführbar sind.* Deshalb wollen wir den Rahmen dieser bürgerlichen Gesellschaft zerbrechen und erst in das wirthschaftliche Leben den sozialistischen Geist hineinbringen.

Sie haben am allerwenigsten Anlaß, mit solchen Beispielen zu kommen. *Wer hindert Sie denn, alle die Einrichtungen der sozialistischen Druckereien* — andere sozialistische Geschäfte giebt es nicht — *nachzumachen? Warum wehren Sie sich so sehr gegen den Achtstundentag? Warum geben Sie nicht jedem Arbeiter 8 bis 14 Tage Ferien und den Lohn dazu?* Es giebt wirklich Leute unter Ihnen, die das sehr gut könnten; die deutsche Unternehmerschaft ist nicht so arm, wie man sie immer hinstellt, wenn es gilt, Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Und wenn wir gegen die verlangte Abschaffung der Nachtarbeit auf dem Parteitag eintreten mußten, so blos, weil wir uns auf dem Boden der Thatsachen stellen mußten. *Nehmen Sie doch einen Antrag von uns an auf Verbot der Nachtarbeit!* Wir haben ihn schon gestellt; Sie haben ihn zu Falle gebracht. Daß aber sozialdemokratische Zeitungen innerhalb des heutigen Zeitungsmechanismus die Nachtarbeit abschaffen, daß wir kein Morgenblatt haben, die Arbeiter also erst am Abend, 12 Stunden später als durch die gegnerische Presse, von den politischen Vorkommnissen unterrichten sollen, das werden Sie selbst nicht als möglich hinstellen; Sie wissen am allerbesten, wie nothwendig es ist, sich mit den Konkurrenten auf gleichen Plan zu stellen,

Alle diese Einwendungen besagen nichts; sie sollen nur den Widerspruch überbrücken, daß Sie jetzt plötzlich die Führung in dieser Frage übernehmen, während Sie *die ganzen letzten zehn Jahre alle Forderungen bekämpft* und zu Fall gebracht haben, die Sie heute auf Ihre Fahne schreiben. Wir haben von jeher die drei Forderungen aufgestellt: *Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Hausindustrie, gesetzliche Vorschriften über Arbeitsräume, über Luft, Licht und sonstige sanitäre Beschaffenheit,* und endlich *Trennung der Arbeitsräume von den Wohnräumen.* Etwas, was uns grundsätzlich von Ihnen unterscheidet, ist weiter, damit jene Forderung durchgeführt werden können, die Forderung der *Sicherstellung des Vereins- und Koalitionsrechts der Arbeiter gegen Uebergriffe der Unternehmer und gegen polizeiliche Vexationen.* Wenn Sie nicht *diese* Punkte wirklich in die Praxis übersetzen wollen, werden Ihre Forderungen auch nicht den Ursachen zu Leibe gehen, deren Abschaffung Sie heute alle als unumgänglich nothwendig gefordert haben.

Meine Herren, wie sehr Sie in Widerspruch stehen mit Ihrem bisherigen Verhalten — sämmtliche Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie —, dafür

ist der Beweis in den letzten vierzehn Tagen erbracht worden. Herr Pastor
Schall, dieser Vertreter des kapitalistischen und militärischen Christenthums,
erklärte vor 14 Tagen offiziell im Auftrage und Namen der konservativen Partei
rückhaltlos und offen: von einer Ausdehnung der Fabrikinspektion auf
die Hausindustrie kann bei uns keine Rede sein. (Hört! hört! links.)
Und heute plötzlich sind die Herren ganz einverstanden mit den Herren Inter-
pellanten; heute plötzlich sagen sie: es ist nothwendig. Auch Herr Hitze hat
erst vor ungefähr vier Wochen, wenn ich mich nicht irre, bei Berathung seines
Antrags erklärt, auch seine Partei müsse sich gegen eine schroffe Aus-
führung der Bestimmungen der §§ 135 bis 139b der Gewerbe-
ordnung aussprechen, „weil dadurch manche Familie an den Rand des
Abgrunds gelangen könnte". Ich meine, tiefer in den Abgrund des Elends
und der sittlichen Verwahrlosung kann man nicht gelangen, als hier im Bericht
der 1887er Enquete geschildert wird — ein Abgrund, der bloß möglich war,
weil Sie keine gesetzlichen Schutzvorschriften gelten ließen, weil Sie
das berühmte freie Spiel der wirthschaftlichen Kräfte zuließen, weil die ethischen
Beziehungen der Familie durch keine gesetzgeberische Schranke gestört werden dürfen.

Immer und immer sagen Sie: wir marschiren an der Spitze der Sozial-
reform. Andere Staaten haben uns da längst überflügelt. Der Interpellant
selber verwies darauf, daß in England seit 1895 ein eigenes Gesetz betreffs des
sweating-Systems besteht. Ich muß darauf hinweisen, daß mit Hilfe des
angeblich unthätigen und unfähigen Arbeitersekretärs der Kanton Zürich in den
letzten Jahren ein Arbeiterinnengesetz geschaffen hat, welches helle Entrüstung
hervorriefe, wenn wir es hier einbrächten. Das bestimmt für die Hausindustrie
den zehnstündigen Normalarbeitstag und trifft sehr schwere Vor-
kehrungen gegen Ueberzeitarbeit, die sich nicht über 12 Stunden ausdehnen darf;
es spricht ferner aus, daß Ueberstunden mit 25 Prozent Erhöhung des
Lohns bezahlt werden müssen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weiter
— das ist das Wichtigste; und wenn Sie das nicht thun, helfen alle Ihre
Vorschriften nichts — bestimmt das Fabrikgesetz des Kantons Zürich, daß es
Unternehmern wie Arbeitern verboten ist, Arbeit mit nach Hause zu geben
bezw. zu nehmen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie werden dem
ganzen Elend der Hausindustrie nicht auf den Leib rücken können, wenn Sie eine
solche Bestimmung nicht Gesetz werden lassen. Wenn die Zentrumspartei durch
ihren Vertreter Herrn Hitze andeutete, daß sie unter keinen Umständen
dafür eintreten könne, so weit zu gehen, daß für die Hausindustrie eigene
Arbeitsräume geschaffen werden müßten, dann bricht sie allen ihren Zu-
sicherungen die wirksame Spitze ab. Das größte Elend, die größte Aus-
beutung, viel schärfer und intensiver als in der Konfektionsbranche, sitzt in
der Hausindustrie. Gehen Sie z. B. nach Thüringen, nach Schlesien! Da
werden Sie Familienzustände finden, die mit der Ethik des Christenthums gar
nichts zu thun haben, wo die soziale Noth dazu zwingt, die Kinder bis tief in
die Nacht zu einer unmenschlichen Arbeitszeit anzuhalten. (Sehr richtig! bei
den Sozialdemokraten.) Wenn Sie da nicht die Kinder schützen wollen dadurch,
daß der Fabrikinspektor Zutritt hat, und daß Arbeitsräume geschaffen werden,
dann ist all Ihr soziales Wirken Stückwerk. (Sehr richtig! bei den Sozial-
demokraten.) Nicht bloß England, nicht bloß die Schweiz, auch Amerika hat
uns in dieser Richtung völlig geschlagen. Der Staat Newyork hat am
1. Juni 1892 — Sie können das in einer sehr lesenswerthen Broschüre meines
Parteigenossen Timm „über das sweating-System in der deutschen Konfektions-
industrie" nachlesen, wo Sie auch sonst Material finden, was von Nutzen sein
wird — ein Gesetz folgenden Inhalts erlassen:

> Kein Zimmer oder sonstiger Raum in Tenementhäusern soll zur
> Fabrikation von Röcken, Westen, Hosen, Kniehosen, Arbeitshosen,
> Mänteln, Federn, künstlichen Blumen, Zigarren, Pelzen, Pelztrimmings,

> Pelzkleidern, Hemden oder Geldbörsen außer von Familien, die im
> Hause wohnen, benutzt werden. (Aha! und Zurufe.)

— Ja, gewiß ist das der Witz. Wir sind auch mit dem Gesetz vor der Hand
einverstanden, wenn Sie es annehmen.

> Keine Person, Firma oder Korporation soll Arbeiter für derartige
> Tenementhausarbeit engagiren, ohne vorher vom Fabrikinspektor
> eine schriftliche Erlaubniß eingeholt zu haben, welcher zu jeder
> Zeit, wenn die Gesundheit der Bürgerschaft oder der betreffenden
> Arbeiter es erfordert, widerrufen werden kann; und die Erlaub-
> niß soll nicht ertheilt werden, ohne daß der Fabrikinspektor
> oder sein Assistent vorher eine Besichtigung des Platzes
> vorgenommen hat, und die Anzahl der Personen, welche
> daselbst arbeiten dürfen, soll in dem Erlaubnißschein an-
> gegeben werden. Der Schein soll eingerahmt und in dem betreffenden
> Raum an in die Augen fallender Stelle aufgehängt werden. Für
> jede in solchem Raum von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends
> arbeitende Person sollen 250 Kubikfuß Luft vorhanden sein.

Sie sehen, wir haben wirklich keine Ursache, uns nach der Richtung hin immer
das Selbstlob zu gewähren, sondern andere Staaten haben uns nach der Rich-
tung hin längst geschlagen, und ich meine, es sei auch wirklich Zeit, daß Sie
auch im eigenen Interesse an die Beseitigung dieser scheußlichen Zustände her-
antreten. Denn, meine Herren, diese Sweaterstuben sind ja nicht bloß Wohn-,
Schlaf- und Arbeitsräume zugleich, sie sind zugleich auch noch Krankenasyle,
man kann sagen, sie sind die Brutstätten typhöser Epidemien. Der
Kassenarzt und Kreisphysikus Dr. Knopf in Weimar sagt:

> Auf Ihre Anfrage, betreffend die Uebertragung von Krankheiten
> durch Kleider, möchte ich erwidern, daß solche viel häufiger geschieht,
> als gewöhnlich angenommen wird. Insbesondere möchte ich nicht
> bezweifeln, daß eine Weiterverbreitung von ansteckenden Krankheiten,
> z. B. Diphtherie, Scharlach, Schwindsucht, Masern u. s. w., leicht aus
> den Stuben solcher Schneider, deren Räume zugleich als Arbeits-,
> Wohn-, Schlaf-, Krankenzimmer und Kochraum dienen müssen
> stattfindet.

Und ein anderer Arzt schreibt in dieser Beziehung, wie ja die Broschüre des
Fräulein Oda Olberg darlegt:

> Ich erachte die Uebertragung von Krankheiten durch Stoffe, die mit
> erkrankten Personen in längeren Kontrakt gekommen sind, für möglich
> bei folgenden Krankheiten: Diphtherie, Rose, Scharlach, Masern und
> allen akuten Exanthemen, bei Phthise, und zwar hier, weil jede
> hygienische Vorschrift außer Acht gelassen zu werden pflegt, und auch
> bei Syphilis im Stadium der Eiterung, falls dieser Eiter die Stoffe
> berührt.

Ich will darauf nicht weiter eingehen und mich begnügen, hervorzuheben,
daß alle diese Voraussetzungen auch zutreffen für die nach Ihrer eigenen Mein-
ung unkontrollirbare Arbeit in der Familie. Wenn Sie diese aber immer als
Blümchen Rührmichnichtan behandeln wollen, dann hat Ihre ganze Arbeit
keine große Bedeutung, und ich fürchte beinahe, Sie werden nicht daran gehen
können; denn, meine Herren, Sie stehen alle zu sehr unter dem Bann der
Worte, mit denen der frühere Reichskanzler die Aufgabe des Staats und der
bürgerlichen Gesellschaft in Bezug auf die Sozialreform und auf die soziale
Gesetzgebung programmatisirt hat, als er seinerzeit erklärte, es sei ihre Auf-
gabe, Millionäre zu züchten. Und ein typisches Produkt dieser Millionär-
züchterei ist gerade die Industrie, in der wir diese scheußlichen Auswüchse zu
beobachten durch die Enquete in die Lage versetzt sind. Gerade diese Industrie
ist für diese Auffassung typisch; sie hat ja in den letzten 20 Jahren einen
Aufschwung genommen wie keine andere. Wenn man die Exportziffern be-
trachtet, da figurirt sie mit Hunderten von Millionen. Und dieser ganze, jedes
bürgerliche Herz berauschende Millionenreichthum ist nur ermöglicht worden

durch die schrankenlose Ausbeutung der Aermsten der Armen! Hier
tritt klar und deutlich unwiderleglich in die Erscheinung, was Sie sonst als
sozialdemokratische Verhetzung, gegen welche der Strafrichter einschreiten muß,
hinstellen, nämlich die Thatsache, daß der schwellende Reichthum und die
üppigste Verschwendung bezahlt werden müssen mit dem Leben, mit
der Gesundheit, mit der Sittlichkeit der Arbeiterinnen. Gewiß, ich
bin der Letzte, der bestreiten wollte, daß zum Aufschwung dieser Industrie
nicht auch der Fleiß, die Umsicht, die Tüchtigkeit der Industriellen ihr Theil
beigetragen hätten. Aber alle der erworbene Reichthum ist doch nur geschaffen
worden durch die geschilderte schrankenlose Ausbeutung, eine Ausbeutung,
die so kraß ist, daß hier selbst die Vertreter der kapitalistischen Interessen
sich zu ihrer Bekämpfung zusammenraffen müssen, eine Ausbeutung, die so
kraß ist, daß sogar die eigentlichen Interessenten daran Furcht
hegen, die moralische Verantwortung dafür zu tragen. Daher auch
die wunderbare Erscheinung, daß gerade die Partei, die sonst alle soziale
Schäden auf die bösen und verderblichen Einflüsse des Judenthums zurückzu-
führen bestrebt ist, gerade bei dieser Bewegung der Konfektionsarbeiter, die
überall im Volk auf Sympathien stößt, die Rolle des steinernen Gastes spielt.
Man begeht wohl keine Uebertreibung, wenn man sagt, 99 Prozent des in
der Konfektionsindustrie angelegten Kapitals sei sogenanntes jüdisches Kapital,
und trotzdem ist die antisemitische Partei dieser Erscheinung gegenüber stumm.
Freilich, die direkten Ausbeuter, gegen die der Zorn in erster Linie sich
richtet, sind alles christliche Leute; die gehen vielleicht auch Sonntags nach-
mittags zu Herrn Schall in die Predigt, und vor allem sind sie zugleich fast
durchgängig zu 90 Prozent die aufrichtigsten Antisemiten. Da ist es auch
erklärlich, daß Sie in Ihrer Presse so verständnißvoll schweigen.

Man soll nun aber nicht kommen und sagen: alle diese Zwischenmeister,
diese sweater sind selber arme Luder, sie verdienen ja selber nichts und sind
selber die Opfer jüdischer Ausbeutung. Gewiß sind sie das zum Theil; wie
aber auch auf der anderen Seite gerade diesem Zwischensystem ausschließlich
aus dem Fleiß der Arbeiter hoher Gewinn gezahlt wird, dafür ist in der be-
reits erwähnten Broschüre: „das sweating-System“ von Timm ein ganz mar-
kantes Beispiel geliefert aus der Praxis. Da heißt es:

> Ein Zwichenmeister der Mäntelbranche im Stadttheil Wedding
> (Berlin) beschäftigt in der Saison durchschnittlich 15 Arbeiterinnen
> außer dem Hause, die durchschnittlich 2 Jaquetrümpfe zu je 40 Pfennigen
> liefern. Ebenso viele Arbeiterinnen sind beim Garnieren und Fertig-
> stellen beschäftigt. Diese bekommen pro Stück 50 Pfennig. Der
> Zwischenmeister bekommt aus dem Geschäft pro Stück 1,60 Mark.
> Die Aufstellung ergiebt folgendes:

Bei wöchentlich 6 Arbeitstagen liefern 15 Rumpf-arbeiterinnen 180 Theile zu 40 Pfennigen . . .	72 Mark.
15 Arbeiterinnen garniren diese Rümpfe, das Stück zu 50 Pfennigen	90 „
Der beim Zwischenmeister beschäftigte Bügler erhält pro Woche	21 „
Der Zwischenmeister zahlt an Arbeitslohn somit . .	183 Mark.
Aus dem Geschäft bekommt er für die 180 Sachen, pro Stück 1,60 Mark, ...	288 „
Der Zwischenmeistergewinn beziffert sich also auf .	105 Mark.

> Allerdings kommen hiervon noch einige unbedeutende und nicht genau
> festzustellende Unkosten für Bügelkohlen, Licht und dergleichen in Abzug.

Nun giebt der Verfasser selber zu — und ich führe das auch an —, daß
dieses Beispiel selbstverständlich nicht für alle Verhältnisse zutrifft, Abweich-
ungen nach oben wie nach unten hin kommen vor, und es soll auch gar nicht
verschwiegen werden, daß die Zwischenmeister, die nur einige Arbeiterinnen be-

schäftigen, und namentlich in der Herrenindustrie, schließlich auch arme Luder
sind wie die Arbeiterinnen selber. Aber es giebt sehr große und hervorragende
Zwischenmeister, denen in dieser Weise ein Verdienst zufließt.

Wenn man alle diese Erscheinungen ins Auge faßt, so könnte wirklich
innerhalb aller Parteien ein Einverständniß hierin erzielt werden, daß man
den Forderungen, die von der Arbeiterin als einzig wirksam hingestellt werden,
diesen vier Forderungen, die ich vorhin zitirt habe, zustimmt. Wenn Sie sich
auf das einlassen wollen, was uns der Herr Staatsminister von Boetticher
wieder bei dieser Gelegenheit als Regierungsprogramm skizzirt hat, dann werden
wir alle zusammen alt und erleben diese Gesetzgebung nicht. Es ist ja ganz
bezeichnend, wenn Herr von Boetticher sagt, es sei sehr dankbar von den
Interpellanten, daß sie hier den Finger auf die schlimmste Wunde gelegt hätten,
die gegenwärtig am Gesellschaftskörper offen sei, — oder so ähnlich. Man
könnte wirklich meinen, die Herren Interpellanten hätten mit der Offenlegung
dieser Thatsachen für den Herrn Staatssekretär etwas Neues gesagt; so ver-
wundert stellte er sich. Man sollte meinen, die Berichte, die uns seit 9 Jahren
gedruckt vorliegen, müßten auch dem Herrn Staatssekretär bekannt sein; und
wenn es wirklich der Regierung so ernst ist mit der Abschaffung dieser Uebel-
stände, warum hat sie denn 9 Jahre gewartet, ehe sie mit Beseitigung der
schreienden Uebelstände begonnen hat? Mit der Hoffnung auf den Bundesrath
soll man eigentlich im Lande Niemand mehr abspeisen. Wie gesagt, wenn die
Regierung etwas hätte thun wollen, dann hätte sie es leicht thun können. Die
Zustände sind seit 10 Jahren bekannt, seit 9 Jahren liegen die offiziellen Er-
gebnisse vor, und die Regierung hat gar nichts gethan. Sie ist sogar wieder-
holt darum angegangen worden, einzuschreiten. Als im vorigen Jahre die
Berliner Konfektionsarbeiter in die Lohnbewegung eintraten, haben sie an den
Reichskanzler das Ersuchen gerichtet, er möge die Kommission für die Arbeiter-
statistik veranlassen, Erhebungen zu pflegen über die Arbeitszeit und die Löhne
in der Hausindustrie. Sie haben bis zu den letzten 14 Tagen nicht einmal
eine Antwort vom Reichskanzleramt erhalten. (Hört! hört! links.)
Noch im Jahre 1893 hat die Kommission für Arbeiterstatistik selber den An-
trag an den Reichskanzler, damals noch Caprivi, gerichtet

> um die Vornahme einer Erhebung über die Verhältnisse der jugend-
> lichen und weiblichen Arbeiter und die Arbeitszeit der erwachsenen
> Männer in der Hausindustrie, und zwar sukzessive nach den Haupt-
> zwecken derselben, sobald die Arbeiten der Kommission es gestatten.

Mein Kollege Bebel hat bereits vor einigen Tagen konstatirt, daß dieses An-
suchen vom Reichskanzler innerhalb dreier Jahre noch nicht zur Verwirklichung
gelangt ist. Der Bundesrath hätte sogar, ohne besondere Anstrengung nach
der Richtung hin und ohne die Hilfe des Reichstags in Anspruch nehmen zu
müssen, sehr wirksam eingreifen können; denn der § 154 der Gewerbeordnung
giebt bekanntlich das Recht, daß durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung
des Bundesraths die Bestimmungen der §§ 135 bis 139 auch auf andere
Werkstätten ausgedehnt werden können. Ich will nicht versäumen, bei der
Gelegenheit auch hier wieder zur Charakterisirung der gegenwärtigen Zustände
anzuführen, daß Sie heute gezwungen sind, die Bestimmung wieder aus
dem betreffenden Paragraphen herauszunehmen, die damals gegen den Wider-
spruch der Sozialdemokraten hineingekommen ist, nämlich die Bestimmung,
daß Arbeitgeber, die ausschließlich zu ihrer Familie gehörige Per-
sonen beschäftigen, unter diese Bestimmung nicht fallen. Man
könnte vielleicht die Hoffnung hegen, daß, wenn Sie jetzt innerhalb weniger
Jahre dazu gekommen sind, den Standpunkt der Sozialdemokratie in
Bezug auf die Gewerbeordnungs-Bestimmungen nach dieser Seite akzeptiren zu
müssen, Sie vielleicht in einer verhältnißmäßig kurzen Zeit dahin kommen
werden, auch die übrigen Forderungen — ich brauche blos auf das Arbeits-

amt hinzuweisen, das auch schon erwähnt ist und bei der Regelung dieser Materie eine große Rolle spielen kann — der Arbeiterklasse aufzunehmen. Und vielleicht geben wir Ihnen bald Gelegenheit, Ihre Arbeiterfreundlichkeit, die Sie heute so rühmend *mit Worten* bekundet haben, *praktisch zu bethätigen* durch ihre Stellungnahme zum Arbeiterschutzgesetz, das Sie zu wiederholten Malen schon abgelehnt haben. Wenn Sie also was thun wollen, dann muß der *Reichstag* energisch dahinter gehen und darf sich nicht damit begnügen, daß die Regierung uns in Aussicht stellt, wieder einmal Erhebungen über drei Punkte anzustellen. Bis diese Erhebungen kommen und dann der Bundesrath dazu kommt, diese Erhebungen legislatorisch zu verwerthen, können wir, wie gesagt, alt werden. Freilich, wenn es sich um Liebesgaben für die Herren Junker oder für die Herren Großindustriellen handelt, dann kriegen natürlich die bedächtigen Herren vom Bundesrath, wie die Erfahrung an jedem Tage zeigt, junge und flinke Beine; *wo es sich aber blos um die armen, jungen, bleichsüchtigen Arbeiterinnen, um schwindsüchtige Schneider handelt*, (oh!) *da geht die Sache viel langsamer.* Die haben ja auch nicht Gelegenheit, bei Jagdpartien ihre sozialen Interessen wahrzunehmen. (Sehr gut! links.) Sie haben auch keine Gelegenheit, den Kurs scharf zu machen zum Kampf für die Reformgesetzgebung; diese armen Tröpfe haben nichts zu borgen und nichts zu bieten, und die Erfahrung der ganzen letzten Jahre hat gezeigt, daß, wenn es sich um wirkliche Schutzbestimmungen handelt, *sie sich doch immer nur auf die Sozialdemokraten verlassen können.* (Sehr richtig! links.) Und deshalb scheide ich von dieser Stelle mit der Ueberzeugung: alle Uebelstände, die Sie heute anerkennen müssen, und die so krasser Natur sind, daß Sie sogar die Initiative nehmen müssen zu deren Beseitigung, werden Sie nicht beseitigen, *weil Sie nicht den Muth haben werden*, bis ans Ende zu gehen. Wenn diese Uebelstände beseitigt werden sollen, dann müssen die Arbeiter warten bis zu der Zeit, *wo wir die ausschlaggebende Rolle in der Frage der Arbeiterschutzgesetzgebung spielen.* (Lebhafter Beifall links.)

Vizepräsident **Schmidt** (Elberfeld): Das Wort hat der Herr Abgeordnete Rickert.

Abgeordneter **Rickert:** Ich habe nicht recht begreifen können, weshalb der Herr Vorredner sich in solchen Zorn gegen die Herren Interpellanten hineingeredet hat. (Heiterkeit.) Es muß doch einen eigenthümlichen Eindruck machen, daß er gerade heute so zornig ist gegen die Herren, wo sie, wie er selbst sagt, eine Richtung verfolgen, die ihm genehm ist. Das war mir etwas verdächtig; im übrigen, glaube ich, sollten der Herr Vorredner und seine Freunde sich freuen, daß entgegen ihrer früheren Behauptung im Reichstag, wie er selbst zugiebt, mehr Interesse vorhanden ist, als früher in diesen Fragen. (Zuruf links.) — Nun gut, dann haben wir von den Herren etwas gelernt, und das ist ehrenvoll und giebt doch nicht Veranlassung zu einer derartigen Abkanzlung nicht bloß der nationalliberalen, sondern aller Parteien, die nicht sozialdemokratisch gerichtet sind.

Ich bin den Herren Interpellanten dankbar für die Anregung, die sie hier gegeben haben, und ich zweifle auch nicht, daß die äußeren Vorgänge — und ich glaube, daß Herr Freiherr Heyl zu Herrnsheim das auch nicht hat bestreiten wollen — in einer gewissen Verbindung stehen mit der Interpellation. Sie sind gewiß nicht allein das Motiv gewesen; daß sie aber mit Anlaß dazu gegeben haben, finde ich natürlich und auch richtig; denn dazu sind wir ja da, meine Herren, daß wir aus Anlaß öffentlicher Vorgänge auch im Parlament gesetzgeberische Maßregeln in Erwägung ziehen und sie den verbündeten Regierungen anheimstellen. Ich würde also absolut nichts schlimmes darin finden, im Gegentheil etwas erfreuliches. (Sehr richtig!)

Ich habe mir das Wort erbeten zu einer kurzen Erklärung.

Die Uebelstände, die der Herr Interpellant und auch die Redner nach ihm hier vorgebracht haben, verkennen wir in keiner Weise, auch der Herr Vertreter der verbündeten Regierungen hat ja das zugegeben. Wir sind auch jederzeit bereit zu einer Mitwirkung bei Gesetzen, welche im Stande sind, dergleichen Uebelständen abzuhelfen. Aber ich bin der Meinung, daß man bei der Behandlung von Thatsachen vorsichtig sein muß. Ich hätte gewünscht, wenn die Debatte nicht so ganz den Eindruck nach außen hin machen müßte, als ob die Verhältnisse durchweg in dieser Branche, von der heute die Rede ist, geradezu haarsträubend sind. Ich habe keine genaue Kenntniß der Thatsachen, ich kann aber mittheilen, daß ein Mitglied des Vorstands der Gesellschaft Berliner Wäschefabrikanten — und dazu gehören 21 der größten Firmen in Berlin, die 20 000 Arbeiterinnen beschäftigen, — sich an einen von meinen Freunden gewendet und im Namen jener Herren erklärt hat, es wäre ihnen nichts erwünschter als eine gründliche und eingehende Untersuchung der Verhältnisse, wie sie in dieser Branche bestehen; denn es würde sich dann herausstellen, daß bei der Schilderung der thatsächlichen Verhältnisse mehrfach Uebertreibungen unterlaufen. Die Herren behaupten, es widerspreche den Thatsachen, wenn man sage, daß die Lage der in ihrer Branche beschäftigten Arbeiterinnen sich seit dem Jahre 1885, wo die letzten Erhebungen waren, verschlechtert habe. Die Löhne betragen durchschnittlich für Näherinnen 14 Mark, für Plätterinnen 15 Mark und für männliche Zuschneider 25 bis 27 Mark per Woche. Wie gesagt, ich will kein Urtheil darüber abgeben, weil ich die Thatsachen nicht genau genug kenne; aber wenn die Betheiligten selber eine gründliche Untersuchung wünschen, so, meine ich, — und es würde auch im Wunsch der Herren Interpellanten liegen — ist man verpflichtet, nähere Ermittlungen in dieser Beziehung anzustellen. Wir haben doch alle kein Interesse daran, unsere wirthschaftlichen Zustände schwärzer zu schildern als sie sind, wenn wir auch das lebhafteste Interesse daran nehmen, daß derartige Uebelstände, wie sie thatsächlich vorhanden sind, beseitigt werden.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Schall hat auch bei dieser Gelegenheit von dem Befähigungsnachweis gesprochen. Meine Herren, ich wünschte — und zwar als Pessimist —, daß Sie endlich einmal den Befähigungsnachweis bekämen. Sie würden dann sehen, wie das Handwerk, dem sie helfen wollen, gerade unter dem Befähigungsnachweis seufzen würde. Die Handwerker wären die ersten, die den Reichstag mit Petitionen bestürmen würden, den Befähigungsnachweis wieder abzuschaffen.

In einer Beziehung bin ich aber mit dem Herrn Abgeordneten Schall einig: meine Herren, eine Vervollkommnung der technischen Ausbildung der Arbeiterinnen auch auf diesem Gebiet ist dringend wünschenswerth. Diese können sie aber erreichen ohne den Befähigungsnachweis. Es ist uns versichert, daß Qualitätsarbeiterinnen auch heute hier sehr gesucht werden und gute Löhne erhalten; die Schleuderlöhne, Schundlöhne (Zuruf), — Jammerlöhne müßten im wesentlichen von denen angenommen werden, die in technischer Beziehung nicht viel leisten.

Meine Herren, der Herr Vorredner hat von Untersuchungen gesprochen, die sich auch ausdehnen müßten auf andere Erwerbszweige; er hat hingewiesen auf das bekannte Buch des Pastor Wittenberg, der im Auftrag der evangelischen Sittlichkeitskonferenz das bekannte Buch geschrieben hat über die geschlechtlich-sittlichen Verhältnisse der evangelischen Landbewohner im Deutschen Reiche. Ja, eine nähere Prüfung wird allerdings vorgenommen werden müssen; denn sollte auch nur ein Theil der erwähnten Uebelstände richtig sein, einmal einen Eingriff zu machen. Ich habe zwar mit großem Interesse das Buch gelesen, aber ich möchte doch behaupten, daß es an Uebertreibungen auch leidet. Um so mehr wünschte ich, daß die Enquete gemacht werde in Bezug auf die Verhältnisse auf dem platten Lande.

Der Herr Abgeordnete Schall hat uns seines guten Herzens (Zuruf —) oder seines warmen Herzens für die Arbeiterinnen versichert. Ja, meine Herren, ich zweifle keinen Augenblick daran; derartige Wendungen kosten ja auch nicht viel. (Heiterkeit.) Ein warmes Herz zu zeigen, das ist leicht; aber es hilft den Betreffenden nur nicht, wenn man nicht auch wirklich praktische Mittel bringt. Nun möchte ich mich heute auf eine Spezialdebatte — eine Menge von Spezialfragen ist ja heute schon berührt — nicht einlassen; wir thun besser daran, an der Hand konkreter Vorschläge zu debattiren und nicht nur im allgemeinen. Wenn wir über den Antrag des Freiherrn von Heyl und Genossen weiter berathen, so werde ich auch mit dem Herrn Abgeordneten Schall über positive Vorschläge sehr gern weiter disputiren. Im übrigen — beim nächsten Gegenstand der Tagesordnung, verehrter Herr Kollege, da haben Sie ein Mittel, Ihr warmes Herz in eine prattische That umzusetzen. Was hilft den armen Arbeiterinnen all Ihr warmes Herz, wenn Sie ihnen nicht die politischen Rechte einräumen, die es den Arbeiterinnen ermöglichen, Vereinigungen zu bilden, die auch dahin zielen, daß sie ihre materielle Lage verbessern —? (Sehr wahr! links.) Also alle Achtung vor Ihrem warmen Herzen, — aber stimmen Sie mit uns, daß auch den Arbeiterinnen mehr öffentliche Rechte eingeräumt werden! Wir werden bei dem nächsten Gegenstand noch näher darüber zu sprechen haben.

Ich freue mich, daß ich den preußischen Herrn Handelsminister am Tische der verbündeten Regierungen sitzen sehe. Er wird es mir nicht übelnehmen, wenn ich diese Gelegenheit benutze, um eine Frage an ihn zu richten oder eventuell für den preußischen Landtag anzukündigen. Es hat der Herr Freiherr von Heyl — ich sympathisire mit ihm in dieser Frage durchaus — uns mitgetheilt — was wir auch sonst schon gehört haben —, daß man in Hessen bereits mit der Anstellung von weiblichen Fabrikinspektoren vorgegangen ist. Das ist eine praktische Frage von großer Bedeutung; und ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um den Herrn Handelsminister zu bitten, ob es nicht möglich wäre, von seiner bisherigen negativen Stellung zurückzutreten und nach dem Vorgange des Auslands, von Amerika und England, von anderen Ländern und auch deutschen Staaten, auch bei uns mit der Anstellung von weiblichen Fabrikinspektoren vorzugehen. Ich würde dem Herrn Handelsminister dankbar sein, wenn er schon heute eine Erklärung abgeben würde, ob er das thun möchte, oder aus welchen Gründen er nicht geneigt ist, auf die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren einzugehen. Ich würde mich freuen, wenn dies praktische Resultat aus der heutigen Debatte hervorgehen würde.

Präsident: Das Wort hat der Herr Bevollmächtigte zum Bundesrath, Königlich preußische Staats- und Handelsminister Freiherr von Berlepsch.

Bevollmächtigter zum Bundesrath für das Königreich Preußen, Staatsminister und Minister für Handel und Gewerbe Freiherr **von Berlepsch:** Die Interpellation richtet die Frage an die verbündeten Regierungen:

> welche gesetzgeberischen Maßnahmen dieselben zum Schutz für Gesundheit und Sittlichkeit und gegen Ausbeutung dieser Arbeiterinnen durch das Trucksystem zu ergreifen beabsichtigen.

Die Begründung, welche dieser Interpellation zu Theil geworden ist, und die Reden, die aus diesem Hause zu dieser Interpellation gehalten sind, haben weit über den Rahmen der hier gestellten Frage hinaus sich bewegt; und ich darf wohl annehmen, daß der eigentliche Zweck der Interpellation darin gesucht und auch gefunden worden ist, daß ein Verdikt des Reichstags über die Situation der in den Konfektions- und Wäschegeschäften Berlins beschäftigten Arbeiterinnen abgegeben und ein Appell an das Gewissen derjenigen gerichtet werden sollte, die doch, zum größten Theil wenigstens — nicht durchaus, aber zum großen Theil —, in der Lage sind, diesen Zuständen Abhilfe zu ver-

schaffen. Ich meine, auch von diesem Standpunkt aus kann die Regierung nur dankbar dafür sein, daß die Interpellation hier eingebracht worden ist.

Nun, meine Herren, liegt meiner Auffassung nach die Sache so, daß die Gesetzgebung auf diesem Gebiet allerdings noch manches thun kann; aber sie wird schwerlich in der Lage sein, den tiefsten Gründen der Lage der genannten Arbeiterinnen beizukommen. Wenn man das alles abstreift, was an weniger wichtigen, an nebensächlichen, auch politischen Momenten heute zu dieser Frage gesagt worden ist, so, glaube ich, wird man die Gründe, die für die Zustände, die wir besprechen, vorliegen, finden: erstens in einem überreichen Angebot weiblicher Arbeitskräfte, zweitens in dem System der Zwischenmeister, und drittens in dem Umstand, daß es sich wesentlich um Hausarbeit und nicht um Fabrikarbeit handelt. Nun kann man durch die Gesetzgebung, wie sie augenblicklich liegt, ja auch manches erreichen, aber wesentlich doch nur da, wo Fabrikarbeit stattfindet. Wir haben die Bestimmungen der §§ 120a und folgende, die bestimmte Vorschriften über die Einrichtungen geben, die die Unternehmer verpflichtet sind in den Betrieben im Interesse der Gesundheit, des Lebens und der Sittlichkeit ihrer Arbeiter zu treffen. Diese Bestimmungen können Anwendung finden, sobald es sich um vorhandene Betriebsstätten handelt. Es kann weiter, wie der Herr Staatssekretär Dr. von Boetticher bereits bemerkt hat — und das soll demnächst geschehen —, der § 154 der Gewerbeordnung in Anwendung gebracht werden, der die Ausdehnung der Bestimmungen über die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter und Frauen auf die Werkstätten vorsieht — da müßten aber Werkstätten vorhanden sein. Hier aber, wo die Sache so liegt, daß eine große Zahl von weiblichen Arbeitern nicht in Werkstätten, sondern in der Hausindustrie beschäftigt sind, kann die Gesetzgebung, wie sie augenblicklich liegt, diesen Uebelständen nicht zu Hilfe kommen.

Es wird sich also fragen, ob die Gesetzgebung noch weiter gehen kann, ob sie Vorschriften auf Einhaltung der Arbeitszeit bei der Hausarbeit treffen kann, und ob sie in der Lage ist, diese eventuelle gesetzliche Bestimmung auch zu kontrolliren. Das sind Fragen, die zunächst jedenfalls einer sehr gründlichen Untersuchung unterzogen werden müssen. Ich bedaure auch, daß diese Untersuchung nicht früher geschehen ist. Zu entschuldigen ist es nur durch den Umstand, daß die Kommission für Arbeiterstatistik bis jetzt mit sehr dringenden sonstigen Arbeiten so beschäftigt war, daß sie dazu noch nicht hat gelangen können, und die Behörden und Ministerien nicht in der Lage sind, mit ihren Arbeitskräften die Aufgaben zu bewältigen, die die Gewerbeordnung ihnen zu erledigen giebt. Es war das ja auch der Zweck, der mit der Begründung der Arbeiterstatistikkommission erreicht werden sollte, daß eine Stelle ausschließlich mit den Erhebungen beauftragt würde, die zu erledigen die Kräfte der Behörden nicht ausreichen, für die sie vielleicht auch nicht immer die geeigneten Organe zur Seite haben.

Also, meine Herren, die Arbeiten der Kommission werden uns Auskunft darüber verschaffen, ob und in welcher Form die Gesetzgebung auf die Hausindustrie übertragen werden kann, auch über die Frage der Betriebsstätten. Ich stehe nicht an, in dieser Beziehung, meine Herren, doch einen wesentlich abweichenden Standpunkt von dem zu nehmen, den der sozialdemokratische Herr Vorredner eingenommen hat, nach dessen Auffassung die Hausarbeit in diesen Branchen unbedingt untersagt und aus der Welt geschafft werden muß. Ich bin der Meinung, daß, wenn man zu diesem Schritte überginge, man auf der einen Seite nicht viel helfen, auf der anderen Seite ganz außerordentlich viel schaden würde. Ich glaube nicht, daß es richtig und zutreffend ist, daß man jeder Frau, die einige übrigen Stunden hat, es untersagen soll, Arbeiten zu machen, die einen Beitrag zum Lebensunterhalt ihrer Familie erbringen. Mir scheint das eine grundsätzlich unmögliche Forderung zu sein, die nebenbei, wie ich überzeugt bin, auch an den Thatsachen absolut scheitern wird.

Nun, meine Herren, möchte ich, da der Herr Abgeordnete Rickert mich ganz besonders darauf hingewiesen hat, noch einige Worte über die Kontrolen sagen, die bei der uns beschäftigenden Frage recht wichtig sind: über die Frage der Inspektion durch staatliche Organe. Man hat geglaubt, das Moment der Einführung weiblicher Fabrikinspektoren für den vorliegenden Fall für besonders wichtig halten zu sollen. Man kann hierüber verschiedener Meinung sein; daß aber, wenn wir weibliche Inspektoren an Stelle der männlichen hätten, in derselben Zahl, mit denselben Funktionen, dann an den bestehenden Verhältnissen vermuthlich auch nicht eine Spur anders wäre, davon bin ich ganz überzeugt. Ich glaube, man befindet sich in einem Irrthum, wenn man meint, daß die Frau als Fabrikinspektor unter gewissen Verhältnissen besser wirken kann als ein Mann. Meines Erachtens ist das eine Frage der Zweckmäßigkeit. Grundsätzlich verhalte ich mich gegen keine Maßregel abweisend, von der ich glaube, daß sie dem Arbeiterschutz zu gute kommt. Für mich ist die Frage, ob ein Mann oder eine Frau das Amt eines Fabrikinspektors versehen soll, wesentlich eine Frage der Zweckmäßigkeit.

Nun hat man mich auf die Erfahrungen verwiesen, die man anderwärts gemacht hat. Meine Herren, in unserem engeren Vaterland hat man bisher noch gar keine Erfahrungen mit weiblichen Fabrikinspektoren gemacht, sondern bis jetzt sind, soviel mir bekannt ist, erst in einem Bundesstaat — ich glaube — zwei Stellen weiblicher Fabrikinspektoren in Aussicht genommen. Man wird also dort erst seine Erfahrungen machen müssen. Es ist mir auch nicht bekannt, daß die Großherzoglich hessische Regierung und der hessische Landtag die Absicht haben, diesen weiblichen Fabrikinspektoren dieselben Aufgaben zu geben, wie sie in der Gewerbeordnung den Fabrikinspektoren übertragen sind.

Meine Herren, die Erfahrungen, die man im Ausland mit der Sache gemacht hat, sprechen doch nicht ganz unbedingt für die Einführung von weiblichen Fabrikinspektoren. Die amerikanischen Verhältnisse bin ich nicht in der Lage genügend zu übersehen; aber aus der Thatsache, daß es bis jetzt nicht mehr als 28 solcher weiblicher Fabrikinspektoren — ich glaube, diese Zahl ist genannt worden — giebt, geht meiner Meinung nach nicht deutlich hervor, daß man in Amerika bereits gute Erfahrungen damit gemacht habe. In England, meine Herren, bin ich in der Lage die Verhältnisse besser zu übersehen. Ich habe gerade zum Studium dieser Frage und anderer Fragen der Fabrikinspektion eine Kommission nach England geschickt, bestehend aus einem Beamten meines Ressorts und zwei Gewerbeaufsichtsbeamten, welche die Aufgabe hatten, sie gründlich zu studiren. Ich bin nach einem mir vorliegenden Bericht doch zu der Ansicht gekommen, daß der Versuch als ein geglückter nicht angesehen werden kann. Ich will mich darüber in Einzelheiten nicht verlieren, aber eins kann ich ohne weiteres auch England gegenüber als schlagendes Argument anführen. In der englischen Textilindustrie werden vielleicht 4- bis 500 000 weibliche Arbeiter beschäftigt, 4 weibliche Fabrikinspektoren erfüllen die Aufgaben — und von deren Thätigkeit sind Sie überzeugt, daß sie eine Besserung der Verhältnisse der einzelnen Textilarbeiterinnen herbeiführen könnte?! Vier weibliche Fabrikinspektoren gegen etwa eine halbe Million Arbeiterinnen! Da kann doch von einer Wirkung nicht die Rede sein. Also von einer guten Erfahrung, die man in England auf diesem Gebiet gemacht haben soll, kann man sicherlich nicht sprechen; und ich bin auch auf Grund anderer Thatsachen, die zu meiner Kenntniß gekommen sind, der Meinung, daß der Erfolg nicht sehr groß ist.

Aber auch abgesehen von den Erfahrungen in anderen Ländern, glaube ich, daß verschiedene Momente dagegen sprechen, weibliche Fabrikinspektoren mit denselben Funktionen zu betrauen, wie sie in der Gewerbeordnung vorgesehen sind. Der Gewerbeaufsichtsbeamte hat erstens die Aufgabe, den technischen Betrieb zu beobachten, zu beurtheilen, ob die Einrichtungen, die zum Schutz der Arbeiter im technischen Sinne in der Fabrik getroffen sind, hinreichen oder nicht.

Weibliche Fabrikinspektoren heute zu finden, die diese Verhältnisse richtig beurtheilen können, ist schwer; wir haben sie nicht. Man müßte also doch wenigstens jahrelang warten, bis man einen Stamm weiblicher Fabrikinspektoren oder Aspirantinnen heranbildete; und dann hätte man noch nicht einmal die Sicherheit, ob man sie im einzelnen Falle verwenden kann; man nähme die Verantwortung auf sich, aufzumuntern zum Ergreifen eines Berufs, ohne die nöthige Sicherheit geben zu können, daß nachher die Verwendung erfolgt. Bei den männlichen Fabrikinspektoren liegt die Sache anders. Die nehmen wir aus den Baumeistern, aus den Maschineningenieuren, aus den Chemikern oder anderen Berufsarten, wo sie Beschäftigung finden, auch wenn sie nicht Fabrikinspektoren werden.

Auch die zweite Seite der Aufgaben der Gewerbeinspektoren, nämlich die, eine Vermittlungsstellung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer einzunehmen, ist meines Erachtens ein Mann besser zu erfüllen in der Lage als eine Frau. Eins gebe ich Ihnen zu: ich glaube auch, daß es Fälle giebt, wo in Fabriken beschäftigte Frauen ihre Angelegenheiten und die sie bedrückenden Sorgen, namentlich wenn sie sittlicher Art sind, lieber einer Frau als einem Mann anvertrauen. (Sehr richtig! links.) Derartige Mittheilungen werden sie viel leichter und viel besser außerhalb als innerhalb der Fabrikräume bekommen. Wenn der Inspektor zum Inspiziren in die Fabrik kommt und dort herumgeht, ist es gar nicht zu erwarten, daß die einzelne Arbeiterin zu dem weiblichen Inspektor, den Sie ins Auge gefaßt haben, heraustritt und ihm sagt: dies und jenes ist ein Mißstand und muß abgestellt werden. Nein, meine Herren, das kann wirklich nach meiner Auffassung nur außerhalb der Fabrik geschehen, nur in der Wohnung oder auf dem Wege von der Fabrik in die Wohnung. Und wenn zu diesem Zweck in geschickter Weise Frauen herangezogen und zu Vertrauenspersonen, zu Vermittlerinnen zwischen den Aufsichtsbeamten und den Arbeiterinnen gemacht werden, erscheint mir die Forderung vernünftig, und ich bin zu dem Versuch bereit, in diesem Sinne Ihre Wünsche zu erfüllen.

Das ist aber etwas ganz anderes, als wenn man weibliche Fabrikinspektoren anstellt. Ich glaube, aus manchen Ausführungen der Herren, namentlich auch aus den Ausführungen des Herrn Professors Hitze, herausgehört zu haben, daß er sich diesem Gedanken auch zuneigt. Er hat sich ja auch viel von der freiwilligen Hilfe in dieser Beziehung versprochen. Und ich glaube in der That, daß in dieser Beziehung die freiwillige Hilfe sehr viel leisten kann, freiwillige Hilfe, die sich dem Fabrikinspektor mit ihren Mittheilungen zur Verfügung stellt, ihn aufmerksam macht auf dieses und jenes, was nicht richtig, nicht gut ist und was geändert werden muß. Meine Herren, ich habe absolut keine Abneigung gegen eine Mitwirkung weiblicher Elemente in diesen Fragen; ich halte es aber für unrichtig, sie in die Stellung eines Fabrikinspektors zu bringen.

Ich will in dieser Beziehung nur darauf aufmerksam machen, daß wir dann in vielen Fabriken zwei Gewerbeaufsichtsbeamte haben müßten; denn wir haben keine Fabrik — wenigstens nur sehr wenig —, wo ausschließlich Frauen thätig sind; in den meisten Fällen werden auch Männer beschäftigt sein. Wir werden immer Männer brauchen zur Frage der Beurtheilung der Maschinen, ihrer Gefährlichkeit und ähnlicher Dinge; also entbehren können werden wir sie nie. Mir erscheint es auch bedenklich, den vielen inspizirenden Beamten einen neuen hinzuzufügen, dem männlichen Gewerbeinspektor, dem Beauftragten der Berufsgenossenschaft, dem Kesselrevisor. Ich bin überzeugt davon, daß wir nicht im Interesse unserer weiblichen Arbeiter handeln würden, wenn wir die Fabrikaufsicht, wie sie die Gewerbeordnung will, Frauen übertragen würden. Wohl aber gebe ich zu, daß es sehr zweckmäßig ist, wenn der Fabrikinspektor in seiner Fürsorge für die Arbeiterinnen, die er haben soll und muß, sich des weiblichen Elements bedient, namentlich außerhalb der Fabrik; dort kann es wirklich nützlich sein und helfen.

Das ist, wie bereits gesagt, von meinem Standpunkt aus keine prinzipielle Frage — von anderer Seite wird sie vielleicht so aufgefaßt. Von meinem Standpunkt ist die Frage, ob Männer oder Frauen als Fabrikinspektor besser sind, keine prinzipielle Frage, sondern eine Frage der Zweckmäßigkeit; und wenn man mir die Beweise führt, daß meine Auffassungen unrichtig sind, wenn man mir beweist, daß sich die Einrichtung weiblicher Fabrikinspektoren doch empfiehlt, und ich mich diesen Beweisen fügen muß, dann bin ich gern bereit, von meinem Standpunkt zurückzutreten — sonst aber nicht.

Nun, meine Herren, komme ich nochmals kurz auf die Hauptfrage zurück, die die Debatte stellt. Ich glaube, wie gesagt, nicht, daß die Gesetzgebung uns aus der Kalamität, wie sie hier vorliegt, wenn sie auch manches bessern kann, wird retten können. Es ist von allen Seiten betont worden, daß wesentlich die Großunternehmer diejenigen sind, die mitwirken müssen, um die Verhältnisse zu verbessern.

Ich darf es doch nicht unterlassen, zu bemerken, daß sie allein wenig erreichen können. Der Herr Abgeordnete Rickert hat gesagt, er glaube doch, man müsse sehr vorsichtig bei der Beurtheilung dieser Dinge sein; es liege nicht alles so klar, wie man glaube. Und darin hat er wohl recht. Wenn er über Bemerkungen einiger Fabrikanten hier vorgetragen hat, nach der die Arbeitslöhne der bei ihnen beschäftigten Arbeiter nicht so gering seien, wie man sie allgemein schildere, so glaube ich, daß das die Sache nicht trifft; denn diese Arbeiterinnen sind Fabrikarbeiterinnen. (Zwischenruf links.) — Ja, ich glaube doch, man kann nicht sagen: „zum Theil“; denn er hat uns gesagt, die betreffenden Herren theilen mit, daß die bei ihnen beschäftigten Näherinnen so viel, der Bügler so viel und andere so viel bekommen. Da muß ich annehmen. daß es sich hier nur um die von den betreffenden Unternehmern in ihren eigenen Betriebsstätten beschäftigten Arbeiterinnen handelt. Das ist ja das Leidige an der Frage, daß der größere und der schlimmere Theil der uns hier beschäftigenden Frage die Arbeiterinnen betrifft, die nicht in den großen Betriebsstätten der Unternehmer, sondern in den kleinen Werkstätten der Zwischenmeister und in der Hausindustrie beschäftigt sind. Jetzt liegt die Sache ja doch so, daß der Zwischenmeister eine ganz bedeutende Rolle spielt. Ich glaube, man wird die Zahl der in Berlin und den Vororten vorhandenen Zwischenmeister nicht zu hoch mit etwa 9—10 000 veranschlagen. Das sind diejenigen Personen, die den großen Konfektionären die Geschäfte vermitteln; und ich bin nach Lage der Entwicklung dieser Industrie zweifelhaft, ob es möglich sein wird, das System des Zwischenunternehmers zu verlassen. Die Untersuchung, die angestellt werden soll, wird ja mehr Licht verbreiten. Ein Uebelstand liegt jedenfalls in diesem Zwischenmeistersystem, daß nämlich der Großunternehmer sagt: ja, was wollt ihr denn von mir? ich zahle meinem Zwischenmeister ganz anständige Löhne; wie der nun die anderen, die er beschäftigt, bezahlt, das geht mich gar nichts an; ich kontrahire überhaupt nur mit diesem Zwischenmeister. Dem Zwischenmeister ist nun nicht beizukommen. Der Großunternehmer kümmert sich nicht darum, in welchem Verhältniß der die Leute lohnt. So schiebt einer die Schuld der Situation auf den anderen, und es ist sehr schwer, die Stelle ausfindig zu machen, von der man sagen kann, daß sie in ungerechtfertigter Weise die Löhne der Arbeiter drückt. Es giebt ja zweifellos eine ganze Anzahl Großunternehmer, die sofort bereit sind, höhere Löhne zu zahlen; es giebt ja gewiß auch eine ganze Anzahl Zwischenmeister, die dazu bereit sind; aber der Uebelstand liegt hier daran, daß es gar nicht hilft, wenn drei, vier oder fünf sich bereit erklären, die Löhne zu erhöhen, wenn die anderen nicht mitthun. Gerade so ist es mit den Zwischenmeistern. Nach meiner vorläufigen Meinung — ich muß mir ein definitives Urtheil vorbehalten — giebt es in der Sache kein anderes Mittel, als daß die Großunternehmer sich untereinander

bei hohen Konventionalstrafen verpflichten, keinem Zwischenmeister Arbeit zu geben, der sich seinerseits nicht verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz des ihm gezahlten Preises als Lohn seinen Arbeitern zu geben. Ob das ausführbar ist und wie, kann ich heute nicht sagen. Bis jetzt aber, glaube ich, ist das der einzige Weg, der nach Lage der Dinge gegenüber der Lohnfrage überhaupt gangbar ist. Und wenn man zu der Ueberzeugung kommt, daß dieser Weg richtig und ausführbar ist, dann allerdings muß meines Erachtens mit vollem Druck darauf hingearbeitet werden, daß die Großunternehmer und Zwischenmeister sich einer solchen Vereinbarung fügen — nicht bloß die wenigen Gutgesinnten, sondern die große Mehrheit. Ein gesetzliches Mittel, das zu erzielen, steht uns zur Zeit nicht zur Hand. Aber ich bin der Ansicht. daß, wenn die öffentliche Meinung ebenso wie heute der Reichstag sich über die Frage ausspricht, ein solcher Druck auf die Unternehmer nicht ohne Wirkung bleibt. Wir haben es schon oft erlebt, daß lediglich die Stimmung der öffentlichen Meinung dem Streik zum Sieg verholfen hat in Fällen, wo der Streik ebenso begründet war, wie er es in diesem Fall meines Erachtens ist.

Deshalb glaube ich, daß die heutige Besprechung der Interpellation, die die Herren uns gebracht haben, von außerordentlichem Nutzen sein wird. Ich meine, daß die Aussprache des Reichstags in allen seinen Parteien dazu führen wird, auch außerhalb dieses Hauses die öffentliche Meinung dahin zu gestalten, daß sie auf das Entschiedenste dafür eintritt, daß die Unternehmer sich bereit erklären, Mittel und Wege zu suchen und sich gegenseitig zu solchen Mitteln und Wegen zu verpflichten, um den Nothständen, die so kraß zu Tage liegen, abzuhelfen. Und ich ziehe nicht nur aus meiner Stellung überhaupt, sondern auch aus der Behandlung, die diese Frage im Reichstag gefunden hat, die Legitimation, einen moralischen Druck, soweit ich dazu in der Lage bin, in der von mir geschilderten Richtung auszuüben. (Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Zimmermann.

Abgeordneter **Zimmermann:** Auch ich bin der Meinung, daß die heutige fast einmüthige Verurtheilung der Zustände in der Konfektions- und Weißwaarenbranche geeignet sein wird, nach außen ihre Nachwirkung zu haben. Auch meine politischen Freunde und ich sind den Herrn Interpellanten dafür dankbar, daß sie diese Sache hier zur Sprache gebracht haben. Es ist mir eigentlich unerfindlich, warum der Abgeordnete Fischer sich veranlaßt fuhlte, der nationalliberalen Partei darob Vorwürfe zu machen. Er hätte sich doch sagen müssen, daß über einen Sünder mehr Freude ist als über tausend Gerechte! (Große Heiterkeit.) Die Nationalliberalen gehören in sozialer Hinsicht zu den Bekehrten. Wenn man sich an die Zeit erinnert, wo innerhalb jener Partei noch die Manchesteransicht herrschte, so findet man gerade da die Grundlage für die heutigen üblen Erscheinungen. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt: „die Masse muß es bringen“, — so ist es klar, daß dadurch die Menschen zur Waare degradirt und die einzelnen Menschen gewissermaßen zu Marionetten der Spekulationskünste findiger Unternehmer herabgewürdigt werden. Ich glaube, meine Herren, gerade in diesen manchesterlichen Anschauungen liegt die wahre Vorfrucht für die Sozialdemokratie; das sind die Lehrmeister gewesen für die Herren Sozialdemokraten, und zwar recht raffinirte.

Allerdings ist noch das eine hinzugekommen: daß diese falsche liberale Gesetzgebung bei uns im Deutschen Reich noch einen Umstand fand, der die bedenklichen Folgen bedeutend steigern mußte: damit komme ich auf den Punkt über den der Herr Abgeordnete Fischer Auskunft haben wollte. Die liberale Freiheit in wirthschaftlicher Hinsicht hätte bei uns niemals die verhängnißvolle Wirkung haben können, wenn wir nicht im Deutschen Reich einen fremden Stamm unter uns hätten, der gemäß seiner Sitten, Anschauungen, Tradition und Erziehung ganz andere Auffassungen vertritt, als die einheimische Bevölkerung, und wenn dieser mit jenen Freiheiten nicht einen solchen Mißbrauch getrieben

hätte, daß dadurch die schlimmsten Zustände auf dem Gebiet hervorgerufen sind, das heute zur Besprechung steht. Es sind thatsächlich vorwiegend die lieben „Mitbürger israelitischer Konfession“, die auf dem Gebiet der Konfektion ganz außerordentlich das Geschäft wahrzunehmen verstehen, die ihrerseits in wirthschaftlicher wie sittlicher Hinsicht die schlimmsten Uebelstände herbeigeführt haben.

Es zeigt sich dies in der augenblicklichen Streikbewegung. Ich habe hier einen Bericht über eine Versammlung, die am Montag in Dresden stattfand und sich mit der Frage beschäftigte, wie weit die Arbeitgeber dem Verlangen der Arbeitnehmer entgegengekommen seien. Da ist von verschiedenen Firmen Entgegenkommen bewiesen, aber, wie die betreffenden Arbeiter besonders betonen, sind es die Firmen Levy, Samter, Levysohn u. s. w., die in erster Linie jegliches Entgegenkommen abgelehnt und die schärfste Kritik erfahren haben.

Da kommt ein Punkt, den man bei Besprechung dieser Angelegenheit doch nicht ganz umgehen kann, den man auch erwähnen muß. Wie kommt es denn, daß gerade die sozialdemokratischen Blätter in ihrem Anzeigentheil zum überwiegenden Theil ausgefüllt sind mit Annoneen von Geschäften, wo sogenannte billige Waaren zu haben sind, daß es gerade da wimmelt von Anzeigen billiger Läden und billiger Bazare. Da haben wir doch einen interessanten Kreislauf zu verzeichnen. Den Arbeitern, den Genossen der Sozialdemokratie werden billige Läden der Herren Juden empfohlen; sie sollen dort ihre Löhne hintragen; dieselben Geschäfte sind es doch aber wieder, die ihrerseits den Lohn auf das allerschlimmste drücken — und andererseits sind es wieder diese jüdischen Arbeitgeber, die in so guten Beziehungen zur sozialdemokratischen Partei stehen. Da muß man sich allerdings daran erinnern, was Friedrich Engels seinerzeit in der „Wiener Arbeiterzeitung“ geschrieben hat, als er sich über den Antisemitismus ausließ. Herr Fischer provozirt ja unsere Stellung; ich will ihm mit seiner eigenen Autorität antworten. Friedrich Engels hat sich in der „Arbeiterzeitung“ dahin ausgesprochen:

> Wenn das Kapital diese Klassen der Gesellschaft
> — nämlich die kleinen Handwerker und Geschäftsleute —
> vernichtet, die durch und durch reaktionär sind, so thut das Kapital, was seines Amtes ist, und thut ein gutes Werk, einerlei ob es nun beschnitten oder getauft, semitisch oder arisch ist. (Hört! hört! rechts.)

Das ist die Auffassung Ihrer Autorität. Und ich glaube, das heutige Verhalten der Sozialdemokratie beweist auch, daß man durch Vorwürfe und durch Uebertreibungen der ganzen Forderungen verwischen will, um was es sich eigentlich handelt. Während alle anderen Parteien darüber einig sind, daß auf diesem Gebiet Mißstände vorliegen, die uns dazu zwingen, neue praktische Wege zu gehen, haben wir von jener Seite nur Vorwürfe und Klagen gehört, aber auch keinen einzigen Weg als den des gesammten Umsturzes der heutigen Gesellschaftsordnung — und das ist ja immer die bequemste Auskunft, die man haben kann. (Sehr gut! rechts.) Aber Sie haben doch in Ihren Reihen den Herren Abgeordneten Singer zu sitzen, der doch gewiß ein genauer Kenner der Verhältnisse der Konfektionsbranche ist (Heiterkeit rechts), von dem man annehmen müßte, wenn es ihm so warm ums Herz bezüglich der Hilfe für die bedrängten Arbeiterinnen wäre, daß er gerade als genauer Kenner der Verhältnisse Ihnen praktische Rathschläge geben könnte; denn wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, — das sagen Sie ja selbst so oft. (Sehr gut! rechts.)

Meine Herren, die radikalen Vorschläge, die innerhalb der Streikbewegung gemacht sind, laufen darauf hinaus, daß man vor allen Dingen die Betriebswerkstätten einführen soll. Gewiß mag das Manches für sich haben, obwohl ich ein Bedenken mir nicht verhehlen kann: daß mit diesen Betriebswerkstätten es der Sozialdemokratie wiederum erleichtert wird, die Organisation dort in ihre Finger zu bekommen, die Organisation nach ihrer Weise leichter zu benutzen.

Voran steht die Frage, ob es nicht möglich ist, den Betreffenden eine Lohnerhöhung zu sichern. Da wird der Kampf gegen die Zwischenmeister kommen; der wird nicht zu beseitigen sein. Wenn ich recht unterrichtet bin, ist allerdings der größte Theil dieser Zwischenmeister Anhänger der sozialdemokratischen Partei. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Nach dem, was mir bekannt ist, ist es so, Herr Abgeordneter Bebel! Wenn Sie mich widerlegen können, dann bitte! Dann wird es allerdings nöthig sein, an der Hand von Lohntarifen diesen Zwischenmeistern auf die Finger zu sehen. Im übrigen kommt es gar nicht darauf an, welcher Partei sie angehören, sondern daß sie, so weit sie schuld sind, getroffen werden. Und wenn Sie sie auch treffen wollen, — nun gut!

Des weiteren wird es nöthig sein, daß man die Hausindustrie in den Bereich der Arbeiterschutzgesetzgebung hineinzieht; das ist nach meiner Meinung bei folgerichtiger Entwicklung der sozialen Gesetzgebung unvermeidlich. Allerdings wird es langsam und schonend geschehen müssen, damit nicht, wenn es auf einmal geschieht, mehr Schaden als Nutzen angerichtet wird.

Nun hat Herr Staatsminister von Boetlicher angeführt, daß die ganze Sache sich nur regeln ließe — und das ist auch von anderer Seite betont worden —, wenn die Arbeitgeber ihre Pflicht thun. Gewiß wird der Mitwirkung der Arbeitgeber nicht zu entrathen sein; wenn wir uns aber auf die Pflicht der Arbeitgeber berufen, dann werden wir uns darauf besinnen müssen, daß nur diejenigen Arbeitgeber, welche christlich und deutsch sind, in dem Sinne das Pflichtbewußtsein haben können, während die Mahnung an die jüdischen Arbeitgeber, christliche Pflicht zu üben, meines Erachtens an eine falsche Adresse gerichtet sein wird. In Folge dessen wird die Gesetzgebung eingreifen und uns helfen müssen, überall, unter Umständen auch gegen die Interessen der Arbeitgeber — das ist nicht zu vermeiden —. Dagegen möchte ich aber entschieden Verwahrung einlegen, daß der Herr Abgeordnete Fischer es aufs neue wieder hingestellt hat, als ob die Sozialdemokratie die einzige Partei wäre, welche bessere Arbeitsbedingungen für die Arbeiter und Arbeiterinnen erstrebt, und als ob die anderen Parteien insgesammt nur das Bestreben hätten, umgekehrt das Wohl des Arbeitgebers hochzuhalten und polizeilichen Schutz gewissermaßen für dieselben ins Auge zu fassen. Was bisher geschaffen ist für die deutsche Arbeiterwelt, ist ohne und zum Theil gegen die Stimmen der Sozialdemokraten geschaffen worden. (Zustimmung rechts.) Und wenn die Arbeiterinnen sich in diesem Falle nur auf die Sozialdemokraten verlassen, dann sind sie verlassen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Ganz natürlich, sie sind ja schon von dem Abgeordneten Singer verlassen worden! (Heiterkeit rechts.) Denn, meine Herren, gerade der Zusammenhang, der eben zwischen Ihrer Richtung und zwischen dem Bestreben auf Zersetzung der kleinen und mittleren Geschäftswelt ist, muß Sie ja indirekt wenigstens zur Begünstigung aller derartigen Ausbeutung der Arbeiter führen; ebendaher ist der Zusammenhang zwischen der Sozialdemokratie und dem Judenthum ein viel tieferer, als es auf den ersten Blick erscheint. Ihnen ist das Judenthum bei Zersetzung dieser selbstständigen Elemente und beim Druck der Arbeitslöhne ein willkommener Behelf, und zwar deswegen, weil Sie aus der Zersetzung des Mittelstandes und aus der Noth der Arbeiter heraus gerade das Material gewinnen für Ihre Massenbewegung, — und deswegen wollen Sie keine Sozialreform, sondern die soziale Revolution. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Freiherr Heyl zu Herrnsheim.

Abgeordneter Freiherr **Heyl zu Herrnsheim:** Meine Herren, auf die Ausführungen des preußischen Herrn Handelsministers wegen der weiblichen Fabrikinspektoren möchte ich mir zu bemerken gestatten, daß man bei den Verhandlungen in den hessischen Ständen, bei denen ich persönlich in der hessischen

Ersten Kammer betheiligt war, allerdings die Meinung vertrat, daß es sich hier um die Einrichtung von weiblichen Inspektoren handeln solle, welche die volle Befugniß haben müßten, wie sie im Gesetz für die Fabrikinspektoren vorgeschrieben sind. Wir waren der Ansicht, daß diese weiblichen Fabrikinspektoren nicht nur für die Arbeiterinnen, sondern daß sie auch für die Arbeitgeber von großem Nutzen sein werden insofern, als auch die Arbeitgeber eine ganze Anzahl von Wünschen oder von Anregungen weiblichen Arbeitern gegenüber aussprechen möchten, die sich auf Gebiete beziehen, für welche die Frau allein kompetent ist. Ich könnte mich also nicht damit begnügen, daß etwa der Ansicht Raum gegeben würde, daß der weibliche Fabrikinspektor nur außerhalb der Fabrik in Thätigkeit treten könnte.

Wenn der preußische Herr Handelsminister ausgesprochen hat, daß die Interpellanten die Absicht gehabt hätten, ein Verdikt über die Situation der Arbeiter in der Konfektionsbranche auszusprechen oder einen Appell an diejenigen zu richten, welche die Zustände bessern könnten, so glaube ich nicht, daß diese Auffassung der Absicht entspricht, welche die Interpellanten zur Einbringung dieser Interpellation veranlaßt haben. Vielmehr ist unsere Tendenz besser gekennzeichnet in dem Antrag, der hier vorliegt. Der Antrag spricht dafür, daß wir der Ueberzeugung sind, daß diese hausindustriellen Mißstände thatsächlich durch die Gesetzgebung beseitigt werden können, und ich habe in meiner Begründung schon nachgewiesen, daß durch die 1895er Gesetzgebung in England in Wirklichkeit dort eine große Hilfe gegen die sweater eingetreten ist. Daß wir allerdings die Position der Arbeiter in der schlechten Lage, in der sie sich gegenüber den Konfektionären befinden, was die Beseitigung der Mißstände anbelangt, stärken wollen, das geht aus der ganzen Aktion, die wir vorgenommen haben, selbstverständlicherweise hervor.

Ich wollte mir aber doch gestatten, dem Herrn Staatssekretär den Dank der Interpellanten dafür auszusprechen, daß der Herr Staatssekretär unsere Vorschläge in so freundlicher Weise entgegengenommen hat. In einer Beziehung gehen die Interpellanten mit ihm nicht einig, nämlich darin, daß er glaubt, daß jetzt nochmals eine Enquete in dieser Sache erforderlich ist. Wir Interpellanten waren der Meinung — und ich befürchte, daß der Abgeordnete Rickert sich in dieser Beziehung auch von uns trennt —, daß, wenn man die Enquete vom Jahre 1887 genau und gründlich durchsieht, man zu der Ueberzeugung kommen muß, daß eine sofortige gesetzgeberische Hilfe nothwendig ist, und daß anzustreben wäre, das Sweaterthum thunlichst bald zu beseitigen. Die Beseitigung des Sweaterthums ist nach meinem Ermessen und nach den Erfahrungen, die man in England gemacht hat, am besten dadurch möglich, daß man die hausindustrielle Arbeit durch Bestimmungen beschränkt und erschwert, wodurch die Einführung des Werkstättenbetriebs herbeigeführt wird.

Wer die sozialdemokratischen Versammlungen der letzten Tage besucht hat oder sich darüber unterrichten ließ, wird nicht der Meinung sein können, daß durch die Einrichtung dieser Betriebswerkstätten diese Konfektioneusen oder Arbeiterinnen der Sozialdemokratie mehr als jetzt zugeführt werden würden. Wenn aber der Herr Abgeordnete Fischer vorhin betonte, daß unser ganzes Vorgehen werthlos wäre, wenn wir nicht dafür Sorge trügen, daß die Arbeit aus den Fabriken nicht mit nach Hause genommen wird, so hat er wohl diese Behauptung nur deshalb aufgestellt, weil er sich nicht der Mühe unterzogen hat, unseren Antrag zu lesen, in welchem ausdrücklich die Bestimmuug aufgenommen ist, daß solchen Arbeiterinnen das Mitnehmen von Arbeit nach Hause verboten werden soll.

Wenn der Herr Staatssekretär von der Konkurrenz der Damenarbeit gesprochen hat, so muß ich zugeben, daß schon aus der Enquete hervorgeht, daß beispielsweise in Düsseldorf die Damenarbeit so stark betrieben wird, daß dadurch dort die Löhne um 20 bis 30 Prozent gesunken sind. Es wird aber auch weiter

konstatirt, daß diese Damenarbeit gar nicht so sehr des Erwerbs wegen, sondern aus Hochmuth, aus Putzsucht und aus Gründen der Eitelkeit bewerkstelligt wird. Die Damen, die unsere Verhandlungen lesen, mögen, wie ich hoffe und wünsche, davon Notiz nehmen, daß sie in diesen Bestrebungen, die wir nicht billigen können, mindestens nicht so weit gehen, daß sie den Erwerb des täglichen Brotes dieser unter kärgliche Löhne gestellten Arbeiterinnen durch ihre Arbeit noch weiter erschweren.

Ich möchte allerdings noch bemerken, daß aus dem Bericht aus Düsseldorf hervorgeht, daß es wesentlich die Ehefrauen der unteren Post- und Eisenbahnbeamten sind, welche die Konkurrenz gegen diese Arbeiterinnen veranlassen. Ich bin nicht genügend orientirt über die Gehaltsverhältnisse dieser Beamten in Preußen; ich kann aber aus dem Großherzogthum Hessen konstatiren, daß wir da Aktiengesellschaften haben, wie beispielsweise die Hessische Ludwigsbahn, die ihre niederen Beamten in einer so unerhört schlechten Weise bezahlt, daß man nach meinem Ermessen — ich will auf preußische Verhältnisse nicht exemplifiziren, weil ich sie nicht kenne — durch bessere Bezahlung dieser Subalternbeamten den Mißbrauch der Konkurrenz der Damen in Konfektionsarbeiten beseitigen könnte.

Meine Herren, in Folge dessen sind auch die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Fischer, der behauptet hat, die Interpellation regte wieder Enqueten an, dann bleibe Alles beim Alten, vollständig unrichtig; die Enquete wollen wir gar nicht anregen, weil wir Material in genügender Weise haben; sondern ich hoffe und wünsche, daß der Antrag, wie er hier vorliegt, thunlichst bald angenommen wird.

Wenn der Herr Abgeordnete Fischer sich damit brüstete, daß er die Arbeiterschutzgesetze abgelehnt hätte, weil sich jetzt herausstelle, daß diese nichts helfen könnten, so ist mir diese Behauptung sehr auffällig gewesen, weil er wissen müßte, daß die Arbeiterschutzgesetze, die er abgelehnt hat, gar nicht kompetent sind für die Frage, die hier zur Regelung der Hausindustrie in Betracht kommt. Ich finde gar kein Verdienst darin, Gesetze, die sich in der Weise bewährt haben, wie die Arbeiterschutzgesetze oder die sozialen Gesetze, abzulehnen. Ich glaube, daß man die Aufgabe hat, sich durch praktische Mitarbeit an der Verbesserung des Looses des Arbeiterstandes durch die Gesetzgebung zu bethätigen, indem man Anregungen giebt, wie sie heute veranlaßt worden sind. (Bravo!) Meine Herren, der Streik kann den Arbeiterinnen in keiner Weise helfen; darüber ist Niemand in Zweifel, daß die Ohnmacht, mit der diese Arbeiterinnen in den Streik eingetreten sind, dem Arbeitgeberstande in dieser Branche in keiner Weise imponirt. Hier kann die Unterstützung nur durch die Gesetzgebung erfolgen.

Wenn aber der Herr Abgeordnete Fischer behauptet, daß meine Mittheilungen über den Arbeitssekretär Greulich durch einen Anarchisten an mich gelangt sind (Zuruf links), — durch die Broschüre eines Anarchisten, so bedaure ich, daß er annimmt, daß man nur über das Material verfügt, was er selbst besitzt. Diese Mittheilungen sind mir von einem schweizer Gelehrten zu Theil geworden, deshalb, weil ich alljährlich längere Zeit mich in der Schweiz aufhalte, — von einem Gelehrten, der mir diese Thatsachen mitgetheilt hat, welche allerwärts als vollständig richtig bestätigt sind. Herr Greulich hat als Arbeitssekretär in keiner Weise etwas geleistet; darüber sind alle Sachverständigen einig.

Wenn der Herr Abgeordnete davon sprach, daß die Beschwerden auf dem Sozialistenkongreß im vergangenen Jahr sich auf die Einrichtung der bürgerlichen Gesellschaft beziehen, besonders was die Presse anlangt, so möchte ich ihm erwidern, daß auf dem Kongreß die Ansicht hervorgetreten ist, daß die Akkorde in der Druckarbeit in den Zeitungsgeschäften deshalb wieder eingeführt werden müßten, weil durch die Taglohnarbeit jegliche intensive Arbeit gerade wie bei den übrigen bürgerlichen Berufsarten geschwunden wäre.

Wenn sodann der Herr Abgeordnete Fischer mich belehren wollte über die Vorgänge auf dem Kongreß zu Bern, so muß ich doch bedauern, daß er voraussetzt, daß man solche Behauptungen aufstellt ohne Kenntniß des Materials. An dem Parteikongreß in Bern, welcher im Dezember 1895 abgehalten ist, wurde der Antrag eines ganzen Bezirks vorgelegt mit der Absicht, das sozialistische Programm vom Jahre 1888 zu beseitigen, weil die Verstaatlichung aller Produktionsmittel als unhaltbar und dem Gange der sozialen Entwicklung widersprechend erklärt werden mußte, (hört! hört!) und weil die genossenschaftliche Basis für die Erwerbsverhältnisse als die richtigere für die Jetztzeit anzusehen sei. Dabei bemerkte ein hervorragender Sozialist, daß der Staat gar nicht in der Lage wäre, die wirthschaftliche Thätigkeit auszuüben, die für die Regelung der Produktion nöthig wäre, daß sich auch weiter gar nichts in der Arbeit ändern würde, selbst wenn im Nationalrath nur Sozialdemokraten säßen. Er fügte ferner hinzu, daß in der Schweiz 90 Prozent aller Sozialdemokraten überhaupt nichts anderes wären als Kapitalisten ohne eigenes Geld (Heiterkeit links), welche übrigens ihre eigenen Genossen — und er nannte hier ganz besonders die Wirthe, die Bäcker — in hervorragendem Maße ausbeuteten. Wenn Herr Fischer uns vorhin als die Partei der Unternehmer gekennzeichnet hat, so möchte ich ihm doch bemerken, daß Kapitalisten mit solchen Grundsätzen, die ihre eigenen Genossen ausbeuten, nach der Aussage eines hervorragenden Sozialisten in einem öffentlichen Kongreß, in unserer Partei nicht zu finden sind (Bravo! -- Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Fischer.

Abgeordneter **Fischer:** Ich kann dem Herrn Abgeordneten Heyl natürlich auf das Gebiet, das er im letzten Punkt beschritten hat, nicht ausführlich folgen. Schön klingt es allerdings, wenn er sagt, in der nationalliberalen Partei seien kein Leute, die von der Ausbeutung der anderen leben. Nun, dann bin ich wirklich begierig, woher alle die Millionen kommen, die in der nationalliberalen Partei repräsentirt sind, wenn sie nicht von der Arbeit anderer Leute kommen. Mit solchen Redensarten macht man nichts.

Auch was ich gesagt habe über den Verlauf der Debatte am Parteitage in Bern halte ich aufrecht. Die Bedeutung liegt nicht darin, daß irgend jemand einen Antrag stellt, sondern die Bedeutung liegt darin, welche Stellung die Partei dazu nimmt — und die Partei hat jenen Antrag mit überwältigender Majorität gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Was nun die Akkordarbeit anbelangt, so ist Herr Heyl schon darin im Irrthum, daß er sagt, in sozialdemokratischen Geschäften sei sie wieder eingeführt. Nebenbei, wo ist jemals die Frage der Akkordarbeit als sozialistische Frage aufgestellt worden? In unseren eigenen Reihen sind die Meinungen über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit einer im Rahmen bürgerlicher Produktionsweise geltenden Arbeitsmethode getheilt. Sozialismus oder Antisozialismus zu wittern in Bezug auf die Stellungnahme der Sozialdemokraten zur Akkordarbeit, das bleibt dem Herrn Abgeordneten Heyl überlassen.

Und nun gar erst der Professor aus der Schweiz, der kein Anarchist sei, der ihm aber deshalb, weil er ein Professor ist, bloß eine richtige Thatsache gemeldet hat! Fest steht nun aber folgendes: die Frage, ob das schweizerische Arbeitersekretariat seine Aufgabe erfüllt hat oder ihr in keiner Weise gerecht geworden ist, wurde in einer Broschüre des genannten Herrn, den ich als Gewährsmann des Herrn Heyl vermuthete, aufgestellt — vielleicht ist der Gelehrte, den Herr Heyl hier als Gewährsmann anführt, ein Freund des Herrn Müller gewesen —, aber jene Thatsache ist durch den Freund des Herrn Heyl nicht widerlegt; ebenso wenig die andere, daß, als diese Klagen in der schweizerischen Nationalversammlung zur Sprache kamen, der schweizerische Bundespräsident erklärte, sie seien unberechtigt; und ferner, daß die Subvention des schweizerischen Bundes für das schweizerische Arbeitersekretariat erhöht oder geradezu verdoppelt

worden ist. (Sehr richtig! links.) Das würde nicht geschehen sein, wenn die Behauptung begründet gewesen wäre, die Herr Müller in seiner Broschüre vertreten hat, und die ein „Gelehrter" dem Herrn Heyl gemeldet hat.

Weiter muß ich dem Herrn Heyl gegenüber bemerken, daß er mich vollständig mißverstanden hat, wenn er in meiner Rede mich die Arbeiterschutzgesetzgebung überhaupt als unwirksam für den Arbeiterschutz hinstellen ließ. Von den Arbeiterschutzgesetzen habe ich aus dem Grunde nicht gesprochen, weil ich sie nicht in Zusammenhang bringen kann mit der vorliegenden Materie; was ich aber ungenügend erklärte für die Lösung dieser Fragen, waren die Bestimmungen der Gewerbeordnung, die er angeführt hat. Und wenn mir dabei ein Mißverständniß unterlaufen ist, daß ich eine Forderung, die in seinen Anträgen figurirt, als wichtig und unerläßlich aufgeführt habe, in der Meinung, sie stehe nicht darin, so haben Sie die Erklärung hierfür darin, daß diese Anträge erst in der letzten Minute vertheilt worden sind. Der Vorwurf wäre höchstens dann berechtigt, wenn Sie gleichzeitig mit der Interpellation den Reichstag in die Lage versetzt hätten, die Maßnahmen kennen zu lernen, die Sie zur Durchführung Ihrer Forderung vorschlagen.

Herr Abgeordneter Zimmermann hat Gelegenheit genommen, dagegen Protest einzulegen, daß seine Partei nicht ebenso sehr für die Arbeiterinteressen einträte wie wir. Ja, da bedaure ich bloß das eine, daß in allen Fragen, wo die Arbeiterinteressen bisher in Frage kamen, die antisemitische Fraktion immer Seite an Seite mit den reaktionärsten Parteien dieses Hauses gestanden hat. (Sehr richtig! links.)

Wenn er ferner meinte, es sei bezeichnend für unsere sozialdemokratische Presse, daß in ihren Annoncen so und so viele jüdische Kleidergeschäfte empfohlen seien, so kann ich einfach auf die Thatsache verweisen, daß die Geschäfte selbstverständlich bloß in den Blättern inseriren, auf deren Kundschaft sie rechnen. Weil die Arbeiter nicht in der Lage sind, in Folge der elenden Löhne, sich Kleider nach eigener Wahl zu kaufen, nach ihrem Geschmack, weil sie durch die elenden Löhne gezwungen sind, in die billigsten Magazine zu gehen, darum ist auch der Rückschluß gegeben, daß diese billigen Magazine in den Blättern annonciren, die ihre Leser in den Arbeiterkreisen haben. Niemand führt schärfere Kontrole über die Inserate, als gerade die sozialdemokratische Presse (sehr richtig! links), und keine Presse huldigt dabei so wenig dem Grundsatze: non olet, wie gerade die sozialdemokratische.

Nun sagt Herr Zimmermann freilich: alle die Arbeiterschutzgesetze, die geschaffen worden sind, sind geschaffen worden von uns im Gegensatz zur Sozialdemokratie. Das hat kein Mensch bestritten; im Gegentheil, wir thaten uns immer etwas zu gute darauf, daß wir den Arbeitern gegenüber den Standpunkt einnehmen können, ihnen zu sagen: ihr erklärt alle zusammen die Arbeiterschutzgesetze für ungenügend. Das war auch der Standpunkt, der uns, unsere Partei veranlaßte, die Zustimmung nicht zu geben. Sie aber schlagen sich gerade selber, wenn Sie heute mit allen bürgerlichen Parteien erklären müssen: die Bestimmungen der Gewerbeordnung, die wir vor drei Jahren erst getroffen haben, und zwar im Gegensatz und im Kampfe gegen die Soziademokratie, müssen wir heute sämmtlich ändern, und zwar so, wie damals die Sozialdemokraten es beantragt haben. Glauben Sie, daß man dann Ihnen noch Glauben schenkt, daß Sie eigentlich die Arbeiterinteressen vertreten und wir immer bloß die Protestler seien, deren Wirksamkeit ganz bedeutungslos sei? Es würde keinem von den Herren, die hier im Hause sitzen, eingefallen sein, die Arbeiterforderungen zu vertreten, wenn sie nicht eben mit den Sozialdemokraten konkurriren wollten; und wir haben ja hierfür den besten Zeugen ins Feld zu führen, trotz des Freiherrn von Stumm, der ja für sich allein das Verdienst der Arbeiterschutzgesetzgebung in Anspruch nimmt (Heiterkeit)

und uns jederzeit erzählt unter Verwechselung von Zeit und Umständen, daß er für den Arbeitschutz schon eingetreten sei zu einer Zeit, wo Sozialdemokraten noch nicht vorhanden gewesen wären — ich sage: wir haben einen klassischen Zeugen für diese unsere Behauptung, daß *wir allein das treibende Element in der ganzen Arbeiterschutzgesetzgebung bilden*, den Fürsten Bismarck, der ja offen im Reichstag erklärt hat: *ohne Sozialdemokraten gäbe es keine Sozialreformgesetze*.

Herr Zimmermann hat ferner auch bei dieser Gelegenheit das alte Paradepferd der Antisemiten vorgeführt, daß die Sozialdemokraten den Untergang, das Verderben des kleinen Handwerks *bezwecken* — in demselben Augenblick, *wo er selber eintreten mußte für die Beseitigung der Zwischenmeister!* Das ist ja das „kleine Handwerk", aus dem Sie (die Antisemiten) Ihre Rekruten ziehen, die Zwischenmeister, die in der unglückseligen Zwitterstellung zwischen Kapital und Arbeit stehen, die Gefahr der wirthschaftlichen Entwicklung nicht zu überblicken vermögen und daher zum „Sozialismus der dummen Kerls" gelangen, zum Antisemitismus. Was wir thun, ist nichts weiter, als daß wir die Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft verfolgt haben und deshalb die Ansicht vertreten, im Kampf des Großkapitals mit dem Kleinkapital sei das Kleinhandwerk naturnothwendig zum Untergang verdammt. Und, was ich weiter sage, ist, daß wir als Vertreter der Arbeiterklasse gar kein Interesse daran haben, diese Zwischenmeisterstellen, diese Zwischenglieder zwischen Arbeit und Kapital zu stützen, wenn ihre Existenz *bloß möglich ist auf Kosten der Arbeiterinteressen*. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Einen anderen Standpunkt hat die Sozialdemokratie niemals eingenommen.

Nun habe ich schon vorhin auf das wunderbare Schauspiel hingewiesen, daß Sie, die Sie alle in den letzten Jahren die Parole des Stillstandes in der Frage der Arbeiterschutzgesetzgebung proklamirt haben, nun plötzlich selber wieder die Fahne der Sozialreform vorantragen müssen, weil die *Lohnbewegung der Konfektionsarbeiter* die Aufmerksamkeit auf die geradezu schrecklichen Ausbeutungskonsequenzen in einem bestimmten Industriezweig gelenkt hat; und es ist sehr bezeichnend für diese Zustände, daß sogar **der preußische Herr Handelsminister den Streik als gerechtfertigt erklären mußte** — von der Stelle aus, wo früher das Wort gefallen ist: „*hinter jedem Streik* steckt die Hydra der Anarchie". Und es ist weiter charakteristisch und bedeutungsvoll, daß auch er sagen mußte, an *dieser Ausbeutung der Arbeitskräfte* seien zum großen Theil *die Zwischenmeister* schuld. Ja, er mußte sogar die Befürchtung aussprechen, auch wenn es gelänge, die *eigentlichen Unternehmer zur Zahlung höherer Löhne* zu bringen — und das sei unter Umständen möglich —, so sei doch keine Garantie gegeben, daß das, was auf der einen Seite im Interesse der Arbeiter erwirkt werde, *auch wirklich den Arbeitern zukommt*.

Weniger erfreulich war freilich der Standpunkt des Herrn Ministers in der Frage der *weiblichen Fabrikinspektoren*. Nach seiner Erklärung haben wir in keiner Weise zu erwarten, daß diese nicht bloß von sozialdemokratischen Arbeitern, nicht bloß von unserer Partei, sondern — man darf sagen — von allen einsichtigen Sozialpolitikern erhobene Forderung von der preußischen beziehungsweise von der Reichsregierung erfüllt werden wird. Er hat seine Geringschätzung der weiblichen Fabrikinspektoren damit begründen zu können geglaubt, daß er sagte, es fehle jede Erfahrung in anderen Ländern. Dem widerspricht meiner Auffassung nach die Thatsache, daß unter dem Ministerium Asquith die weiblichen Fabrikinspektoren in England vermehrt worden sind unter der ausdrücklichen Motivirung, *weil sie sich bewährt haben*. Dem widerspricht die fernere Thatsache, daß in Frankreich gegenwärtig weibliche Fabrikinspektoren *von Staatswegen* angestellt worden sind, während sie bisher bloß von den Departementsverwaltungen angestellt waren. Und wenn

der preußische Herr Minister vielleicht den Bericht lesen will, den die bekannte Fabrikinspektorin Kelley in einem der größeren sozialpolitischen Sammelwerke in Chicago veröffentlicht hat über das Trucksystem und über die Wirksamkeit der Fabrikinspektorinnen, so, glaube ich, müßte er eigentlich seine Auffassung über die Bedeutungslosigkeit dieser Institution ändern. Daß in Amerika nicht mehr als 28 weibliche Fabrikinspektoren angestellt sind, kann doch nicht ins Feld geführt werden dafür, daß man in Preußen nun gar keine weiblichen Fabrikinspektoren anstellen will. Wir dürfen doch nicht vergessen, daß in Amerika eine ganze Reihe von Agrarstaaten vorhanden sind, in deren gesetzgeberischen Körperschaften überhaupt keine Aussicht ist, Arbeiterforderungen zur Durchführung zu bringen. Wir dürfen nicht vergessen, daß daselbst eine Reihe von legislatorischen Körperschaften noch vollständig von manchesterlichem Geist erfüllt sind, die gegen jede soziale Gesetzgebung sind; und daß die natürlich erst recht keine Lust haben, weibliche Fabrikinspektoren anzustellen, liegt auf der Hand.

Was die Frage der Sittlichkeit, der der Herr Minister doch auch so große Bedeutung beilegt, anlangt, so könnte er aus nächster Nähe, aus Berlin, sich ein Ereigniß zur Lehre dienen lassen, wie wenig geeignet die jetzige Art der Fabrikinspektoren ist, Vertrauen bei den Arbeiterinnen zu erwecken. Ich erinnere an den Fall, der auch dem Herrn Minister nicht unbekannt sein wird, und den der „Vorwärts" vor kurzer Zeit veröffentlichte. Es handelt sich um eine Patronenhülsenfabrik, in welcher ein Werkmeister seine Stellung, seinen sozialen Einfluß zur Vergewaltigung von Arbeiterinnen gemißbraucht hat. Der „Vorwärts" hat den Thatbestand veröffentlicht. Das Handelsministerium hat natürlich nach alter preußischer Gewohnheit einen Polizeilieutenant, einen Wachtmeister und einen Schutzmann abgeordnet, und selbstverständlich hat diese Untersuchungskommission bei den Arbeiterinnen nichts herausbekommen. Glaubt nun der Herr Minister nicht, daß, wenn weibliche Fabrikinspektoren angestellt gewesen wären, zu welchen die Arbeiterinnen hätten Vertrauen haben können, diese den Thatbestand sofort erfahren hätten, beziehungsweise unmittelbar zu seiner Kenntniß gebracht hätten? Später sind die Thatsachen ja durch eine Frauensperson eruirt worden.

Nun hat er doch seine Geneigtheit insoweit kundgegeben, daß er sagte, er wolle eine Art weiblicher Vertrauenspersonen ernennen lassen, die mit den Arbeiterinnen in direkter Fühlung ständen und den Fabrikinspektoren Berichte machen könnten, aber nicht den Beamtencharakter tragen sollen. Ich meine, das wäre die unglückseligste Lösung der Frage überhaupt. Sie schaffen ein Zwischending, das nicht Beamter ist, ein Ding, eine Art freiwilligen Damensport. Sie legen die verantwortungsvolle Aufgabe auf Schultern, die nach keiner Seite hin verantwortlich gemacht werden können, und legen die wirkliche Verantwortung auf die Schultern des Fabrikinspektors, der sich nur auf das Hörensagen verlassen kann. Ich meine, alle Thatsachen sprechen hier dafür, daß, wenn wirklich die Sittlichkeit geschützt werden soll, es keinen besseren Weg giebt, als daß man weibliche Fabrikinspektoren ernennt. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hitze.

Abgeordneter Dr. **Hitze:** Meine Herren, ich will nur kurz gegen die Bemerkung des Herrn Vorredners protestiren, daß diese ganze Frage durch die Herren Sozialdemokraten oder durch den Streik angeregt sei. Ich konstatire dem gegenüber, daß die ganze Enquete, welche die Unterlagen für die heutige Interpellation gegeben hat, auf Antrag des Freiherrn von Hertling veranstaltet worden ist. Wenn der Herr Vorredner darauf hingewiesen hat, daß dieser Enquetebericht zehn Jahre in den Mappen der Majoritätsparteien geruht hätte, so möchte ich ihm entgegenhalten: warum haben Sie denn nicht die Initiative ergriffen? (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) — Die Herren haben hier recht oft über die Frage geredet. Aber auch in diesem Jahre ist es wieder unsere Partei gewesen, welche durch den Antrag auf Nr. 22 der Drucksachen die Frage der Ausdehnung

der Arbeiterschutzbestimmungen auf die Hausindustrie aufgegriffen hat, welcher Antrag dann vom ganzen Reichstag angenommen ist. Mit allgemeinen Reden ist die Sache nicht gemacht, sondern es müssen konkrete Anträge zur Diskussion gestellt werden, die zu praktischen Resultaten führen; und da haben die Mehrheitsparteien dieses hohen Hauses jedenfalls den richtigeren Weg gewählt, indem sie derartige Anträge eingebracht und die heutige Interpellation gestellt haben. Wenn die Sache mit Reden gefördert werden könnte, so würde ich den Sozialdemokraten ein „Verdienst“ nicht absprechen; wenn es aber gilt, positive Arbeit zu leisten, da haben die Sozialdemokraten uns stets im Stich gelassen, indem sie gegen alle Gesetze gestimmt haben. (Bravo! aus der Mitte.)

Präsident: Die Herren Abgeordneten Graf von Hompesch, Dr. Hasse und von Massow haben den Schluß der Diskussion beantragt. Der Antrag bedarf der Unterstützung von 30 Mitgliedern. Ich bitte die Herren, welche diesen Antrag unterstützen wollen, aufzustehen. (Geschieht.) Die Unterstützung genügt. Ich bitte diejenigen, welche den Schluß beschließen wollen, aufzustehen, beziehungsweise stehen zu bleiben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; der Schluß der Debatte steht fest.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schall.

Abgeordneter **Schall:** Meine Herren, der Herr Abgeordnete Fischer hat mir in seiner Rede vorgeworfen, ich hätte gegen die Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Hausindustrie gesprochen. Das ist thatsächlich nicht richtig; ich habe ausdrücklich im Namen meiner Partei die Erklärung abgegeben, daß wir gegenüber sämmtlichen Anträgen des Herrn Abgeordneten Dr. Hitze — und dazu gehört auch dieser Antrag — uns zustimmend verhalten.

Sodann hat er in seiner Nachmittagspredigt (Heiterkeit) — wir müssen ja von Ihnen sehr oft solche Predigten und noch viel längere und für uns auch höchst unerbauliche anhören — mich einen „Vertreter des militärischen und kapitalistischen Christenthums“ genannt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann den Angehörigen einer Partei, die sich nicht bloß vom Christenthum losgesagt hat, sondern die gewissermaßen auf dem Standpunkt des Antichristenthums steht, nicht das Recht einräumen, über mein Christenthum ein Urtheil zu fällen. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, ich kann darin keine persönliche Bemerkung finden.

Abgeordneter **Schall:** Ich wollte Ihnen nur sagen, daß ich mich wenigstens für einen Vertreter des praktischen Christenthums halte. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Das ist keine persönliche Bemerkung.

Abgeordneter **Schall:** Dann möchte ich dem Herrn Kollegen Rickert nur sagen, daß ich nicht bloß mein warmes Herz für das Wohl der Frauen, sondern auch mein klares Verständniß für das wahre Wohl derselben entgegen seiner Erwartung dadurch bethätigen werde, daß ich gegen die beiden nachfolgenden Anträge stimmen werde.

Präsident: Das war erst recht keine persönliche Bemerkung. (Heiterkeit.)

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm-Halberg.

Abgeordneter Freiherr **von Stumm-Halberg:** Meine Herren, der Abgeordnete Fischer hat behauptet, ich hätte mich bei verschiedenen Gelegenheiten unter Verwechselung der Daten den Vater der Arbeiterschutzgesetzgebung genannt. Meine Herren, ich habe eine derartige Behauptung niemals aufgestellt, sondern ich habe hier wiederholt konstatirt, daß ich schon in den Reichstagssessionen von 1868 auf 1869 und wieder von 1878 auf 1879 Anträge gestellt habe, welche sich in der Richtung bewegten, die nachher auf Grund der Allerhöchsten Botschaft von 1881 zur Wohlfahrtsgesetzgebung, wie sie hier im Hause beschlossen wurde, geführt haben. Das habe ich behauptet, und das wird mir niemand bestreiten können.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Fischer.

Abgeordneter **Fischer:** Der Herr Abgeordnete Schall hat mich beschuldigt, ich hätte seine Ausführungen zu den damaligen Anträgen des Zentrums unrichtig wiedergegeben. Ich habe behauptet, daß die konservative Partei vor einigen Wochen durch den Mund ihres Vertreters Schall sich gegen die Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Hausindustrie ausgesprochen habe. Herr Abgeordneter Schall hat wörtlich gesagt:

> Wir haben im Lande den Eindruck, daß man durch all diese unendlichen Verfügungen und Vorschriften bald nicht mehr durchfinden kann, und daß schließlich diese vielen gesetzlichen Bestimmungen doch eine immer mehr zunehmende Beschränkung der persönlichen Freiheit mit sich bringen, nicht nur für den Arbeitgeber, sondern auch für viele wohlgesinnte Arbeiter. Dieses gilt besonders von dem § 2 oder besser Alinea 2 des Antrags, betreffend die Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Hausindustrie. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Mehr brauche ich nicht zu sagen.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schall.

Abgeordneter **Schall:** Ich bemerke dem Herrn Vorredner, daß ich darin allerdings eine gewisse Beschränkung der persönlichen Freiheit sehe, wenn auch die Hausindustrie durch den Fabrikinspektor kontrolirt wird, daß wir von unserer Seite aber durchaus geneigt sind, die Hausarbeiter in ihrem eigenen Interesse dieser Beschränkung zu unterwerfen. Nun habe ich gesagt, die Herren von der sozialdemokratischen Seite befänden sich hierbei mit sich selbst im Widerspruch, da sie doch sonst immer sehr dagegen sind, daß sich irgend jemand, besonders ein Beamter, in die intimen Verhältnisse der Leute hineinmischt.

Präsident: Damit verlassen wir diesen Gegenstand. Ich schließe die Sitzung.

Die Nationalliberalen haben nachträglich noch folgende Anträge gestellt:

Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen:

1. die Ausdehnung der Bestimmungen der §§ 135 bis 139b der Gewerbe-Ordnung (betr. den Schutz der Kinder, jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen) nach Maßgabe der in § 154 Absatz 4 ertheilten Ermächtigung auf die in der **Hausindustrie und in den Werkstätten derselben beschäftigten gewerblichen Arbeiter der Wäschefabrikation und der Konfektionsbranche herbeizuführen;**

2. eine Gesetzesvorlage einzubringen, durch welche für **diese Gattung der gewerblichen Arbeiter**

   a) der Schlußsatz des Absatzes 4 des § 154 der Gewerbeordnung aufgehoben wird (Werkstätten, in welchen der Arbeitgeber ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt, fallen nicht unter die Bestimmungen der §§ 135—139b),

   b) die Bestimmungen des § 120a der Gewerbe-Ordnung (Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit) hinsichtlich der Werkstätten und Arbeitsräume, in welchen oben bezeichnete Personen beschäftigt sind, derart ausgedehnt werden, daß auch **die Eigenthümer dieser Werkstätten und Arbeitsräume für deren gesetzliche Einrichtung und Unterhaltung haftbar werden,**

   c) dem § 138 der Gewerbe-Ordnung (Verpflichtung der Unternehmer zur schriftlichen Anzeige bei der Ortspolizeibehörde im Falle der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern) die Be-

stimmung hinzugefügt wird, daß die in demselben vorgesehene Anzeigepflicht auf jeden Arbeitsraum Anwendung findet, in welchem Arbeiterinnen oder jugendliche Arbeiter mit der Anfertigung von Kleidungsstücken der Konfektionsbranche und von Waaren der Wäschefabrikation zum Zwecke des Verkaufs beschäftigt werden. Diese Anzeigepflicht ist zu erstrecken auf den Inhaber solcher Arbeitsräume sowie auch auf den Unternehmer, welcher in denselben Arbeiter der bezeichneten Art beschäftigt,

d) bestimmt wird, daß Kinder neben ihrer zulässigen Arbeitszeit im Betrieb einer Fabrik oder Werkstätte, außerhalb derselben, an einem Tage, an welchem sie in der Fabrik oder Werkstätte thätig sind, nicht beschäftigt werden dürfen,

e) ferner bestimmt wird, daß junge Leute oder Frauen neben ihrer zulässigen Arbeitszeit im Betrieb einer Fabrik oder Werkstätte, außerhalb derselben, an einem Tage, an welchem sie sowohl vor als nach der Mittagsstunde in der Fabrik oder Werkstätte thätig sind, nicht beschäftigt werden dürfen,

f) endlich bestimmt wird, daß, wenn jugendliche Arbeiter oder Frauen von demselben Unternehmer an demselben Tage sowohl in einer Fabrik oder Werkstatt oder in einem Laden oder in einem anderen Arbeitsraume beschäftigt werden, die gesammte Beschäftigungszeit dieser jungen Leute oder Frauen, die von dem Fabrikgesetze für ihre Beschäftigung in der Fabrik oder Werkstätte gestatteten Stunden nicht überschreiten darf;

3. einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen eine Spezialinspektion für die in Werkstätten oder anderen Arbeitsräumen beschäftigten Personen der Konfektionsbranche und der Wäschefabrikation eingerichtet wird. Dieser Spezialinspektion sind weibliche Gehilfen als Fabrikinspektoren, welchen insbesondere die bessere Ueberwachung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über das Trucksystem obliegt, einzugliedern.

Berlin, den 11. Februar 1896.

Die Namen der Antragsteller lauten:

Freiherr Heyl zu Herrnsheim. Prinz zu Schönaich-Carolath. Bassermann. Dr. Osann. Dr. Hasse. Graf v. Oriola.

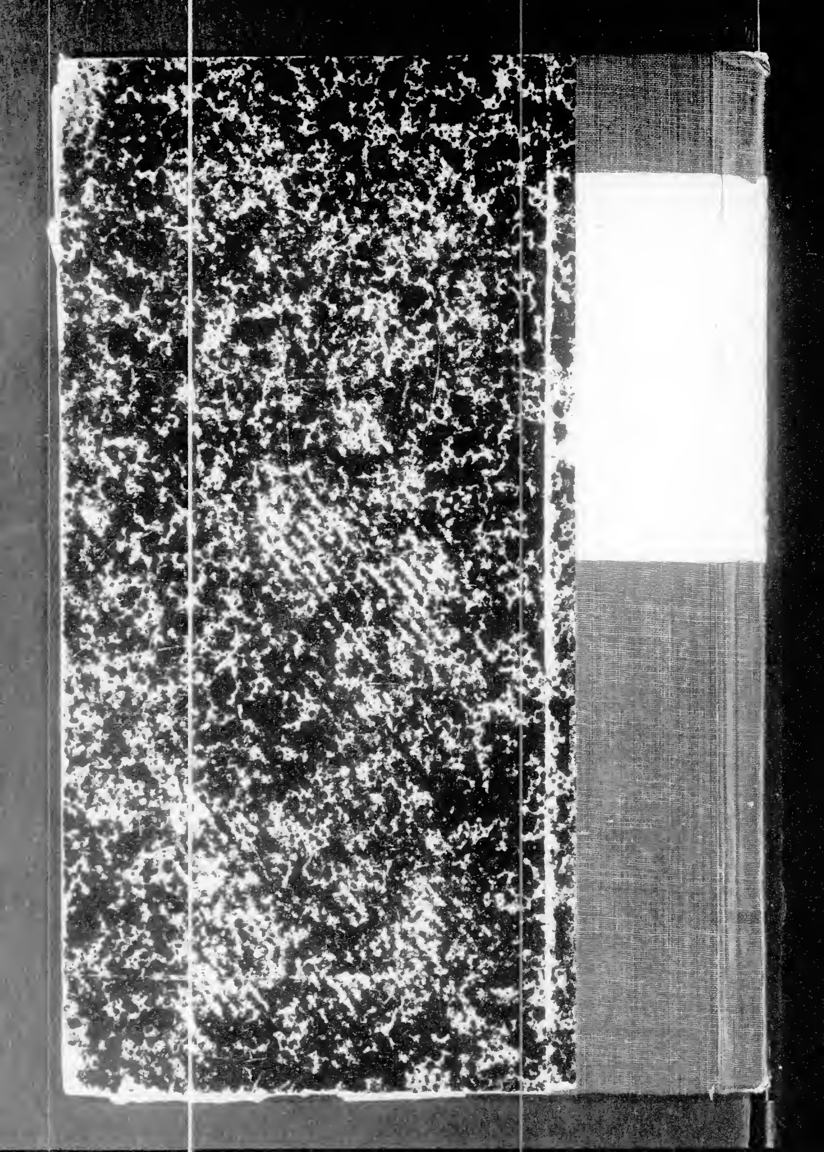
Unterstützt wird der Antrag durch die Abgeordneten:

Bayerlein. Dr. Böhme. Dr. Bürklin. Dr. Clemm (Ludwigshafen). Dr. v. Cuny. Dr. Enneccerus. Fink. Dr. Friedberg. Dr. Hammacher. Hosang. Jebsen. Krämer. Krüger. Dr. v. Marquardsen. Dr. Paasche. Dr. Pieschel. Rimpau. Rothbart. Walter. Weber (Heidelberg). Wiesike.

Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts (Th. Glocke in Berlin).
Druck von Max Bading, Berlin SW., Beuth-Str. 2.

Druck von Max Bading, Berlin SW.

Druck von Max Bading, Berlin SW.



END OF
TITLE